

Friedrich-Ebert-Stiftung

Für Soziale Demokratie

Jahresbericht 2024



**Friedrich
Ebert** 
Stiftung

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Stabsstelle Kommunikation

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Hannes Alpen, Leiter der Stabsstelle Kommunikation
Textredaktion: Katharina Gröne
Bildredaktion: Jana Weber
Pressestelle: Johannes Damian, Thomas Sagefka

Lektorat/Korrektorat

Ulrike Schnellbach
www.schreib-gut.de

Design/Layout

pertext | corporate publishing
www.pertext.de

Bildnachweise

S. 6 (Porträts) – Reiner Zensen; S. 8/9 (Collage) – bundesfoto/Schmid;
Thao, Hoang Thi Phuong; Saskia Uppenkamp; Mamyrael – Photographie;
bundesfoto/Heinrich; Mark Bollhorst; Samwel Gidori; Maren Strehlau |
S. 12 – Maren Strehlau | S. 13 – bundesfoto/Kurc | S. 15 – bundesfoto/
Schmid | S. 17 – Saskia Uppenkamp | S. 19 – Kulani Maleshi | S. 21 –
Lilia Burtonpatel | S. 22 – Thao, Hoang Thi Phuong | S. 42 – bundesfoto/
Schmid | S. 59 – FES

Druck und Herstellung

Klimaneutral gedruckt von der Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wählt ihre Druckdienstleister sorgfältig aus und berücksichtigt dabei sowohl Nachhaltigkeits- als auch Sozialstandards.

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Juni 2025

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

ISSN (Print) 0940-0702

ISSN (Online) 2748-0518

Friedrich-Ebert-Stiftung

Für Soziale Demokratie

Jahresbericht 2024

Inhalt



Friedrich-Ebert-Stiftung

- 4** Das Leitbild der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
- 5** Zahlen und Fakten



Vorwort

- 6** Vorwort
- 8** 2024 in Bildern



Projekte und Arbeitslinien

- 11** Demokratieförderung, politische Bildung und die Krise der Demokratie
- 14** Zeit für Zukunft – eine gerechte und lebenswerte Welt gestalten
- 16** Deutschland, Europa und globale Partnerschaften in einer sich verändernden Welt
- 18** Die Zukunft der Arbeit
- 20** Klimaschutz



Presseschau 2024

- 24** Online-Medien
- 25** Print-Medien
- 26** TV
- 27** Radio
- 28** International



Arbeitsbereiche

| | |
|--|-----------|
| Politische Bildung und Beratung | 30 |
| Die Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung | 34 |
| Internationale Arbeit | 36 |
| Wissenschaftliche Arbeit | 39 |
| Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung | 42 |
| Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen | 44 |



Anhang

| | |
|---|-----------|
| Organisationsplan der Friedrich-Ebert-Stiftung | 46 |
| Jahresabschluss | 48 |
| Einnahmen- und Ausgabenrechnung | 50 |
| Gesamtübersicht aller im Haushalt 2025 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben | 51 |
| Zusätzliche Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung | 52 |
| Bescheinigung des Abschlussprüfers | 53 |
| Die Gender-Leitlinien der FES: Geschlechtergerechtigkeit ist soziale Gerechtigkeit | 54 |
| Die Friedrich-Ebert-Stiftung, eine nachhaltige Organisation: Nachhaltigkeitsbericht 2024 | 56 |
| Mitglieder des Vorstands | 62 |
| Mitglieder des Vereins | 63 |
| Mitglieder des Kuratoriums | 64 |
| Mitglieder des Auswahlausschusses der Studienförderung | 65 |
| Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Studienförderung | 66 |
| Anschriften | 74 |

Das Leitbild der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Wir machen Soziale Demokratie!

Wir stehen für Werte. Mit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung verbindet uns das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden.

Wir arbeiten an den großen Trends der Zeit und entwickeln neue Ideen für die Soziale Demokratie für heute und morgen. Mit innovativen Lösungen gehen wir die Herausforderungen von heute an und gestalten die gerechte und solidarische Gesellschaft von morgen – in Deutschland, Europa und weltweit.

Wir kämpfen gegen Egoismen und Ungleichheit und arbeiten für einen sozialen Fortschritt, der die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausbaut und Gute Arbeit sichert. Wir setzen uns ein für eine sozial gerechte Wirtschaft, die den Menschen dient, die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und in der alle vom digitalen Wandel profitieren.

Wir stehen ein für eine starke, lebendige und vielfältige Demokratie, in der die Teilhabe aller Menschen selbstverständlich ist. Wir verteidigen unsere Demokratie mit aller Kraft – insbesondere gegen rechte Hetze und Gewalt.

Wir engagieren uns für Geschlechtergerechtigkeit – in jedem Bereich des Lebens. Denn nur eine Demokratie, die wirkliche Gleichstellung zwischen den Geschlechtern schafft, ist eine Soziale Demokratie.

Eine gerechte Zukunft geht nur gemeinsam. Durch ein starkes und soziales Europa, globale Solidarität und Friedenspolitik können wir unsere Ziele erreichen. Dafür setzen wir uns ein.

Wir vernetzen Menschen

Wir verbinden Menschen und ihre Ideen zu einem Netzwerk der Sozialen Demokratie. In Deutschland und über 100 Ländern der Welt arbeiten wir mit vielfältigen Partnerinnen und Partnern an Zukunftsprojekten – auf lokaler, nationaler und globaler Ebene.

Wir machen fit für Politik

Wir wirken und werben für eine solidarische Gesellschaft, die allen Menschen tatsächlich gleiche Chancen der Teilhabe an Politik, Wirtschaftsleben und Kultur eröffnet. Dazu befähigen und bilden wir alle, die für diese Ziele eintreten wollen.

Wir sind der Zukunftsradar für Soziale Demokratie

Wir analysieren politische Trends aus progressiver Perspektive und wollen mit fundierten Argumenten die solidarische Gesellschaft der Zukunft gestalten. Unser Wissen und unsere innovativen Ideen teilen wir mit allen, die daran mitwirken wollen.

Wir fördern begabte und engagierte junge Menschen

Weil Soziale Demokratie nur gedeiht, wenn alle Menschen ungeachtet ihrer sozialen und kulturellen Herkunft die gleichen Chancen erhalten, fördern wir Studierende und Promovierende, vor allem aus Arbeiter- und Einwandererfamilien.

Wir sind das Gedächtnis der Sozialen Demokratie

Reichspräsident Friedrich Ebert gab unserer Stiftung 1925 seinen Namen. Damit gehören wir weltweit zu den traditionsreichsten politischen Stiftungen. Die historischen Wurzeln der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften halten wir lebendig, um immer wieder an den Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu erinnern.

Wir bewegen etwas

Wir wollen andere für unsere Werte und Angebote begeistern. Jeden Tag aufs Neue. Daher bestehen unsere Teams aus engagierten und klugen Köpfen, die agil, einander wertschätzend und mit klarem Fokus ihre Aktivitäten umsetzen. Kritik und Fehler nutzen wir zur Überprüfung unseres Tuns und schaffen daraus neue Ideen für die gemeinsame Arbeit.

Zahlen und Fakten



200.412.000

Euro Etat für 2024



1.532

Mitarbeiter_innen
weltweit



103

Auslandsbüros



2.620

Stipendiat_innen



245

ausländische
Stipendiat_innen



18

Standorte in
Deutschland



1.100.000

Publikationen im
Bibliotheksbestand



189

Veröffentlichungen
in Deutschland



56.000

Lfm. Archivbestand



42.000

Besucher_innen im Museum
Karl-Marx-Haus in Trier



193.868

Teilnehmende an
FES-Veranstaltungen



1.600.000

Follower_innen der
Social-Media-Kanäle

Vorwort



Martin Schulz
Vorsitzender
der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.



Dr. Sabine Fandrych
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2024: Demokratie verteidigen und gestalten

Im Jahr 2024 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland 75 Jahre alt. Ein Geburtstag, den die Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit vielen anderen Institutionen in Bonn und Berlin feierlich beging. Zur Erinnerung und Ehrung einer der Gründermütter der deutschen Verfassung benannte die FES ihren Konferenzsaal in der Bonner Zentrale in »Elisabeth-Selbert-Saal« um. In die Freude der Feierlichkeiten mischte sich jedoch einmal mehr die Gewissheit, dass Demokratie kein Selbstläufer ist. In der Vergangenheit musste sie erkämpft werden – heute gilt es, sie gegen autoritäre und rechts-extreme Kräfte zu verteidigen. Dies haben die Wahlen in drei ostdeutschen Bundesländern 2024 wie auch die Bundestagswahl 2025 verdeutlicht, aber auch Wahlen in Ländern wie Frankreich oder den USA. Nicht nur gibt es weltweit Angriffe auf die Demokratie und den Rechtsstaat, auch die internationale Ordnung und das Völkerrecht werden in Frage gestellt und gebrochen, wie nicht nur der andauernde Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine schmerzlich vor Augen führt.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist überzeugt: Nur in einer Sozialen Demokratie wird Gerechtigkeit verwirklicht und

können Menschen gleichberechtigt, frei und solidarisch leben. Mit langem Atem arbeitet die Stiftung deshalb weltweit mit ihren Partner_innen für die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen und eine gerechte Wirtschaftsordnung. Die Stärke liegt dabei im Zusammenwirken: Die FES bildet und fördert Menschen, ermöglicht Beteiligung, schafft Dialog- und Erfahrungsräume, knüpft Netzwerke, hält Geschichte lebendig und gibt Zukunftsimpulse.

Denn in Zeiten existenzieller Krisen ist der erste Impuls, das Leben, wie es bisher war, mit allen Mitteln zu verteidigen. Dabei richtet sich der Blick unweigerlich in die Vergangenheit. Die FES schaut mit dem neuen Fokusprojekt »Zeit für Zukunft – wie wir morgen leben wollen« hingegen nach vorne: Was müssen wir tun, um auch in Zukunft noch sicher und friedlich in einer gerechten Gesellschaft und einem demokratischen Staat zu leben? Das Projekt will der Demokratiemüdigkeit mit Ideen für politische Lösungsansätze begegnen und Angebote in den Themenfeldern Verteilungsgerechtigkeit, Daseinsvorsorge und Zeitgerechtigkeit erarbeiten.

Um vor allem mit jungen Menschen über Themen der Sozialen Demokratie ins Gespräch zu kommen, hat die FES einen Kanal auf TikTok eröffnet, der aktuell beliebtesten

Social-Media-Plattform unter Jugendlichen. Seit März 2024 postet die FES dort unter fes_online dreimal wöchentlich Beiträge zu politischen und gesellschaftlichen Fragen. Die beiden FES-Gesichter Yannick und Jasmin erklären Politik und stellen politische Errungenschaften vor. Einmal monatlich geben SPD-Politiker_innen wie Martin Schulz, Arbeitsminister Hubertus Heil oder die EU-Abgeordneten Delara Burkhardt und Sabrina Repp Einblicke in ihre Arbeit.

Neben dem steten und schnellen Wandel in den Sozialen Medien erfordert die rasante technologische Entwicklung von generativer Künstlicher Intelligenz (KI) eine Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten dieser neuen Technologie, aber auch eine gesellschaftliche Einordnung. So erfreut sich die Software ChatGPT sowohl bei Verbraucher_innen als auch bei Beschäftigten und Unternehmen zunehmender Beliebtheit. Die FES hat in einem Werkraum mit 20 Mitarbeitenden getestet, welche Möglichkeiten KI-Software in der Bewältigung alltäglicher Arbeiten bieten kann. Die Stiftung hat eine Regelung formuliert, die den Menschen in den Mittelpunkt der Arbeit mit KI stellt und einen ethischen und datenschutzkonformen Gebrauch sicherstellt.

Künstliche Intelligenz hat bereits Auswirkungen auf die Arbeit einer Vielzahl von Kreativen wie Schriftsteller_innen, Musiker_innen oder Illustrator_innen. Obwohl deren Arbeit und Daten als Grundlage für die Technologie dienen, werden ihre Rechte und Interessen häufig von den führenden Unternehmen im Bereich der generativen KI ignoriert. Gute Arbeit inmitten der digitalen Transformation zu schaffen bleibt ein Kraftakt, dem sich die FES in ihrer Gewerkschaftskooperation verpflichtet fühlt.

Hinzu kommt, dass die Verarbeitung riesiger Datenmengen, wie sie Künstliche Intelligenz erfordert, zwar große Chancen für Forschung und Entwicklung und in der Produktion bietet, aber auch sehr große Mengen Strom verbraucht. Dies wiederum erschwert den Kampf gegen die Klimakrise, die prägende Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Ihre negativen Auswirkungen werden vor allem die Menschen im Globalen Süden treffen. Aber auch in Deutschland und Europa werden sozial benachteiligte Gruppen besonders unter Extremwetterereignissen leiden. Der Umbau zur Klimaneutralität ist somit untrennbar mit Fragen der internationalen Solidarität und der sozialen

Gerechtigkeit verbunden, die die Friedrich-Ebert-Stiftung daher ins Zentrum ihrer klimapolitischen Arbeit stellt.

Damit die FES mit ihren Botschaften durchdringt und im Kampf um Aufmerksamkeit erkennbar bleibt, hat sie sich zum 100-jährigen Jubiläum im Jahr 2025 ein neues Corporate Design gegeben. Seiner Entwicklung gingen umfangreiche Befragungen der Mitarbeitenden sowie von Partner_innen im In- und Ausland zum Markenkern der FES voraus. Darauf aufbauend wurde eine Markenstrategie entwickelt, die beschreibt, wo die Kernkompetenzen der FES liegen, welche Vision und Mission die Stiftung hat und welche Tonalität die Marke FES ausstrahlen soll. Das neue Design ist zukunftsweisend und offen und berücksichtigt insbesondere auch Aspekte der Barrierefreiheit.

Zum Jubiläum der Stiftung werden Gäste in der FES-Zentrale in Berlin und Bonn mit neugestalteten Eingangsbereichen willkommen heißen. Digitale Medien wie Touchscreens, Tablets und LED-Screens ermöglichen ihnen dort einen direkten Zugang zu den Kernbotschaften und Medieninhalten der FES, während elegante Sitzmöbel zum Verweilen einladen. Auch können Gäste in den Zentralen in Bonn und Berlin seit November eine Ausstellung über die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in den letzten 100 Jahren sehen. Eine spannende Geschichte, die auch in der vom Dietz-Verlag herausgegebenen historischen Festschrift »Sozial. Demokratisch. Engagiert. – 100 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung« nachzulesen ist.

»Wir gestalten Soziale Demokratie. Seit 1925« – mit diesem Claim geht die FES durch das Jubiläumsjahr 2025. Es ist ein stolzer Blick auf die geleistete Arbeit in den letzten hundert Jahren und zugleich ein Ansporn für die Herausforderungen, die auf uns warten.

Ihr

Martin Schulz

Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

und Ihre

Dr. Sabine Fandrych

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Berlin/Bonn im Mai 2025





**Wir gestalten
Soziale Demokratie.
Seit 1925.**



Projekte und Arbeitslinien



Demokratieförderung, politische Bildung und die Krise der Demokratie

Das Jahr 2024 war ein globales Superwahljahr mit Wahlen zum EU-Parlament, in Frankreich, den USA, Indien und drei ostdeutschen Bundesländern. Dabei wurde deutlicher denn je: Demokratie ist kein Selbstläufer. Vielmehr gilt es, sie gegen autoritäre und rechtsextreme Kräfte zu verteidigen. Die Demokratie muss aber auch weiterentwickelt werden, damit die demokratische Welt geeint und widerstandsfähig auf Veränderungen und Bedrohungen reagieren kann.

Nur in einer Sozialen Demokratie kann nach Überzeugung der Friedrich-Ebert-Stiftung Gerechtigkeit verwirklicht werden. Weltweit arbeitet die Stiftung deshalb mit ihren Partner_innen für die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen und eine gerechte Wirtschaftsordnung. Die Stärke liegt dabei im Zusammenwirken: Die FES bildet und fördert Menschen, ermöglicht Beteiligung, schafft Dialog- und Erfahrungsräume, knüpft Netzwerke, hält Geschichte lebendig und gibt Zukunftsimpulse. Zu den vielfältigen Ansätzen der Stiftung zur Stärkung der Demokratie hat das abteilungsübergreifende Fachteam Demokratie ein interaktives Mapping erarbeitet, das 2025 veröffentlicht wird.

Bei zahlreichen Veranstaltungen thematisierte die FES im Laufe des Jahres 2024 den Wert der Demokratie und die Gefahren, denen sie aktuell ausgesetzt ist. So führte der Kongress »(re)connect – Die Zukunft der Demokratie« im Oktober in Berlin mehr als 250 Teilnehmer_innen zusammen. Sie diskutierten darüber, wie eine resiliente, innovative Demokratie gelingt – unter anderem mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser, dem Politologen Jan-Werner Müller (Princeton), dem Juristen Maximilian Steinbeis (Verfassungsblog) und der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken.

Der 75. Geburtstag des Grundgesetzes gab Anlass zum Feiern. Am 22. April beging die Stiftung dieses Jubiläum mit über 400 Gästen in Bonn. Eine Vielzahl an Referentinnen und Referenten beleuchtete in Kurzvorträgen Aspekte des Grundgesetzes und diskutierte anschließend mit dem Publikum. Neben Sabine Fandrych und Martin Schulz sprach beispielsweise Kathrin Sonnenholzner (AWO) über Menschenwürde, die Juristin Silke Laskowski über Gleichberechtigung, Pit Terjung (Fridays for Future) über den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, der FES-Stipendiat Daryoush Danaii über Bildungsgerechtigkeit und der Ökonom Jens Südekum über die Schuldenbremse. Auch die Landesbüros fanden Anlässe,

die Demokratie zu feiern, etwa das Potsdamer Büro bei einem Demokratiefest im Mai mit rund 600 Teilnehmer_innen oder das Fritz-Erler-Forum bei einer Langen Nacht der Demokratie im Oktober in Horb am Neckar.

Die gefährlichsten Feinde der Demokratie stehen extrem rechts. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus gehört daher zu den zentralen Säulen der FES. Das Projekt »Gegen Rechtsextremismus« verbindet empirische Forschung mit Sensibilisierung von Multiplikator_innen, Vernetzungsarbeit und Beratung. Der Arbeitsbereich gibt auch die renommierte FES-Mitte-Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland heraus. Über die alarmierenden Befunde der jüngsten Studie (September 2023) wurde im Lauf des Jahres bei mehr als 100 FES-Veranstaltungen diskutiert. Alleine eine Veranstaltung in Karlsruhe im März erreichte 700 Besucher_innen. Das Landesbüro NRW brachte in fünf Großstädten Vertreter_innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik mit insgesamt über 450 Bürger_innen ins Gespräch über die Schlussfolgerungen aus der Studie. Eine gut besuchte Podiumsdiskussion in Halle (Saale) im Vorfeld der Landtagswahlen thematisierte die wachsende Gefahr rechtsextremer Mehrheiten in Ostdeutschland und die Frage, wie die Demokratie gegen ihre Feinde abgesichert werden kann. Mit der Wanderausstellung »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« haben die Landesbüros ein Format im Angebot, das junge Menschen zum Nachdenken und Diskutieren anregt. In Berlin erreichte die Ausstellung an 19 Schulen in elf der zwölf Stadtbezirke ca. 2500 Schüler_innen.

Um Menschen immun gegen rechtsextreme Propaganda zu machen, ist immer auch ein Blick auf den Nationalsozialismus hilfreich. Zu einer Veranstaltung mit der Zeitzeugin Charlotte Knobloch lud die FES Bayern am 26. Januar rund 200 Jugendliche ins NS-Dokumentationszentrum München, weitere 2000 Schüler_innen verfolgten die Diskussion im Livestream. In NRW war im Januar die 93-jährige Holocaust-Überlebende Pnina Katsir aus Israel



Der Kongress »(re)connect – Die Zukunft der Demokratie« bot einen kritischen, aber zugleich hoffnungsvollen Ausblick auf die Weiterentwicklung unserer Staatsform und machte deutlich, dass vielfältige Herausforderungen wie Bildung, Ungleichheit und Beteiligung angegangen werden müssen.

an mehreren Schulen zu Gast. Weitere Zeitzeug_innengespräche zum Nationalsozialismus, aber auch zur Friedlichen Revolution 1989/90 machten deutlich, wie notwendig der aktive Einsatz für Demokratie ist. 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution kamen am 18. Oktober über 200 Schüler_innen verschiedener Altersgruppen und Schultypen zu einem Open Space-Format in der FES in Berlin zusammen. Sie sprachen mit Wissenschaftler_innen, Aktivist_innen und Zeitzeug_innen über Diktatur, Widerstand, Demokratie und Freiheit. In Zeiten, in denen Geschichtsrevisionismus um sich greift, sind derlei Angebote stärker gefragt denn je. Das Schweriner Büro veranstaltete im September ein Kneipen-Quiz und das Bilderbuchkino »Fritzi war dabei«, um jungen Menschen die Revolution von 1989 näherzubringen. Zwei Ausstellungen mit Zeitzeug_innengesprächen verbanden die Erinnerung mit dem Bezug zur Gegenwart.

Immer mehr Menschen distanzieren sich von Politik und Demokratie. Um sie dennoch zu erreichen, erprobt die FES innovative Methoden aufsuchender politischer Bildung. Ziel ist es, mit Bürger_innen über ihre Themen auf Augenhöhe ins Gespräch zu kommen und ihnen Möglichkeiten der demokratischen Mitgestaltung aufzuzeigen. Erfolgreiche Formate sollen künftig zu den Standards in der politischen Bildung gehören. Auch Videospiele können für politische Bildung eingesetzt werden, denn sie vermitteln Selbstwirksamkeit, die eine starke Zivilgesellschaft braucht. In Kooperation mit dem Cologne Game Lab der TH Köln waren Ende Mai Videospielentwickler_innen

erstmalig zum »Game Jam for Democracy« eingeladen, um Prototypen zu produzieren, die demokratische Werte spielerisch verarbeiten. Der Workshop »Serious? Demokratie lernen mit Minecraft« Anfang März in Bonn war ein besonderer Erfolg: Berufsschüler_innen, deren Bildungswege von Brüchen gekennzeichnet waren, konnten dabei für die Entwicklung einer gemeinsamen digitalen Stadt gewonnen werden und beteiligten sich rege an der Abschlussdiskussion mit dem Kommunalpolitiker Luca Samlidis.

Eine starke Demokratie braucht vielfältige Teilhabe. Wie diese gelingen kann, war Thema verschiedener Angebote der Landesbüros. In Rheinland-Pfalz etwa diskutierten Teilnehmende aus türkischstämmigen Communitys mit Vertreter_innen aus Landesregierung und Wissenschaft darüber, welche gesellschaftlichen Themen Türkeistämmige motivieren und was ihnen Sorge bereitet. »Vielfalt und Migration im Fokus« lautete das Schwerpunktthema des Julius-Leber-Forums in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein. Bei Stadtführungen, Filmabenden oder Poetry Slams kamen progressive Stimmen zu Gleichberechtigung und Antirassismus zu Wort. Die Fußball-EM der Männer bot Anlass für die Reihe »EM der Vielfalt« an verschiedenen Berliner Orten. Die Abschlussveranstaltung am 13. Mai mit Thomas Hitzlperger in der FES in Berlin unterstrich, wie vielfältig der deutsche Fußball im Jahr 2024 geworden ist.

Kommunalpolitisch Aktive erleben derzeit ein beispielloses Maß an Herausforderungen: Die Diskurskultur verroht zusehends, Kommunalpolitiker_innen werden in den Sozialen



Die Ausstellung »Sozial. Demokratisch. Engagiert. 100 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung« zeigt noch bis zum 31. Dezember 2025 in den FES-Häusern in Berlin und Bonn die Geschichte, Arbeitsfelder und das weltweite Engagement der Stiftung – von ihren Anfängen bis heute.

Medien, aber auch im realen Leben diffamiert, bedroht oder gar angegriffen. Bei der 22. Kommunalpolitischen Sommerakademie im Juni in Bonn lag der Fokus auf der Förderung von wertschätzendem, respektvollem kommunalen Engagement.

Der Arbeitsbereich Politik in Ostdeutschland entwickelt Strategien zur Stärkung der Sozialen Demokratie in den ostdeutschen Bundesländern. In der digitalen Ideenschmiede, die alle zwei Monate in Kooperation mit dem Forum Ostdeutschland angeboten wird, ging es im Vorfeld der Europa- und Landtagswahlen um politische Beratung und Vernetzung für eine progressive Politik. Die Teilnehmenden diskutierten u.a. mit SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert, dem Europaabgeordneten Matthias Ecke, dem Soziologen Steffen Mau und dem Ostbeauftragten der SPD Martin Dulig.

Wie erleben Menschen in Ost- und Westdeutschland die großen Transformationen unserer Zeit? Die qualitative Studie »Um- und Aufbrüche« erfragte in vier Regionen – Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland

und Sachsen-Anhalt –, was Menschen mit dem Begriff »Transformation« verbinden, wie sie die vielfältigen Umbrüche erleben und wie sie sich Aufbrüche zukünftig vorstellen. Die Studie zeigt, dass vielen Menschen der Begriff »Transformation« zu abstrakt ist. Gleichzeitig wird deutlich, dass die gesellschaftliche Stimmung vor Ort viel besser ist, als sie in den Medien vermittelt wird. Interessant ist auch, dass ein Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch nach Sicherheit und der Notwendigkeit von Veränderung besteht.

Der demokratische Gestaltungsspielraum scheint auf allen Ebenen immer enger zu werden. Umso mehr braucht es Frauen-Netzwerke, die für eine progressive, sozial- und geschlechtergerechte Politik eintreten. Dies betonte die Ministerpräsidentin des Saarlandes Anke Rehlinger am 4. Juli beim Red Dinner unter dem Motto »Stadt, Land, F...eminismus!«. Für Rehlinger sind lokale Frauenbündnisse ein Schlüssel für gelingende Transformation. Über 60 Frauen aus verschiedenen Führungspositionen diskutierten anschließend die politische Lage nach den Europa- und Kommunalwahlen sowie Inhalte und Strukturen für zukünftige Zusammenarbeit.

2025 wird die Friedrich-Ebert-Stiftung 100 Jahre alt. In Vorbereitung auf das Jubiläum erschien im Oktober 2024 im Dietz-Verlag die Festschrift »Sozial. Demokratisch. Engagiert. 100 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung«. Das Buch erzählt von den Anfängen der Studienförderung in den 1920er-Jahren und ihrer Bildungsarbeit heute, von der Arbeit der FES beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und ab 1989 im wiedervereinigten Deutschland. Und es gibt Einblicke in das weltweite Engagement der größten deutschen politischen Stiftung, ihre historische Forschungsarbeit und ihr gesellschaftspolitisches Engagement. Auf der Frankfurter Buchmesse wurde das Buch im Rahmen eines Gesprächs mit FES-Vorstandsmitglied Peter Brandt und der Richterin des Verfassungsgerichts und FES-Vertrauensdozentin Astrid Wallrabenstein vorgestellt. Den Auftakt für das Jubiläumsjahr bildeten zwei Veranstaltungen im November in Bonn und Berlin, bei denen die Ausstellung zur 100-jährigen Geschichte der FES eröffnet wurde. Sie ist während des ganzen Jahres 2025 in beiden FES-Zentralen zu sehen.

Im Vorfeld des Jubiläums ermutigte die FES junge engagierte Menschen aus aller Welt, in »Progressive Democracy Labs« innovative Ideen für die Demokratie zu entwickeln. 20 der Teilnehmer_innen wurden im September nach Berlin eingeladen, um ihre Ideen weiterzuspinnen und Netzwerke zu knüpfen. Fünf Ideengeber_innen wurden ab November für drei Monate von professionellen Innovationscoaches bei der Realisierung unterstützt. Bei den Projekten ging es um die Lösung drängender gesellschaftlicher Herausforderungen in Deutschland, Europa und anderen Regionen der Welt.

Zeit für Zukunft – eine gerechte und lebenswerte Welt gestalten

In Zeiten existenzieller Krisen ist der erste Impuls, das bisherige Leben mit allen Mitteln zu verteidigen. Dabei richtet sich der Blick häufig verklärend in die Vergangenheit. Die Friedrich-Ebert-Stiftung schaut mit ihrem neuen Fokusprojekt »Zeit für Zukunft – wie wir morgen leben wollen« hingegen nach vorne: Was müssen wir tun, damit wir auch in Zukunft noch sicher und friedlich in einer gerechten Gesellschaft und einem demokratischen Staat leben?

Eine positive Zukunftserzählung setzt ein deutliches Zeichen für all diejenigen, die in Abwehrkämpfen verharren oder das Land vor dem Untergang sehen. Um die Zukunft zu gestalten, braucht es eine Idee davon, wie wir morgen leben wollen. Im neuen Fokusprojekt »Zeit für Zukunft« erarbeitet die FES deshalb politische Lösungsansätze in den Themenfeldern Verteilungsgerechtigkeit, Gemeinwesen und Zeitgerechtigkeit. Über Veranstaltungen, Publikationen und weitere Formate werden diese in den politischen Diskurs eingespeist. Zielgruppen des Projekts sind Entscheidungsträger_innen, Multiplikator_innen sowie die interessierte Öffentlichkeit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Das Projekt hat im Januar 2024 begonnen und läuft bis Sommer 2025.

Zwei Perspektiven nimmt das Fokusprojekt besonders in den Blick: die der arbeitenden Mitte und die kleinerer Kommunen. Unter der »arbeitenden Mitte« werden diejenigen verstanden, die mit ihrer Sorge- und Erwerbsarbeit den familiären und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und zum Wohlstand des Landes beitragen – diejenigen also, die Kinder oder Angehörige versorgen und arbeiten gehen, aber dennoch unter finanziellem Druck stehen. Eine zentrale Leitfrage lautet daher: Wie profitiert die arbeitende Mitte von Maßnahmen zur Transformation der Wirtschaft?

Die Sicht kleinerer Kommunen wird in den Fokus gerückt, da in Deutschland mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Kommunen mit 5.000 bis 100.000 Einwohner_innen lebt. Dabei ist das Erleben vor Ort häufig, dass die Kommunen kaputtgespart werden und die öffentliche Infrastruktur (Schulgebäude, ÖPNV, ärztliche Versorgung oder Kinderbetreuungsplätze) unzureichend ist. Frust über das Versagen staatlichen Handelns kann zu Ohnmachtsgefühlen und zur Abwendung von der Politik führen. Langfristig ist dies demokratiegefährdend und verstärkt den Zulauf zu populistischen Polarisierungsunternehmer_innen.

Das Fokusprojekt verfolgt drei thematische Linien: die Stärkung des Gemeinwesens, eine gestaltende Finanzpolitik für mehr Verteilungsgerechtigkeit und ein neues Verständnis von Zeitgerechtigkeit.

Stärkung des Gemeinwesens: Die öffentliche Daseinsvorsorge – dazu gehören finanzierbarer Wohnraum in Stadt und Land, soziale Orte und bedarfsorientierte Angebote für alle Lebensphasen – soll sicherstellen, dass alle Menschen unabhängig von Einkommen und Herkunft in Würde leben können. Eine gute Qualität und schnelle Verfügbarkeit staatlicher Leistungen sind dabei zentral für die Zufriedenheit von Menschen, ihr Vertrauen in den Staat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Bezahlbares Wohnen gilt seit Jahren als die große soziale Frage, doch die bisherigen Bemühungen haben nicht die erhoffte Wende gebracht. Deshalb hat die Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit Stakeholdern aus Politik, Verbänden, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft Lösungsansätze diskutiert, die zu mehr bezahlbarem Wohnraum führen können. Die Haupte Erkenntnis war, dass für die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum die vorhandenen wohnungspolitischen Instrumente weiterentwickelt werden müssen.

Gestaltende Finanzpolitik und Verteilungsgerechtigkeit: Damit öffentliche Aufgaben auskömmlich finanziert sind, bedarf es einer Finanzpolitik, die bewusst die Einnahmen- wie die Ausgabenseite gestaltet. Beim Bereitstellen öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen wie auch bei der Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation stößt die öffentliche Hand aber immer stärker an ihre zum Teil selbst gesetzten Grenzen. Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und ein besseres Leben für alle lassen sich so nicht erreichen. Eine gestaltende Steuer- und Finanzpolitik muss bei konkreten Entlastungen für die arbeitende Mitte ansetzen: Neben



Bei der Veranstaltungsreihe »DenkArt« ging es im Juni um Zeit als Dimension von Gerechtigkeit. Im Fokus stand die Frage, wie eine moderne Zeitpolitik und ein erweitertes Verständnis von Arbeit gerechter gestaltet werden können (v.l.n.r. Dr. Julia Kropf, Teresa Bucker, Verena Hubertz).

besseren öffentlichen Leistungen und Infrastrukturen braucht es vor allem höhere Löhne und eine gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen.

Der von den G20 beauftragte Entwurf einer globalen Milliardärssteuer ist ein wichtiges Instrument, um Ungleichheit zu verringern und eine leistungsfähige Gemeinschaft zu finanzieren. Dies wurde in der Publikation »How to Tax a Billionaire« am Beispiel von Argentinien, Brasilien, Kolumbien und Deutschland konkretisiert. Ergänzend erschien ein Vorschlag zur Implementierung der Milliardärssteuer in Deutschland.

Mit der Studie »Milliardär_innen gerecht besteuern« legt die Friedrich-Ebert-Stiftung Vorschläge zur Umsetzung einer global koordinierten Mindeststeuer für Superreiche in Deutschland vor, wie sie vom brasilianischen G20-Vorsitz eingebracht wurde. Grenzüberschreitende Probleme wie das Wachstum der Vermögenskonzentration müssen gemeinsam gelöst werden. Gleichzeitig würde Deutschland von einer solchen Steuer für mehr Steuergerechtigkeit profitieren. Bisher ist Deutschland ein Hochsteuerland für arbeitende Menschen, aber ein Niedrigsteuerland für Vermögende. Die wachsende Kluft bedroht auch die Demokratie.

Zeitgerechtigkeit: Die Umverteilung von Zeit ist entscheidend für die Frage, wie wir morgen leben wollen. Erwerbs- und Sorgearbeit sind zwischen den Geschlechtern nach wie vor ungleich verteilt, was in der Folge

auch sozio-ökonomische Ungleichheiten verschärft. Darüber hinaus geht es bei Zeitgerechtigkeit aber auch um diese Fragen: Wie kann es gelingen, Arbeitszeit zu reduzieren – auch für die arbeitende Mitte? Wie sollten Städte gestaltet werden, um Zeitgewinne im Alltag zu ermöglichen? Und wie können Menschen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf(en) entlastet werden?

Ende 2023 starteten knapp 50 deutsche Unternehmen einen Feldversuch, bei dem Beschäftigte ihre Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich reduzieren. Dabei werden unter dem Begriff »4-Tage-Woche« ganz unterschiedliche Arbeitszeitmodelle erprobt. Dass dies nicht notwendigerweise Produktivitätseinbußen und sinkenden Umsatz bedeuten muss, konnte in der Zwischenzeit gezeigt werden. Auch auf Fachkräftebindung, Vereinbarkeit und Gesundheit wirkt sich die Arbeitszeitverkürzung positiv aus. Die Friedrich-Ebert-Stiftung begleitete die Vorstellung der deutschlandweiten Pilotstudie, initiiert von der Berliner Beratungsagentur intraprenör und umgesetzt von der Universität Münster, mit diversen Diskussionsformaten.

Am 25. Juni kamen in Berlin über 100 Interessierte, darunter viele junge Menschen, zur »DenkArt«-Veranstaltung über Zeitgerechtigkeit mit der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Verena Hubertz und der Publizistin Teresa Bucker. Speziell für ein wirtschaftsnahes Publikum griff eine dreiteilige Gesprächsreihe zu Lebens- und Arbeitszeitmodellen künftiger Generationen das Thema im Herbst und Winter noch einmal auf.

Deutschland, Europa und globale Partnerschaften in einer sich verändernden Welt

Deutschland und Europa stehen unter einem enormen Anpassungsdruck. Vor allem der Klimawandel und die veränderte weltpolitische Lage zwingen zum Umsteuern. Krisen und Konflikte häufen sich, Machtpole verschieben sich – das erfordert zugleich mehr europäisches Engagement für Frieden und Sicherheit. In dieser Lage ist Europa gefordert, seine Partnerschaften auszubauen und neue einzugehen.

Weltweit reagieren die Gesellschaften auf die Vielzahl gleichzeitiger Krisen mit dem Rückzug ins Nationale. Mehr denn je muss deshalb für eine multilaterale Zukunft, für Weltoffenheit und Partnerschaften auch jenseits des unmittelbaren ökonomischen Nutzens geworben werden. Umso mehr, als der Trend zum transaktionalen Denken auch in der EU Einzug hält und dabei die klassische Entwicklungszusammenarbeit immer mehr durch ein Streben nach politischen wie ökonomischen Vorteilen ersetzt zu werden droht. Doch ohne gleichberechtigte Partnerschaften zum beiderseitigen Vorteil, ohne Engagement für Entwicklung können die Probleme der Zukunft nicht gelöst werden. Die FES arbeitet daher intensiv daran, eine Balance zu ermöglichen zwischen berechtigtem Streben nach wirtschaftlicher Sicherheit einerseits und Unterstützung der Partner bei einer langfristig stabilen Entwicklung andererseits.

Ein Ausdruck der sich verändernden Politik Europas ist der Global Gateway, eine von der EU-Kommission 2021 ins Leben gerufene Strategie. Sie zielt darauf ab, den Fokus der EU auf ihre Eigeninteressen mit der Zusammenarbeit mit Partnerländern weltweit zu verbinden. Mit dem Global Gateway, der handels- und entwicklungspolitische Instrumente verknüpft, will die EU bis 2027 Investitionen von rund 300 Milliarden Euro für Infrastrukturpartnerschaften mobilisieren. Um den Global Gateway mit FES-Partnern auf EU-Ebene und aus dem Globalen Süden kritisch zu reflektieren, organisierte die Stiftung in Brüssel einen Gesprächskreis mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Bärbel Kofler sowie ein Panel bei der gemeinsam mit der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) organisierten Konferenz zu »Progressive Economic Policy«. Die FES-Partner riefen die Entscheidungsträger_innen in den EU-Institutionen und den Mitgliedsländern auf, eine ehrliche Diskussion über die Grenzen des Global Gateway zu führen und den Aspekt »human development« in der Zusammenarbeit nicht aus den

Augen zu verlieren, durch den sich die EU von anderen globalen Playern wie China abhebe. Da sich 2024 sowohl die EU-Kommission als auch das EU-Parlament neu aufstellten, konnten die Empfehlungen der FES und ihrer Partner in die Diskussionen zur Neuausrichtung der Entwicklungskooperation eingespist werden.

In Zusammenarbeit mit dem DGB hat die FES ein mehrjähriges Projekt entwickelt, das progressive Partnerperspektiven aus wichtigen Regionen des Globalen Südens in die politische und gewerkschaftliche Beratungsarbeit in Deutschland und der EU einbringt. Denn nur wenn Arbeitnehmer_innen weltweit darauf hinwirken, können sie politische Institutionen und multinationale Firmen so unter Druck setzen, dass die internationalen Wirtschaftsbeziehungen tatsächlich neu geordnet werden.

Allerdings müssen Deutschland und die EU den großen Worten über neue Partnerschaften und neue Regulierungen für multinationale Unternehmen glaubwürdige Taten erst noch folgen lassen: Investitionen zur Steigerung lokaler Wertschöpfung müssen deutlich erhöht werden; unternehmerische Sorgfaltspflichten müssen konsequent, aber mit finanzieller Unterstützung für Firmen in Partnerländern umgesetzt werden; Widersprüche zwischen neuen Partnerschaften und der bestehenden Handels- und Industriepolitik der EU müssen aufgelöst werden. Nicht zuletzt braucht es einen ressortübergreifenden Ansatz, der Handels- und Industriepolitik mit Entwicklungszusammenarbeit und der Regulierung multinationaler Unternehmen kohärent verbindet.

Auch der Klimawandel kann nur mit vereinten Kräften gestoppt werden. Mit den Just Energy Transition Partnerships (JETPs) haben ausgewählte Industrieländer (die G7-Staaten, Norwegen, Niederlande und Dänemark) mit vier Entwicklungs- und Schwellenländern (Südafrika, Indonesien, Vietnam, Senegal) bedeutende Partnerschaftsabkommen unterzeichnet. Ziel ist es, besonders emissionsreiche Länder



Dr. Olumide Abimbola, Gründer und Direktor des Africa Policy Research Institute (APRI), war einer der Panelisten beim Tiergarten-Talk im November.

bei der Dekarbonisierung zu unterstützen. Die FES gibt in einer Publikation Empfehlungen für sozial gerechte, inklusive und transparente Klima- und Energiepartnerschaften.

Darüber hinaus muss die EU mehr Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt übernehmen, auch wegen der Entwicklungen in den USA. Im Fokus der Tiergartenkonferenz am 14. November in Berlin stand die Frage, wie sich der Regierungswechsel in den USA auf die Sicherheitspolitik auswirken wird. Klare Mehrheitsmeinung unter den rund 90 Expertinnen und Experten: Europa wird künftig mehr Verantwortung für die Sicherheit und Ordnung in seiner unmittelbaren Nachbarschaft übernehmen müssen. Dabei werden Partner aus dem Globalen Süden zunehmend wichtiger für Europa, so Svenja Schulze, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Unstrittig ist auch: Die USA bleiben weiterhin wichtigster Sicherheitspartner Europas. Mit welchen »Deals« Europa einem Präsidenten Trump die Zusammenarbeit im wechselseitigen Interesse schmackhaft machen kann, wird derzeit in Brüssel und den EU-Hauptstädten ausgelotet. Der Co-Vorsitzende der SPD Lars Klingbeil machte deut-

lich, dass die internationale Sozialdemokratie mehr denn je für eine gerechte und faire Ordnung kämpfen müsse, um die Attraktivität Europas in der Welt zu steigern.

Die Gestaltung von gleichberechtigten Partnerschaften wie auch die wachsenden Anforderungen für den Erhalt von Frieden und Sicherheit sind nur mit einer handlungsfähigen EU zu stemmen. Die dafür notwendigen Reformen stehen im Fokus des Projekts »12 Missionen für ein progressives Europa«. Es wurde bereits 2022 begonnen und entwickelte, aufbauend auf dem Missionenansatz der Ökonomin Mariana Mazzucato, politische Zielsetzungen für eine solidarische EU. Damit wurden langfristige Ziele und konkrete Zwischenschritte für die Themenfelder Wirtschaft, Demokratie, Klima, Sicherheit und Arbeit für Europa formuliert. Dieser flexibel verwendbare Baukasten von progressiven Ideen wurde zunächst mit Multiplikator_innen aus Zivilgesellschaft und Politik in 15 Ländern der EU diskutiert. Anschließend wurden die Ideen in öffentlichen Veranstaltungen sowie mit Kurzvideos, Artikeln und Social-Media-Posts präsentiert, wodurch sie eine große Verbreitung in unterschiedlichen Zielgruppen fanden.

Die Missionen geben wichtige Impulse für die weitere Entwicklung der EU. Ihr Gelingen hängt aber davon ab, ob die Bevölkerungen in den Mitgliedsstaaten auch weiterhin vom größten Friedensprojekt des Kontinents überzeugt bleiben. Die FES hat daher auch 2024 wieder auf vielen Ebenen vermittelt, warum die Europäische Union so wichtig ist, darunter bei zahlreichen Veranstaltungen in fast allen Bundesländern. Um die EU auch für junge Menschen verständlich zu machen, gab es kreative Formate wie Poetry Slams (Hessen), ein Quiz (Mecklenburg-Vorpommern), Workshops mit dem Titel »Rettet die Wahlen« an Schulen (NRW, Berlin), Videos zur Rolle der EU in Portugal und Kroatien auf dem sagwas-Debattenportal oder ein Angebot zur Erklärung der EU in einfacher Sprache.

Den Kampf gegen nationalistische Versuchungen führen Deutschland und Europa nicht alleine. Weltweit attackieren die Bewirtschafter der Angst zunehmend die Grundprinzipien von Demokratie, Pluralismus und Völkerverständigung. Illiberale und autoritäre Regierungschef_innen schließen sich zusammen, um demokratische Standards zu untergraben und Misstrauen gegenüber transnationalen Abkommen und multilateralen Gremien zu schüren. Um dem etwas entgegenzusetzen, wird transnationale Parteienkooperation über internationale Netzwerke immer wichtiger. Die zentrale Plattform für die Kooperation sozialdemokratischer Parteien ist die Progressive Alliance (PA) mit inzwischen 119 Mitgliedsparteien und 18 assoziierten Partnerorganisationen. Das erste globale Treffen der Progressive Alliance seit 2019 fand mit rund 80 Parteien Anfang Oktober in Santiago de Chile statt – und damit erstmals außerhalb Europas. Beim Kongress wurde eine Strukturreform der Allianz verabschiedet: Sie hat nun als Leitungsebene ein gewähltes Präsidium aus neun Parteien und einen gewählten Vorstand (Board) aus 40 Parteien und ist damit strukturell und inhaltlich neu aufgestellt.

Die Zukunft der Arbeit

Lebenshaltungskosten, Armut und Ungleichheiten nehmen weltweit zu. Gute Arbeit inmitten der Transformation zu schaffen bleibt ein Kraftakt – in Deutschland und weltweit. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt Gewerkschaften im In- und Ausland darin, sich für ihre verbrieften Rechte und eine sozialverträgliche Transformation der Wirtschaft einzusetzen.

Im FES-geförderten Labour20-Prozess setzen sich die Gewerkschaften dafür ein, dass die Umstellung auf klimaneutrales Wirtschaften und die Digitalisierung der Arbeitswelt sozial gerecht gestaltet und fair finanziert werden. »Fair but not equal« war die Losung beim Dialog zwischen europäischen und lateinamerikanischen Gewerkschafter_innen und Politiker_innen, der im Vorfeld des Labour20-Gipfels im brasilianischen Fortaleza stattfand. Voraussetzung für ein Begegnen auf Augenhöhe sei das Eingeständnis, dass die Ausgangsbedingungen in der sozial-ökologischen Transformation extrem ungleich sind. Dennoch bestehen Chancen für einen gerechten Übergang (Just Transition). Dafür müssen die Lasten fair verteilt und Beschäftigung in den Mittelpunkt gerückt werden. Außerdem müssen Energieallianzen mit der EU über Investitionsfonds und Technologietransfers dazu beitragen, die einseitig auf Rohstoffproduktion ausgerichtete Wirtschaft zu diversifizieren.

Nachhaltige und faire Wirtschaft sowie Gute Arbeit – für diese Ziele steht mit dem Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz ein Instrument zur Verfügung, das Unternehmen in die Pflicht nimmt und Arbeitnehmer_innenrechte verbindlich macht. Damit Gewerkschaften und Beschäftigte diese Sorgfaltspflichten effektiv einfordern können, will die FES mit dem DGB und der internationalen Gewerkschaftsföderation UNI Global Union ein gewerkschaftliches Kompetenzzentrum gründen. Dieses soll Gewerkschaften über die Möglichkeiten des Gesetzes informieren und konkrete Hilfestellungen in Fällen geben, wo Rechte verletzt werden. In Regionalworkshops in der Elfenbeinküste und Panama wurden Bedarfe gewerkschaftlicher Partner ermittelt, die in die Ausgestaltung des Kompetenzzentrums einfließen.

Gewerkschaftliche Solidarität in der Lieferkette wird seit vielen Jahren vom Fachbereich Handel bei Ver.di gelebt: Beschäftigte im Einzelhandel arbeiten mit ihren Partner_innen in der Bekleidungsindustrie in Asien sowie der Landwirtschaft in Brasilien und Südafrika zusammen, damit die in Deutschland verkauften Produkte unter fairen Bedingungen hergestellt werden. Bei einer Konferenz im Oktober in Berlin

wurden Fortschritte besprochen und weitere Strategien erarbeitet. Mit FES-Unterstützung konnten Gewerkschafter_innen aus Costa Rica und Ecuador teilnehmen und darüber beraten, wie in Zukunft auch die bei Edeka, REWE & Co. verkauften Bananen und Ananas den Anforderungen des Lieferkettengesetzes entsprechen.

In vielen afrikanischen Ländern werden die Rechte von Bauarbeiter_innen verletzt, etwa durch fehlende Arbeitsschutzbestimmungen. Dies geschieht auch dort, wo Projekte von internationalen Entwicklungsbanken finanziert werden, die sich zu hohen Sozialstandards verpflichten. Die Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) Afrika sucht deshalb mit Unterstützung der FES den Kontakt zur Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB), um eine stärkere Beteiligung bei Planung und Monitoring von Projekten einzufordern. Inzwischen zeigen die Gespräche eine Offenheit seitens der AfDB wie auch der KfW, den Anliegen von Gewerkschaften mehr Gehör zu schenken.

Auch in Deutschland steht der Umgang mit der Transformation im Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit der FES. Der verbreiteten Unsicherheit ist am besten mit Partizipation, Innovation und Mitbestimmung zu begegnen. Dies war der Tenor des in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung im Juni in Köln ausgerichteten FES-Kongresses »Zukunft – Sicherheit – Arbeit«. Besonders kontrovers wird über die Zukunft der Arbeitszeit diskutiert. Während einige Arbeitgeber_innen sich an Modellversuchen zur Reduzierung der Arbeitszeit beteiligen, fordern konservative Stimmen angesichts des Fachkräftemangels eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit. Bei einer Veranstaltung im März in Magdeburg diskutierten Teresa Bücken, Autorin und Vordenkerin der neuen Arbeitswelten, sowie Klemens Gutmann, Präsident der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt, über die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Veranstaltung erzielte eine breite öffentliche Resonanz und inspirierte zu weiterem Nachdenken.

Sowohl die sozial-ökologische als auch die digitale Transformation haben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen



Die #COSATU Women's Transformative Leadership Feminist School fand 2024 unter dem Motto »Sozialistisch-feministische Perspektiven für die Emanzipation von Arbeiterinnen« in Johannesburg statt.

und Männer. Gewerkschaften können entscheidende Treiber für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt sein. Jedoch sind sie in vielen Teilen der Welt von patriarchalischen Strukturen geprägt. In Afrika arbeitet die FES gemeinsam mit IndustriALL Afrika daran, Feminist_innen in den Organisationen zu stärken, so dass sie die dringende Transformation und Demokratisierung aus feministischer Perspektive vorantreiben können. In ihren Organisationen oft marginalisiert, können sie bei der jährlichen »Feminist School«, die diesmal in Johannesburg stattfand, gemeinsam Strategien entwickeln und sich gegenseitig unterstützen.

Auch im arabischen Raum wirkt die FES-Gewerkschaftsarbeit zugunsten von Frauen: Durch Initiativen wie das Frauennetzwerk der Arab Trade Union Confederation (ATUC) und verschiedene Global Union Federations konnten Frauen in mehreren Ländern in leitende Gewerkschaftspositionen aufsteigen. Die Netzwerke setzten außerdem Kampagnen um, um das ILO-Übereinkommen gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt besser durchzusetzen.

Die rasante Entwicklung neuer digitaler Technologien fordert Gewerkschaften heraus, rasch Wege zu finden, um die Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit über tarifvertragliche Vereinbarungen oder gesetzliche Rahmenbedingungen zu verringern. Wie notwendig das ist, zeigt sich beispielsweise im Pflegesektor: In der EU vermitteln immer

mehr Online-Plattformen zwischen Pflegekräften und pflegebedürftigen Kund_innen. Eine neue Studie des FES-Kompetenzzentrums Zukunft der Arbeit und des Europäischen Gewerkschaftsverbands für den Öffentlichen Dienst (EGÖD) bietet einen Überblick über Plattformen im Pflegesektor. Gleichzeitig zeigt sie auf, was die Gewerkschaften tun können, um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern.

In einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt müssen sich Gewerkschaften auch mit digitalen Rechten von Arbeiter_innen auseinandersetzen. In Tarifverhandlungen sowie bei der Politikgestaltung können sie Missbrauch vorbeugen und dafür sorgen, dass Arbeiter_innen über die Nutzung ihrer Daten mitbestimmen. Die Internationale des Öffentlichen Dienstes (IÖD) unterstützt gemeinsam mit der FES im Projekt »Unsere Digitale Zukunft« ihre Mitglieder bereits seit mehreren Jahren dabei, die Risiken von Verstößen in

diesem Bereich zu erkennen. In Pilotprojekten in Südafrika und Peru werden nun mit Gewerkschaften im öffentlichen Dienst konkrete Forderungen für Tarifverhandlungen erarbeitet.

Auch das Recht auf Mitbestimmung bei der Einführung von KI-gestützten Instrumenten wird von Gewerkschaften immer stärker eingefordert. Das FES-Kompetenzzentrum Zukunft der Arbeit gibt in einer Datenbank einen Überblick über bestehende Tarifabkommen zum Einsatz von KI am Arbeitsplatz. Zwei begleitende Studien identifizieren die gängigsten Praktiken in Tarifverhandlungen und verwendeten KI-Systeme und formulieren Handlungsempfehlungen für Gewerkschaften.

Generative KI wie ChatGPT hat Auswirkungen auf die Arbeit von Kreativen wie Schriftsteller_innen, Musiker_innen oder Illustrator_innen. Obwohl deren Arbeit und Daten als Grundlage für die Technologie dienen, werden ihre Rechte und Interessen häufig von den führenden Unternehmen ignoriert. Das FES-Kompetenzzentrum Zukunft der Arbeit organisierte Anfang Oktober in Brüssel eine Konferenz, auf der Vertreter_innen aus Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Politik diskutierten, wie sichergestellt werden kann, dass der Einsatz von generativer KI den Interessen der Beschäftigten, Kreativen und des Kultursektors dient.

Künstliche Intelligenz revolutioniert auch den Journalismus. Bei der MedienAkademie 2024 diskutierten im November in Berlin rund 100 Journalist_innen über den Einsatz von KI, über neue Möglichkeiten und ethische Implikationen und über die Rolle von Journalist_innen in einer Welt, in der Maschinen Inhalte erstellen können.

Der Klimawandel ist eine der größten sozialen Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Besonders die Menschen im Globalen Süden leiden unter den Folgen, in Europa und Deutschland sind es vor allem sozial benachteiligte Gruppen. Sowohl die klimaneutrale Transformation als auch die notwendigen Klimaanpassungen sind daher untrennbar mit Fragen der internationalen Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit verbunden. Diesen Aspekt stellt die Friedrich-Ebert-Stiftung ins Zentrum ihrer klimapolitischen Arbeit.

Bei der internationalen Klimakonferenz COP29 (Conference of the Parties) im November in Baku (Aserbaidschan) standen eine faire internationale Lastenteilung, die Ausgestaltung der internationalen Klimafinanzierung und die Aktualisierung der nationalen Klimaschutzpläne auf der Agenda. Wie jedes Jahr setzte sich die FES mit einer internationalen Delegation für Klimagerechtigkeit ein und begleitete die Konferenz mit eigenen Veranstaltungen. Auf einem von der FES ausgerichteten Side Event mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der International Labour Organization und dem Climate Action Network Southeast Asia wurden u.a. globale Partnerschaften zur Energietransformation sowie Empfehlungen für eine Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung diskutiert.

In der Geneva Climate Change Consultation Group (GeCCCo), einer Gruppe von in Genf ansässigen Nichtregierungsorganisationen, engagiert sich die FES dafür, dass der Zusammenhang von Klimawandel und Menschenrechten mehr Beachtung findet. Nachdem im Mai neue UN-Sonderberichterstatterinnen für Menschenrechte und Klimawandel sowie für Menschenrechte und Umwelt ernannt worden waren, richtete die FES im Juni eine Klausurtagung mit beiden aus. Dabei erhielten Vertreter_innen aus Zivilgesellschaft, indigenen Völkern, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften Gehör für ihre Anliegen.

Mit dem Esacú-Abkommen verfügt die Region Lateinamerika und Karibik über einen innovativen internationalen Vertrag, der Umweltschutz und Menschenrechte beispielhaft verbindet. Die FES begleitet den Prozess der Implementierung seit vielen Jahren in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in zahlreichen Ländern. Vor der dritten Vollversammlung des Esacú-Abkommens im April in Santiago de Chile unterstützte die FES die erstmalige Durchführung einer zivilgesellschaftlichen Konferenz, um die Vollversammlung vorzubereiten. Dabei ging

es unter anderem um die Berücksichtigung von Genderinteressen innerhalb des Abkommens.

Klar ist, dass aus einer globalen Gerechtigkeitsperspektive vor allem die Länder des Nordens ihre Klimaschutzanstrengungen verstärken müssen. In Europa wird der klimaneutrale Umbau Verteilungsfragen zwischen den Mitgliedsstaaten aufwerfen. Dabei geht es um die Führerschaft bei sauberen Zukunftstechnologien, um wirtschaftliche Verschiebungen und Standortkonkurrenz. In Kooperation mit verschiedenen Gewerkschaftsverbänden organisierte das FES-Kompetenzzentrum Just Climate in Brüssel eine Reihe von Dialogen, um gemeinsam auf eine europäische Just-Transition-Richtlinie hinzuwirken.

Im Zusammenhang zwischen Klimaschutz einerseits und Wohlstand, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen andererseits liegt auch der Schlüssel für demokratische Mehrheiten in der Mitte der Gesellschaft, die eine ambitionierte Klimapolitik mittragen. Zwei FES-Studien konnten dies belegen: In 19 Ländern Europas und Nordamerikas untersuchte das SINUS-Institut im Auftrag des Kompetenzzentrums Just Climate, welche Interessen und Befürchtungen die Menschen mit der sozialökologischen Transformation verbinden. Eine Studie der pollytix strategic research GmbH zeigte, dass es in der deutschen Bevölkerung ein ausgeprägtes Problembewusstsein beim Klimaschutz gibt. Damit sich abstrakte Zustimmung in politische Unterstützung für eine ambitionierte Klimapolitik übersetzt, braucht es dreierlei: planvolles Vorgehen, sozial ausgewogene Maßnahmen und bessere Kommunikation. Beide Studien lieferten konkrete Empfehlungen für eine sozial gerechte Klimapolitik und wurden intensiv in der Beratungsarbeit der Stiftung eingesetzt.

Eine soziale Klimapolitik darf beim Fokus auf wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit die Gerechtigkeit zwischen den Generationen nicht aus dem Blick verlieren. Die FES leistet



Bei einer vom Green Youth Lab geförderten Initiative in Van Ho, Vietnam, kommt ein emissionsarmer Herd zum Einsatz. Giàng Thi Gánh (im Bild) lebt in einem von zehn Haushalten, die jene emissionsarmen Öfen nutzen, und berichtet, dass sie dadurch einen viel geringeren Verbrauch an Holz hat und die Emissionen stark gesenkt werden konnten.



Das Programm »Green Youth Labs« fördert junge Menschen als zukünftige Führungskräfte für eine sozial gerechte, kohlenstoffarme Transformation – hier zwei Teilnehmerinnen auf dem Bridgefest 2024 in Hanoi.

dazu vor allem im Rahmen ihrer Arbeit mit jungen Menschen einen wichtigen Beitrag – in Deutschland und weltweit. In Vietnam wurde das von der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) geförderte Projekt »Green Youth Labs« umgesetzt. Mit Fortbildungsangeboten, Netzwerkarbeit und Anschubfinanzierungen hat das Projekt über 450 vietnamesische Jugendliche dabei unterstützt, sich aktiv an der Energiewende ihres Landes zu beteiligen. In Deutschland erreichten Klimaworkshops mehrerer Landesbüros viele Jugendliche mit kurzweiligen Methoden wie dem »Klimaquartett soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz«. Im niedersächsischen Barsinghausen traten junge Poetry-Slammer_innen mit eigenen Texten zur Klimathematik auf.

Kommunen sind entscheidende Akteurinnen bei Klimaschutz und Klimaanpassung. Sie gestalten die sozial-ökologische Transformation in den Bereichen Energie, Wärme und Wohnen, Produktion und Konsum, Mobilität sowie Ernährung und Landwirtschaft. 150 Kommunalpolitiker_innen nutzten ein e-Learning-Format der KommunalAkademie, um sich zu Klimapolitik fortzubilden.

Praxistipps für kommunalen Klimaschutz geben die FES-Klimahandbücher. Im Herbst wurde der Band für Mecklenburg-Vorpommern veröffentlicht. Zahlreiche Beispiele zukunftsfähiger Politik im Bereich Transformation präsentiert auch das FES-Projekt »Mit Beispiel VORAN« auf der Webseite www.fes.de/voran.

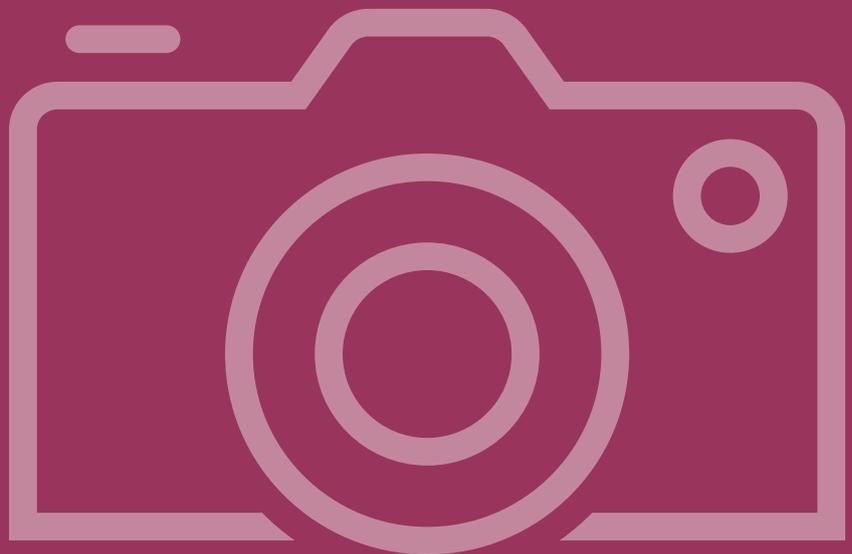
Zu den Herausforderungen, die alle größeren Städte betreffen, zählen nachhaltige Verkehrskonzepte. Bei der Novellierung des Bundesverkehrswegeplans stellt sich die Frage, wie der Verkehrssektor die CO₂-Ziele erreichen kann. Dazu veranstaltete die FES in Berlin eine Fachgesprächsreihe mit Bundestagsabgeordneten sowie Expert_innen aus Wissenschaft, Verbänden, der Zivilgesellschaft und den Gewerkschaften. Dabei wurden zentrale Leitlinien entwickelt, die im Personenverkehr, Güterverkehr und auf den Wasserstraßen eine zuverlässige, nachhaltige Mobilität sichern. Ein Impulspapier zu den Ergebnissen mit dem Titel »Strukturelle Erneuerung der Verkehrsplanung: Der neue Bundesverkehrswege- und Mobilitätsplan 2040« wurde im November veröffentlicht.

Die Hälfte aller Treibhausgasemissionen geht darauf zurück, wie in unserer Wirtschaft Ressourcen gewonnen und verarbeitet werden. Die Digitalisierung ist ein mächtiger Hebel, um die notwendige Transformation in Richtung Kreislaufwirtschaft in Gang zu setzen, denn für zirkuläre Wertschöpfung bedarf es eines komplexen Managements von Material- und Stoffströmen. Dazu müssen hochwertige Informationen entlang von Lieferketten und des gesamten Lebenszyklus eines Produkts geteilt werden. Im Laufe des Jahres 2023 identifizierte die FES Erfolgsbedingungen, damit die Digitalisierung zum Motor für eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft werden kann. Eine zentrale Erkenntnis war, dass eine datengetriebene Kreislaufwirtschaft nur dann ihr ganzes Potenzial entfalten kann, wenn sie auch entlang der internationalen Wertschöpfungsketten funktioniert. Dafür müssen die Handelspartner der EU in die Standardisierungsprozesse einbezogen werden.

Das betrifft vor allem den Digitalen Produktpass (DPP), dessen Einführung die EU im Rahmen der neuen Öko-Design-Verordnung beschlossen hat. Demnach müssen alle in der EU verkauften Produkte, mit Ausnahme von Lebensmitteln und Arzneimitteln, mit einer maschinell lesbaren Kennung versehen werden. Sie ermöglicht die Rückverfolgung des Produkts während seiner gesamten Lebensdauer und gibt den Verbraucher_innen Hinweise auf optimale Recyclingverfahren. Besonders die unmittelbaren Nachbarn der EU, deren Wertschöpfung eng mit der EU verbunden ist, müssen sich mit Digitalen Produktpässen auseinandersetzen, um sich in die Entwicklung von Standards und Klassifizierungssystemen einzubringen. Das war eines der Ergebnisse eines Online-Fachgesprächs im März mit René Repasi, Mitglied des Europäischen Parlaments, und Elisabeth Türk, Direktorin der Economic Cooperation and Trade Division bei der United Nations Economic Commission for Europe.

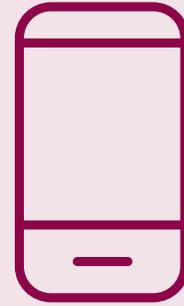
Presseschau

2024



Online-Medien

1.540 Nennungen der Friedrich-Ebert-Stiftung in deutschsprachigen Online-Medien im Jahr 2024



zeit.de

25. März 2024

In *Zeit Online* gibt der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Martin Schulz, ein ausführliches Interview zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Dabei betont er, wie wichtig die Suche nach einem Weg zum Frieden sei. Zugeständnisse an Russland zu machen lehnt er ebenso ab wie rote Linien zu überschreiten, etwa durch die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern. Weitere Themen sind die Bewertung des Minsker Abkommens von 2015 und die mögliche Rolle der Türkei als Vermittlerin.

tagesspiegel.de

17. April 2024

Die massiven Proteste in Georgien gegen ein geplantes Gesetz zur Kontrolle politischer Einflussnahme aus dem Ausland sind Thema auf *Tagespiegel.de*. Eine Einordnung erfolgt durch Marcel Röthig, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tiflis. Röthig sieht in dem Gesetzesvorhaben einen Vorstoß gegen zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich zum Beispiel für die Unabhängigkeit der Justiz einsetzen.

sueddeutsche.de

3. Juni 2024

In der *Süddeutsche Zeitung* gibt Boris Popivanov aus dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sofia eine Einschätzung zu den vorgezogenen Parlamentswahlen in Bulgarien. Diese wurden nötig, weil wichtige Vorhaben wie die Justizreform und die Reform der Geheimdienste gescheitert sind und das Bündnis der beiden Parteien »Wir setzen den Wandel fort« (PP) und »Demokratisches Bulgarien« (DB) nicht funktionierte.

tagesschau.de

30. Juni 2024

Über die aktuelle Studie »KI und algorithmisches Management im europäischen Dienstleistungssektor« von Steven Rolf im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung berichtet *tagesschau.de*. Neben den verschiedenen Einsatzmöglichkeiten werden auch die Gefahren und Risiken von KI beleuchtet, darunter die Überwachung und Kontrolle von Beschäftigten.

fr.de

8. Juli 2024

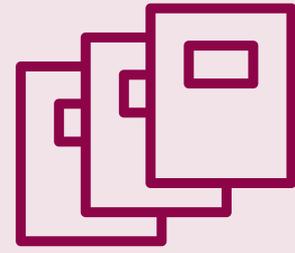
Zum Ausgang der Parlamentswahlen in Frankreich äußert sich Adrienne Woltersdorf, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris, im Online-Auftritt der *Frankfurter Rundschau*. Sie sieht in Emanuel Macron einen durchaus unbeliebten Präsidenten und weist auf die erschreckend hohen Zustimmungswerte des rechtsnationalen Rassemblement National (RN) hin. Nur wegen des französischen Mehrheitswahlrechts sei ein größerer Erfolg der rechtspopulistischen Partei verhindert worden. Der Vorsprung sei allerdings nur noch hauchdünn.

vorwaerts.de

14. November 2024

Über die Auftaktveranstaltung zum 100-jährigen Jubiläum der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Berliner Zentrale berichtet der *vorwärts* und umreißt alle geplanten Jubiläumsaktivitäten bis zum März 2025. Mit dem Fördern der Demokratie als Daueraufgabe wird im Artikel explizit auf die Ursprünge und Geschichte der Stiftung eingegangen. Vor allem Bildungsarbeit und Forschung sind wichtige Eckpfeiler der Stiftung. Vor dem Hintergrund zunehmender rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung seien diese wichtiger denn je.

Print-Medien



3.047 Nennungen der Friedrich-Ebert-Stiftung in deutschsprachigen Print-Medien im Jahr 2024

taz

15. Januar 2024

Mit dem Thema Flucht aus Syrien nach Europa beschäftigt sich die taz. Dabei geht es unter anderem um die katastrophalen Zustände in den Aufnahmelagern in Zypern und die Tatsache, dass viele Minderjährige unter den Geflüchteten sind. Hubert Faustmann, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nikosia, berichtet außerdem von den vielen Schwierigkeiten der Betroffenen vor Ort, deren Alltag durch zahlreiche Verbote und Verordnungen geprägt ist.

Passauer Neue Presse

20. Juni 2024

Über die »Passauer Politiktage« berichtet die *Passauer Neue Presse*. Im Artikel kommt Christos Katsioulis vom Wiener Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Wort. Er äußert sich zu Aspekten der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und geht auf die besondere Rolle Deutschlands im Ukrainekrieg ein.

Der Tagesspiegel

28. Oktober 2024

Über die seit einem Jahr andauernde Regierungszeit des slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico gibt Jörg Bergstermann, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bratislava, eine Einschätzung im *Tagesspiegel*. Fico orientiere sich deutlich an den Ideen seines Amtskollegen Viktor Orbán in Ungarn. Bergstermann verweist darauf, dass Fico sehr unterschiedlich kommuniziere, je nachdem, ob er sich an seine eigene Bevölkerung und Wählerschaft richte oder an die EU.

Der Spiegel

6. Dezember 2024

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung »Willkommen zurück? Abwanderungsgründe und Rückwanderungspotenziale von aus Deutschland abgewanderten EU- und Drittstaatsangehörigen« ist Thema im *Spiegel*. Dabei wird vor allem die mangelnde Willkommenskultur als eine der Hauptgründe genannt, warum gut ausgebildete Fachkräfte das Land wieder verlassen. Als weitere Gründe werden Diskriminierung und Rassismus genannt. Mehr als die Hälfte der rund 400 Befragten würden Deutschland ebenfalls keine zweite Chance geben und zurückkehren.

Bonner Generalanzeiger

19. November 2024

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung »100 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung« in der Bonner FES-Zentrale gibt der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Martin Schulz, dem *Bonner Generalanzeiger* ein ausführliches Interview. Er geht dabei auf die Ursprünge der Stiftung ein und zeichnet zugleich ein Panorama der aktuellen politischen Weltlage. Angesichts verschiedener Krisen, des aggressiven Vorgehens von Wladimir Putin und der zu erwartenden Politik Donald Trumps brauche es nun ein besonders starkes Europa und eine gefestigte und wehrhafte Demokratie in Deutschland.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

2. Dezember 2024

Im Jahr 2022 hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung die junge Palästinenserin Wafaa Abo Qamar aus Gaza im Rahmen einer Delegationsreise nach Berlin gebracht. Sie sollte dort über ihr Leben und ihr gesellschaftspolitisches Engagement in Gaza berichten. Wafaa Abo Qamar ist Alumna des Young-Leaders-Programmes der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es war ihre erste Reise außerhalb des abgeriegelten Gazastreifens. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* widmet Qamar ein ausführliches und emotionales Portrait.

407 Nennungen der Friedrich-Ebert-Stiftung im deutschsprachigen Fernsehen im Jahr 2024



ZDF heute

15. März 2024

Anlässlich der Präsidentschaftswahlen in Russland äußert sich Alexey Yusopov, Leiter des Russlandprogramms der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei *ZDF heute* ausführlich zu den politischen Verhältnissen im Land. Er geht dabei auf die Stellung Wladimir Putins ein und analysiert, welchen Einfluss die sogenannten Mittagsproteste auf die Wahl haben. Seiner Einschätzung nach sind diese als kluge Idee zu werten, da sie sich innerhalb des legalen Rahmens bewegen und dennoch als sichtbarer Dissens gelesen werden können.

WDR

5. April 2024

Der *WDR* berichtet in seiner Sendung »Lokalzeit« über das 70-jährige Bestehen der Bonner Zentrale der Friedrich-Ebert-Stiftung und interviewt dazu Sabine Fandrych, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung. Fandrych geht dabei vor allem auf den Ursprungsgedanken der Stiftung ein: benachteiligte junge Menschen dabei zu unterstützen, ihren Bildungsweg selbstbestimmt gehen zu können.

3sat

4. Mai 2024

Catrina Schläger, Leiterin des Referats Analyse und Planung der Friedrich-Ebert-Stiftung, äußert sich im Gesellschaftsmagazin »Quer« auf *3sat* ausführlich zu den Erkenntnissen der Studie »Arbeiter_innenklasse«. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeige, dass sich heute andere Berufsgruppen zur Arbeiter_innenklasse zugehörig fühlten. Die Klasse sei damit einhergehend weiblicher geworden. Die neuen Arbeiter_innen identifizierten sich in der Regel stark mit ihren Tätigkeiten.

phoenix

14. Juni 2024

Mit der Frage »Wie vielfältig ist der deutsche Fußball im Jahr 2024?« beschäftigt sich eine Dokumentation auf *phoenix* anlässlich der Europameisterschaft 2024. Dabei kommt Ex-Nationalspieler Thomas Hitzlsperger zu Wort, der sich auf der Veranstaltung »EM der Vielfalt?« bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin zum Thema Homosexualität äußert: Er habe sich bewusst erst nach seinem Karriereende als Profifußballer geoutet, weil er Diskriminierung und Benachteiligung befürchtet habe. Zum Thema Rassismus äußert sich Podiumsteilnehmerin Reem Alabali-Radovan, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie Antirassismus.

Tagesschau

11. Juli 2024

Die *Tagesschau* berichtet über die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Washington. Felix Hett, Leiter des Regionalbüros in Kiew in der Ukraine, wertet die beschlossenen Hilfen mit einem Gesamtwert von 40 Milliarden Euro für die Ukraine als wichtiges Signal, dass das Land seine Verteidigung fortsetzen kann. Zu den Hilfen gehören neue Flugabwehrsysteme sowie F16-Kampfflugzeuge.

ARD

19. November 2024

Kurz nach dem Bruch der Ampelkoalition ist der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Martin Schulz, bei Sandra Maischberger zu Gast. Er äußert sich zu innenpolitischen Themen wie der Kanzlerfrage, gibt aber auch eine Einschätzung zum Trump-Comeback in den USA ab und dazu, welche Rolle Deutschland künftig international spielen sollte.

Radio

1.045 Nennungen der Friedrich-Ebert-Stiftung im deutschsprachigen Radio im Jahr 2024



Mitteldeutscher Rundfunk

22. Februar 2024

Der *Mitteldeutsche Rundfunk* berichtet über die Studie »Wie tickt Thüringen?« aus dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Thüringen. Dabei geht es vor allem um die hohe Zustimmung für das zu diesem Zeitpunkt noch junge Bündnis Sarah Wagenknecht sowie um die politischen Einstellungen junger Menschen. Insbesondere von jungen Männern bekommt die AfD viel Zuspruch.

radioeins (rbb)

2. August 2024

Über die angespannte Situation in Israel berichtet *radioeins (rbb)*. Ralf Melzer, Direktor des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tel Aviv, geht im Interview auf die spürbar angespannte Situation in der Region ein. Im Hinblick auf die 115 verbliebenen Geiseln habe sich die Verhandlungsposition nach der gezielten Tötung mehrerer Hamas-Führer verschlechtert. Ein weiteres Thema ist die zunehmende Bedrohung Israels durch den Iran.

Deutschlandfunk

24. Oktober 2024

Über den BRICS-Gipfel im russischen Kasan berichtet der *Deutschlandfunk* mit einer ausführlichen Einschätzung von Henrik Maihack, Leiter des Afrika-Referats der Friedrich-Ebert-Stiftung. Maihack sieht in dem Bündnis kein Gegenmodell zum Westen, sondern vielmehr den Willen zu Reformen und einer neu ausgerichteten Außenpolitik im Hinblick auf den Globalen Süden. Statt eines dezidierten Blockdenkens spiegele BRICS die Realitäten einer sich neu bildenden multipolaren Weltordnung wider.

Deutschlandfunk

7. August 2024

Der *Deutschlandfunk* berichtet über die gewaltsamen Ausschreitungen Rechtsextremer in Großbritannien. Laut Michéla Auga, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in London, haben die Ausschreitungen den Charakter eines Pogroms. Dabei gehe die islamfeindliche English Defence League gezielt gegen Geschäfte und Moscheen vor, die dem Vernehmen nach von Muslim_innen betrieben werden.

WDR5

17. September 2024

Zur Reise des Bundeskanzlers nach Usbekistan und Kasachstan gibt Phillip Jahn, Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Taschkent, eine Einschätzung beim *Westdeutschen Rundfunk*. Er verweist auf die in Deutschland dringend benötigten usbekischen Fachkräfte sowie die Vermittlerrolle Usbekistans im Hinblick auf das Nachbarland Afghanistan. Grundsätzlich müsse der Dialog aufrechterhalten werden, nicht zuletzt vor dem Hintergrund russischer Einflussnahme.

BR4

8. Dezember 2024

Nach der fehlgeschlagenen Präsidentschaftswahl in Rumänien berichtet der *Bayrische Rundfunk* über Rechte Parteien in Osteuropa mit Einschätzungen von Ernst Hillebrand, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest.

International



Über das internationale Büronetzwerk fand die Arbeit der Stiftung auch im Jahr 2024 weltweit Erwähnung.

SunStar

29. Januar 2024, Philippinen

Wie können die Philippinen die Energiewende schaffen? Das erörterten Mitarbeiter_innen der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit Vertreter_innen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Rahmen der »Initiative verantwortungsvolle Energie Philippinen«. Unter anderem schlugen sie eine Reduzierung der Treibhausgase um bis zu 75 Prozent bis zum Jahr 2030 vor. Über den Start des Projekts berichtet die englischsprachige philippinische Zeitung *SunStar*.

Kathmandu Post

2. August 2024, Nepal

In der nepalesischen Politik und den Medien dominieren nach wie vor Männer. Dass dies nicht die aktive Rolle von Frauen in diesen Bereichen widerspiegelt, war Thema auf der Veranstaltung »Sichtbarkeit von Frauen in Führungspositionen in den Medien«, welche die Media Advocacy Group und das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nepal gemeinsam ausrichteten. Die *Kathmandu Post* berichtet darüber, dass auf der Veranstaltung mehr Initiativen für Geschlechtergleichbehandlung und Inklusion gefordert wurden.

El Espectador

13. November 2024, Kolumbien

Die kolumbianische Zeitung *El Espectador* berichtet über die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung »Weil das Morgen schön sein wird: Jugendliche in Kolumbien zwischen Enttäuschung über die Gegenwart und Hoffnung auf eine bessere Zukunft«. Die Analyse zeigt, dass viele junge Menschen den etablierten politischen Parteien in Kolumbien nicht mehr vertrauen, weil sie sich durch diese nicht vertreten fühlen. Stattdessen folgen sie lieber einzelnen, teils autoritär auftretenden Führungspersonlichkeiten. Als größte Sorgen junger Menschen in Kolumbien nennt die Studie Armut, Drogenkonsum, Unsicherheit und Korruption.

The Citizen

11. Oktober 2024, Südafrika

Mehrere südafrikanische Medien, darunter *The Citizen*, berichten über die von der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit einer Partnerorganisation in Johannesburg ausgerichtete internationale Konferenz zu geopolitischen Verschiebungen. Der Tenor: Afrika darf und will sich nicht in aktuell eskalierende Großmacht-Konflikte hineinziehen lassen. Vielmehr streiten die Staaten des Kontinents in einer multipolaren Welt selbstbewusster für eine fairere globale Ordnung und eine grundlegende Reform der Vereinten Nationen.

Foreign Policy

14. Januar 2024, USA

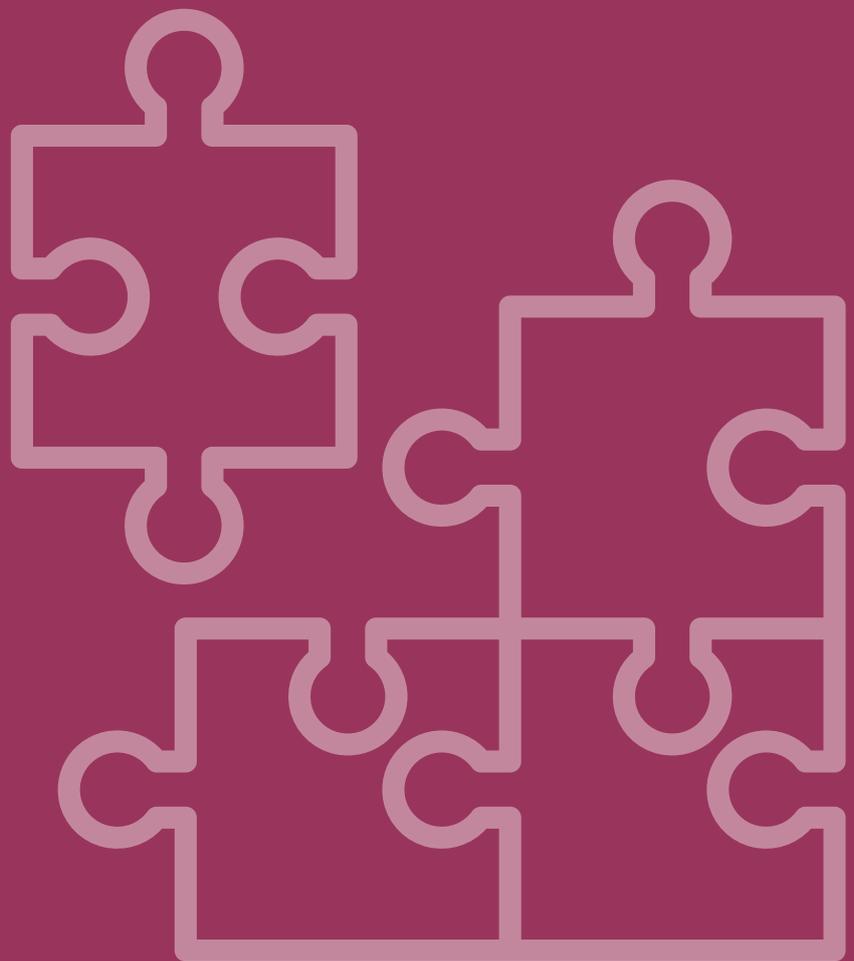
Im US-Magazin *Foreign Policy* argumentiert Knut Dethlefsen, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung für die USA und Kanada mit Sitz in Washington D.C., Deutschland müsse eine gewichtigere Rolle im Nahostkonflikt spielen. Bei den Friedensbemühungen sollte demnach der Sozialen Demokratie eine Schlüsselrolle zukommen, auf die Dethlefsen näher eingeht.

Nida Al-Watan

21. Dezember 2024, Libanon

Das libanesische Medium *Nida al-Watan* interviewt Salam Said, Leiterin des Libyen-Programms der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Tunis, zur wirtschaftlichen Zukunft Syriens. Salam Said erläutert die wirtschaftlichen Herausforderungen für die neue syrische Regierung, spricht über die versprochene wirtschaftliche Hilfe, die Rolle der Sanktionen und mögliche Szenarien für eine Entwicklung des syrischen Wirtschaftssystems.

Arbeitsbereiche



Politische Bildung und Beratung

Im Inland bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung politische Bildung und Beratung an, orientiert am Leitbild der Sozialen Demokratie. Politische Bildung und Beratung dienen der Demokratieförderung und tragen bei zur Identifikation der Bürger_innen mit der Demokratie, ihrer politischen Urteils- und Handlungskompetenz und ihrer Motivation zum gesellschaftspolitischen Engagement. Darüber hinaus bietet die Inlandsarbeit öffentliche Plattformen für den Dialog zwischen Gesellschaft und politischen Akteur_innen und für fundierte Politikberatung.

Die Angebote zur politischen Bildung und Beratung der FES umfassen Politikvermittlung, Lernprojekte, Kompetenztrainings und Politikberatung. Sie sind zielgruppenorientiert, thematisch strukturiert und regional flexibel organisiert. In der politischen Bildung kommen vielfältige methodische, insbesondere partizipative Ansätze zum Einsatz, in Präsenz etwa in der aufsuchenden politischen Bildung, um politik- und demokratiefeindliche Menschen zu erreichen. Neue wie bewährte digitale Formate nehmen einen großen Raum ein: Web-Seminare, Live-Streams, Blogs, YouTube- oder TikTok-Videos, Podcasts, Online-Barcamps, E-Paper-Reihen, Erklärfilme, Messenger-Spiele, Escape-Rooms, Online-Quiz, Kommunikationsplattformen oder auch Apps fürs Mobiltelefon. Um junge Zielgruppen zu erreichen, werden Innovationen in Serious Games oder Augmented Reality erprobt.

Politische Bildung und Dialog

Die Abteilung Politische Bildung und Dialog (PBD) bietet politische Bildung und Beratung in allen 16 Bundesländern und berät an den Standorten Berlin und Bonn

zu den Themenschwerpunkten »Demokratie«, »Politik in Ostdeutschland« sowie »Jugend und Politik«.

Im Bonner Referat Engagement, Qualifizierung und Digitale Bildung (EQD) qualifizieren fünf Fachteams bundesweit Bürgerinnen und Bürger für aktive Teilhabe in verschiedenen Politikbereichen, bilden Arbeitnehmer_innen, Jugendliche, Medienschaffende und kommunalpolitisch Engagierte weiter und vermitteln Kompetenzen für digitale Formate und Medien. Das Team Digitale Bildung agiert als Motor für innovative digitale Bildung in die Stiftung hinein. Gleich das erste Projekt im Experimentierformat Augmented Reality, der Respect Cube, erhielt den Immersive Learning Award, mit dem herausragende virtuelle Lernanwendungen ausgezeichnet werden.

Im Referat Demokratie, Gesellschaft und Innovation (DGI) am Standort Berlin stehen Grundsatzfragen der Sozialen Demokratie, Innovationen der politischen Bildungsarbeit sowie demokratische und gesellschaftliche Entwicklungen im Fokus. Es erarbeitet Leitlinien zur Förderung von Innovationen in der gesamten Abteilungsarbeit und bündelt Kernfragen der politischen



»Ohne Demokratie ist alles nichts.«

Teilnehmende, Motive und Effekte der Proteste gegen Rechtsextremismus im Juni 2024

Nina-Kathrin Wienkoop, Lisa Bogerts, Marco Bitschnau, Priska Daphi, Sebastian Haunss, Elias Steinhilper, Simon Teune



100 Jahre, 100 Orte, 100 Rezepte

Ein internationales Kochbuch der Friedrich-Ebert-Stiftung

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.)



Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland

Stand: Mai 2025



Zielgruppen der politischen Bildungsarbeit

- Bürger_innen, die politische Information und Orientierung suchen
- Jugend und politischer Nachwuchs
- Engagierte in Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen
- Multiplikator_innen mit Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten
- Aktive in der Zivilgesellschaft
- Multiplikator_innen in Parteien und Parlamenten
- Vertreter_innen aus Medien, Kultur und Kreativwirtschaft

Bildung und Beratung zum Arbeitsschwerpunkt Demokratie. Dass Demokratie kein Selbstläufer ist, haben die diesjährigen Kommunal- und Landtagswahlen erneut deutlich gezeigt. Die Demokratie muss vielmehr stetig weiterentwickelt und zukunftsfest gestaltet werden sowie Vertrauen zurückgewinnen. Wie dies gelingen kann, arbeitete der Berliner Kongress »(re)connect – die Zukunft der Demokratie« am 8. Oktober heraus, an dem u.a. die Co-Vorsitzende der SPD Saskia Esken und Bundesinnenministerin Nancy Faeser mitwirkten.

Die Landes- und Regionalbüros bereiten bundes-, landes-, kommunal- und europapolitische Themen dezentral für ein breites Publikum auf. In der Politikberatung fußt ihr methodischer Ansatz auf empirischer Sozialforschung sowie der gesellschaftlichen und politischen Verankerung in den Bundesländern.

Im Vorfeld der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg organisierten die entsprechenden Landesbüros zahlreiche Diskussionsveranstaltungen zu den Gefahren, die von Rechtsextremismus wie -populismus für Demokratie wie Gesellschaft ausgehen. Um Menschen zu erreichen, die sich von demokratischer Politik nicht mehr angesprochen fühlen, erprobten Büros aus sechs Bundesländern innovative Formate der aufsuchenden politischen Bildung, z.B. improvisiertes Bürgertheater. Zahlreiche Workshops zu »Rettet die Wahlen!« sowie TikTok-Kurzvideos informierten bundesweit Jungwähler_innen über die Bedeutung der anstehenden Europawahlen. Etliche Büros boten in der Folge der Kommunalwahlen digitale wie analoge Qualifizierungsseminare an, z.B. die fünfteile Reihe »Neu im Rat« in Baden-Württemberg.

Im Laufe des Jahres organisierte die Abteilung Politische Bildung und Dialog on- und offline rund 2000 Veranstaltungen und erreichte damit knapp 170.000 Interessierte. Hinzu kamen fast 90 Print- und Online-Publikationen.

Analyse, Planung und Beratung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung (APB) der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar der Sozialen Demokratie. Durch empirische Sozialforschung und andere Instrumente spürt sie Trends in der Gesellschaft sowie in der politischen Debatte auf. Sie testet neue Ideen der Sozialen Demokratie und lotet das Zustimmungspotenzial in unterschiedlichen Milieus der Gesellschaft aus. Darüber hinaus bietet sie mit diversen Formaten politischen und gewerkschaftlichen Entscheidungsträger_innen Beratung zu sozialen, finanziellen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen. APB bringt Expertise aus Wissenschaft, Praxis und Politik zusammen, um evidenzbasierte Beiträge zu aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bieten. In drei Publikationsreihen – FES diskurs, FES impuls, FES kompakt – veröffentlicht die Abteilung umfangreiche Expertisen und Studien ebenso wie kurze handlungsorientierte Analysen für Multiplikator_innen und Expert_innen.

Zu ausgewählten Themen veranstaltet die Abteilung große öffentliche Kongresse, bei denen neue Ideen und inhaltliche Impulse mit einem Kreis aus deutschen, europäischen und internationalen Wissenschaftler_innen und Entscheidungsträger_innen diskutiert werden. Im Vordergrund steht dabei die Auseinandersetzung mit neuen progressiven Ideen zur Gestaltung eines gerechten Wirtschafts- und Sozialsystems angesichts von multiplen Krisen sowie Megatrends wie Digitalisierung, Klimawandel und wachsender sozialer Ungleichheit. Ideen zur Gestaltung einer Vielzahl von Politikfeldern werden außerdem in kleinen Arbeitskreisen diskutiert und empirisch unterfüttert.

Zu den Aufgaben des Referats Analyse und Planung zählen die Analyse von gesellschaftspolitischen Trends durch repräsentative Meinungsumfragen und wissenschaftliche Studien. Zudem initiiert das Referat Prozesse der stiftungsweiten Zusammenarbeit, die in Fokus-



Von Um- und Aufbrüchen

Stimmungsbilder aus transformationserfahrenen Regionen

Philipp Kauppert und Franziska Richter (Hg.)



Vertrauensfrage Klimaschutz

Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik gewinnen

Lennart Hagemeyer
Rainer Faus
Lukas Bernhard



projekten umgesetzt werden, und schafft öffentliche Räume für den Austausch mit Politiker_innen, Intellektuellen und Kulturschaffenden.

Das Referat Politische Beratung und Impulse berät zu einem breiten Spektrum von Politikfeldern: Arbeit, Qualifizierung und Mitbestimmung, Bildung und Wissenschaft, Digitalisierung, Finanzen und Wirtschaft, Gender und Familie, Klima, Energie und Umwelt, Kultur und Medien, Migration und Integration, Recht, Freiheit und Sicherheit, Stadtentwicklung, Bau, Wohnen und Mobilität sowie Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Zentrale Aufgaben / Managerkreis

Der Managerkreis (MK) der Friedrich-Ebert-Stiftung ist das mitgliederbasierte Wirtschaftsnetzwerk für Soziale Demokratie, das als Brücke zwischen Wirtschaft und Politik fungiert. Die Mitglieder sind Führungskräfte, Unternehmer_innen und Selbstständige aus allen Branchen der Wirtschaft, aus Gewerkschaften, Kultur, Verbänden und Verwaltung. Das 1991 gegründete Netzwerk hat gegenwärtig 814 Mitglieder mit sehr guten Kontakten in die Parlamente und Ministerien.

Mehrere Regionalkreise fördern in enger Kooperation mit den FES-Landesbüros den Austausch der Mitglieder mit der Politik vor Ort. Fünf thematische Arbeitskreise entwickeln Impulse für eine innovative, nachhaltige und sozial gerechte Zukunft entlang der aktuellen Debatte. Die Gestaltung der Transformation gelingt nur mit umfangreichen Investitionen. Vorrangig ist jedoch, ob es gelingt, eine Aufbruchstimmung trotz des von Krisen geprägten Umfelds zu schaffen. Das Netzwerk bringt deshalb Stimmen aus der Wirtschaft in das politische Umfeld ein und entwickelt Positionen aus sozialdemokratischer Sicht.

2024 wurde der »Monitor Deutschland 2035« zum dritten Mal aktualisiert, der die Empfehlungen für das

Szenario »Created by Germany« mit Daten unterlegt und Trends ableitet. Die 35 Infografiken bilden die Grundlage für bundesweite wirtschaftspolitische Debatten.

Gäste bei hochrangigen Hintergrundgesprächen exklusiv für Mitglieder waren unter anderem Sabina Jeschke, CEO KI Park, und Moritz Schularick, Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft. Vor Ort lebt das Netzwerk vom Austausch bei regionalen Veranstaltungen. Exklusiv für Frauen wurden Business Meetings und die Online-Reihe »Ladies First« angeboten. Das Nachwuchsprojekt »Young Leaders« wurde weiter ausgebaut. Für FES-Stipendiat_innen vermittelt der Managerkreis zusätzlich Coachings, die sie in der Phase des Berufseinstiegs unterstützen.

Das Netzwerk des Managerkreises auf LinkedIn hat sich erweitert und zählt aktuell 2.700 Follower_innen. Die Podcast-Reihe »Managerkreis-Impulse« wurde 2024 durch 14 neue Folgen ergänzt. Kompakte YouTube-Filme machen Debatten online verfügbar. Der Managerkreis organisierte im Laufe des Jahres 61 Veranstaltungen, davon 32 online und 29 in Präsenz.



Wie viel Klasse steckt in der Mitte?

Erwerbsklassen und ihr Blick auf Arbeit, Gesellschaft und Politik

Jan Niklas Engels
Annika Arnold
Catrina Schläger



Muster und Motive politischer Einstellungen von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte in Deutschland

Lennart Hagemeyer
Emilia Willems
Jana Faus



Die Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung

Nordamerika

- 1 Ottawa
- 2 New York (UN)
- 3 Washington D.C.

Lateinamerika

- 4 Mexiko-Stadt
- 5 Guatemala-Stadt
- 6 San Salvador
- 7 Tegucigalpa
- 8 Santo Domingo
- 9 San José
- 10 Panama-Stadt
- 11 Caracas
- 12 Bogotá
- 13 Quito
- 14 Lima
- 15 La Paz
- 16 São Paulo
- 17 Santiago de Chile
- 18 Buenos Aires
- 19 Montevideo

Europa

- 20 Lissabon
- 21 Madrid
- 22 Dublin
- 23 London
- 24 Paris
- 25 Brüssel (EU)
- 26 Straßburg (EU)
- 27 Genf (UN)
- 28 Rom
- 29 Prag
- 30 Bratislava
- 31 Wien (OSZE)
- 32 Zagreb
- 33 Budapest
- 34 Belgrad
- 35 Banja Luka
- 36 Sarajevo
- 37 Prishtina
- 38 Tirana
- 39 Skopje
- 40 Athen
- 41 Sofia
- 42 Bukarest
- 43 Chişinău
- 44 Kiew
- 45 Warschau
- 46 Vilnius
- 47 Riga
- 48 Stockholm
- 49 Nikosia
- 50 Istanbul
- 51 Ankara

Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

- 52 Beirut
- 53 Tel Aviv
- 54 Ostjerusalem
- 55 Amman
- 56 Aden
- 57 Rabat
- 58 Algier
- 59 Tunis
- 60 Kairo

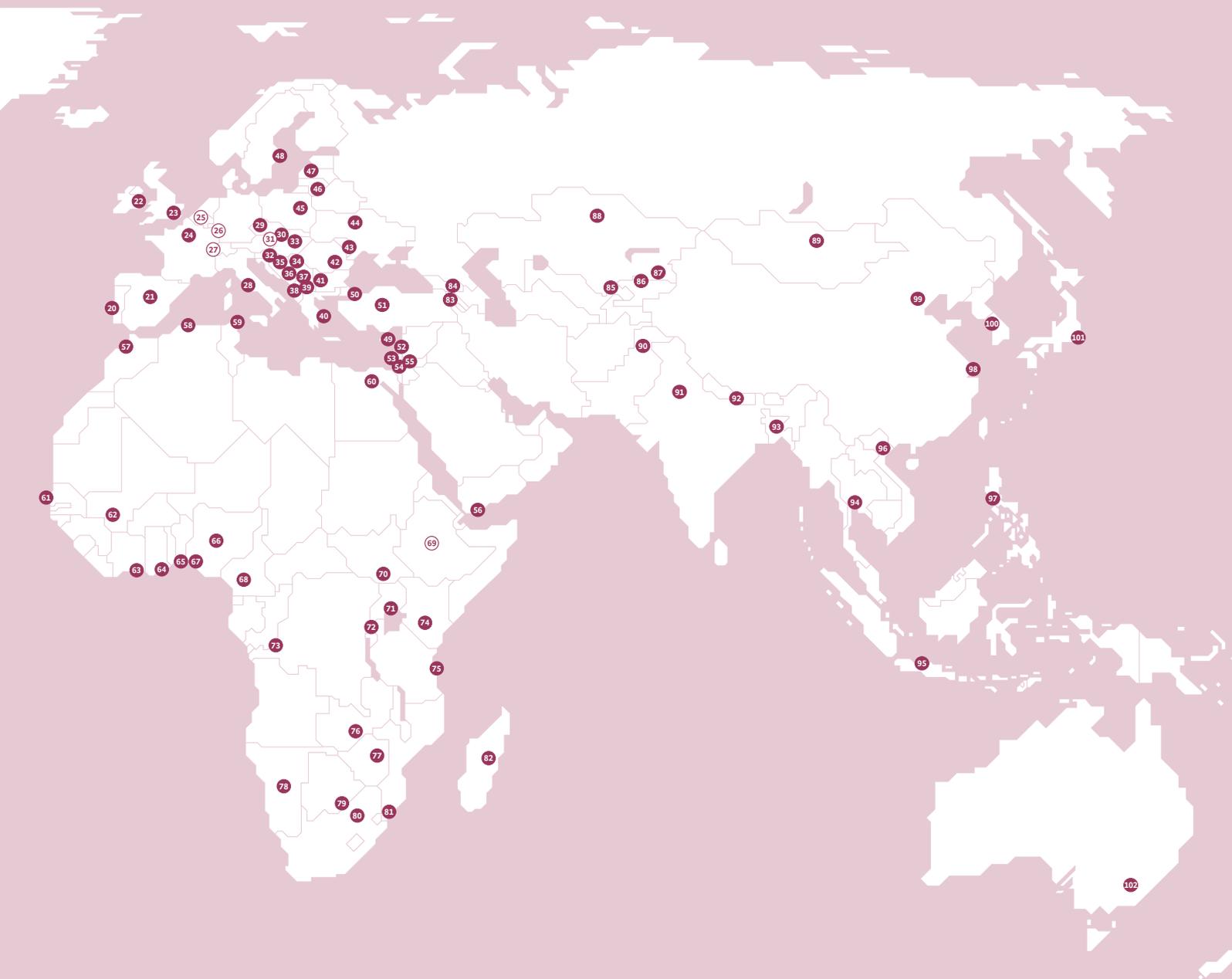


Afrika

- 61 Dakar
- 62 Bamako
- 63 Abidjan
- 64 Accra
- 65 Cotonou
- 66 Abuja
- 67 Lagos
- 68 Jaunde
- 69 Addis Abeba (AU)
- 70 Juba
- 71 Kampala
- 72 Kigali
- 73 Kinshasa
- 74 Nairobi
- 75 Daressalam
- 76 Lusaka
- 77 Harare
- 78 Windhuk
- 79 Gaborone
- 80 Johannesburg
- 81 Maputo
- 82 Antananarivo

Asien/Australien

- 83 Eriwan
- 84 Tiflis
- 85 Taschkent
- 86 Bischkek
- 87 Almaty
- 88 Astana
- 89 Ulan Bator
- 90 Islamabad
- 91 Neu Delhi
- 92 Kathmandu
- 93 Dhaka
- 94 Bangkok
- 95 Jakarta
- 96 Hanoi
- 97 Manila
- 98 Shanghai
- 99 Peking
- 100 Seoul
- 101 Tokio
- 102 Canberra



-
- Länder-/Regionalbüros
 - Verbindungsbüros zu internationalen Organisationen

Stand: Mai 2025

Internationale Arbeit

Im Jahr 2024 haben Wahlen die politische Landschaft in Europa und den USA weiter nach rechts verschoben. Die Kriege in Gaza und der Ukraine bestimmten weiterhin das Weltgeschehen. Die NATO steht unter Druck und die Verteidigungsausgaben steigen weltweit rasant an, während die Mittel für Entwicklung und Klima reduziert werden. Der Multilateralismus wird durch bilaterale Transaktionen ersetzt, eine neue Weltordnung der geopolitisch agierenden Großmächte entsteht. Derweil verschärft sich die Klimakrise mit enormer Wucht und das 1,5-Grad-Ziel wurde erstmals gerissen.

Soziale Demokratie

Das Jahr 2024 war geprägt von enormen politischen Umbrüchen, die die Grundpfeiler der (Sozialen) Demokratie in vielen Ländern auf die Probe stellten. Während autokratische Tendenzen weltweit zunahmen, setzte die FES verstärkt auf den Austausch und die Vernetzung progressiver Kräfte. So wurde im November der Brüsseler Demokratiedialog ins Leben gerufen, bei dem Akteur_innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über nachhaltige Demokratisierungsprozesse diskutierten. Auf dem Treffen wurde eine europaweite Studie zu den Erwartungen der Bürger_innen an Europa vorgestellt und lebhaft debattiert.

Intensiv war auch das FES-Engagement in Asien und Lateinamerika: In einem groß angelegten Trainingsprogramm wurden sozialdemokratische Nachwuchskräfte aus zwölf Ländern auf ihre zukünftige Rolle in Politik und Gewerkschaften vorbereitet. Gleichzeitig untersuchte eine breit angelegte Umfrage bei 21.000 jungen Lateinamerikaner_innen, was junge Menschen politisch aktiv werden lässt und welche Hindernisse sie dabei überwin-

den müssen. In Israel gelang es unter Mithilfe der FES, die linken Kräfte (Avoda und Meretz) unter dem neuen Banner der »Demokraten« zu bündeln. Deren neuer Vorsitzender Yair Golan war zu Besuch bei der FES in Berlin.

Mittels zahlreicher Dialogreisen deutscher und europäischer Multiplikator_innen u.a. nach Südafrika, Namibia, Ghana, Marokko, Mexiko, Indien, Äthiopien, China sowie innerhalb Europas wurden die Gesprächskanäle vertieft und die Beziehungen zu Deutschland gestärkt. Diese Initiativen eint ein klares Ziel: Soziale Demokratie nicht nur zu verteidigen, sondern aktiv zu gestalten und zukunftsfähig zu machen.

Frieden und Sicherheit

Die Welt ist von neuen und anhaltenden Konflikten erschüttert und die sicherheitspolitischen Herausforderungen für Europa und die internationale Gemeinschaft wachsen. Während die Debatten um militärische Kapazitäten und Rüstungsstrategien Fahrt aufnehmen, geriet die zivile Konfliktbearbeitung zunehmend in den Hinter-



Die globale radikale Rechte

Transatlantische Netzwerke

Thomas Greven



Kommunen: Kernstück Deutscher China-Politik

Entwicklungen und Zukunftsperspektiven

Andrea Frenzel
Nadine Godehardt
Stefan Pantekoek
David Schulze



grund. Deshalb fokussierte die FES verstärkt auf diplomatische Initiativen und nachhaltige Friedenslösungen. Das Berliner Peacebuilding Forum bot über 26 internationalen Friedensakteuren, insbesondere aus dem Globalen Süden, eine Plattform, um Strategien für eine gerechtere und friedlichere Welt zu entwickeln. Deren Blick auf Krisen und Konflikte unterscheidet sich oft grundlegend von der Perspektive westlicher Staaten.

Neben der Friedensförderung war der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ein zentrales Thema. In Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen erarbeitete die FES politische Empfehlungen für einen sozial-gerechten Wiederaufbau des Landes, unterstützte zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und organisierte Side Events im Rahmen der Ukraine Recovery Conference im Juni in Berlin. Daran nahmen Bundesministerin Svenja Schulze und die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine Julija Swyrydenko teil.

Der Gesprächskreis Sicherheit und Verteidigung unter Leitung der Parlamentarischen Staatssekretärin Siemtje Möller diskutierte über sicherheits- und verteidigungspolitische Herausforderungen, die europäische Rüstungsindustrie, das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft sowie die Frage der Wehrpflicht. Ob durch Sicherheitsdialoge, diplomatische Konferenzen, Arbeitskreise oder gezielte politische Analysen – die FES brachte 2024 zahlreiche Akteur_innen zusammen, um die Zeitenwende mit klugen und nachhaltigen Lösungen zu gestalten.

Gute Arbeit und gerechte Wirtschaft

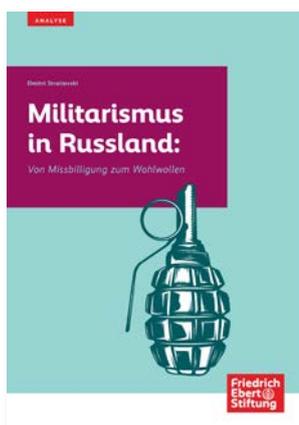
Globale Wirtschaftspolitik stand im Jahr 2024 im Zeichen tiefgreifender Umbrüche. Die internationale Finanzarchitektur gerät unter Druck und wachsende Staatsschuldenhöhlen in vielen Ländern die öffentliche Daseinsvorsorge aus und behindern Zukunftsinvestitionen. Vor diesem Hintergrund koordinierte das New Yorker Büro ein Projekt von zehn FES-Büros aller Regionen unter der Überschrift

»End the Sovereign Debt Trap«. Renommierte Expert_innen unter der Leitung des ehemaligen argentinischen Finanzministers Martín Guzmán und der Staatsschuldenforscherin Paola Subacchi erarbeiteten Handlungsempfehlungen zur Bewältigung der Schuldenkrise. Parallel dazu wurde mit »Tax Wars« ein Film veröffentlicht, der die Erfolge der FES-Initiative zur Reform der Unternehmensbesteuerung eindrucksvoll dokumentiert.

Auch die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. In zahlreichen internationalen Workshops setzte sich die FES für eine gerechtere Gestaltung von Lieferketten und Handelsbeziehungen ein. Besonders im Globalen Süden fordern Gewerkschaften, dass neue Wirtschaftsabkommen nicht nur den Interessen der Industrieländer dienen, sondern auch lokale Industrien stärken, Technologie- und Wissenstransfer ermöglichen und Umwelt- sowie Arbeitsrechte wahren. Im September wurde im Europäischen Parlament in Brüssel mit zentralen Akteur_innen aus EU-Kommission, Fraktion, Mitgliedsstaaten, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Progressive Economic Policy Conference organisiert. Dabei wurden gemeinsame EU-Prioritäten herausgearbeitet, ebenso wie die Divergenzen zwischen Osteuropa, Südeuropa und Nordeuropa in Abwesenheit einer gemeinsamen Strategie.

Energie- und Klimagerechtigkeit

Die Klimakrise macht keine Pause und die Frage nach einer gerechten Energiewende ist drängender denn je. Industrieländer entwickeln immer neue Technologien zur CO₂-Reduktion, während Schwellen- und Entwicklungsländer oft noch stark von fossilen Energieträgern abhängig sind und tragfähige Alternativen benötigen. Hier setzte die FES an und initiierte in Kolumbien einen Dialog zu nachhaltigen Lösungen für den Kohleausstieg mit Vertreter_innen aus Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft. Auch in Afrika spielte die Energiewende eine zentrale Rolle – ein neues FES-Projekt mit zehn teilnehmenden Büros unterstützt lokale Gewerkschaften dabei, eine



Militarismus in Russland

Von Missbilligung zum Wohlwollen

Dmitri Stratievski



Ein neues Indien für ein Europa im Wandel

Impulse für eine Vertiefung der europäisch-indischen Beziehungen

C. Raja Mohan



sozial gerechte Transformation der Wirtschaft mitzugestalten. Die Energy Summer School 2024 brachte junge Entscheidungsträger_innen des Balkans in Moldau zusammen, um über die Herausforderungen regionaler Energiepolitik zu debattieren.

Gemeinsam mit dem Hochkommissariat für Menschenrechte brachte die FES Vertreter_innen aus Zivilgesellschaft, Staaten, internationalen Organisationen und Menschenrechtsmechanismen im Rahmen der Geneva Dialogues on Human Rights and Climate Change zusammen, um menschenrechtsbasierte Klimaschutzmaßnahmen voranzutreiben. Regelmäßig präsentiert die FES auf der Weltklimakonferenz COP und bei weiteren multilateralen Klimadialogen ihr Engagement für ökologisch effektive und sozial gerechte Klimaschutzmaßnahmen.

Geschlechtergerechtigkeit

Die Gleichstellung der Geschlechter bleibt weltweit eine Herausforderung – nicht zuletzt, weil antifeministische Bewegungen und rechtspopulistische Parteien zunehmend gegen progressive Errungenschaften mobilisieren. Umso wichtiger war es 2024, feministische Netzwerke und politische Allianzen zu stärken. Das Gender Innovation Netzwerk (GIN) der FES hat deshalb in diesem Jahr insbesondere die Schnittstellen von Gender zu Arbeit und Wirtschaft, Klima, Frieden, Migration sowie Sozialer Demokratie in den Blick genommen. In Brüssel gründete die FES mit Partnern ein internationales Netzwerk zur feministischen Außenpolitik, das den Erfahrungsaustausch zwischen Politiker_innen und Aktivist_innen aus Europa und dem Globalen Süden fördert.

Auch in der praktischen Politikberatung setzte die FES Impulse: In Pakistan und Nepal begleitete sie parlamentarische Initiativen zur geschlechtergerechten Haushaltspolitik, in Südosteuropa ein strategisches Konzept zur Bekämpfung von Antifeminismus. Ein Blog und eine Podcastreihe analysierten, wie in der Region des Nahen

Ostens Gewaltkonflikte bestehende Machtverhältnisse beeinflussen und besonders Frauen betreffen. Feministische Friedensarbeit wurde zudem in Kamerun gestärkt, indem Aktivistinnen und Community Peacebuilder zusammenkamen, um neue Strategien für nachhaltige Friedensprozesse zu entwickeln.

Gewerkschaftskooperation

Die Arbeitswelt verändert sich rasant – und mit ihr die Rolle der Gewerkschaften. In vielen Ländern sind sie nach wie vor zentrale Akteure für soziale Gerechtigkeit, doch sie stehen auch vor großen Herausforderungen: Digitalisierung, Plattformökonomie und der Strukturwandel der Industrie setzen klassische Organisationsformen unter Druck. Um Gewerkschaften weltweit in ihrer Arbeit zu stärken, unterstützte die FES 2024 zahlreiche Initiativen, die sich mit neuen Strategien zur Mitgliederwerbung und Interessenvertretung beschäftigten. Besonders in Afrika erwies sich der Machtressourcenansatz als wirkungsvolles Instrument: In Ruanda und Mosambik fanden Trainings statt; in Kenia konnte die Transportarbeitergewerkschaft über 3000 neue Mitglieder aus der Gig-Economy gewinnen und Forderungen für bessere soziale Sicherung durchsetzen. In Lateinamerika lag ein Schwerpunkt auf der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. In Europa wurden neue Netzwerke zur Vertretung junger Gewerkschafter_innen institutionalisiert.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Regulierung globaler Lieferketten. In Zusammenarbeit mit der Global Labour University (GLU) setzte sich die FES für stärkere soziale und ökologische Standards ein und unterstützte Gewerkschaften dabei, ihre Rechte in internationalen Handelsabkommen besser zu verankern. Seit nunmehr 20 Jahren fördert die FES jährlich 20 junge Gewerkschafter_innen aus der ganzen Welt im Master-Studiengang »Labour Policies and Globalisation« an der Universität Kassel und der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.



Deutsche Außenpolitik im Kontext von Gaza

Widersprüche der deutschen feministischen Außenpolitik und Perspektiven menschlicher Sicherheit

Barbara Mittelhammer
Leonie Stamm
Lydia Both



Trump 2.0 and Latin America

Deportations, Externalised Borders, Trade Wars, and Democratic Erosion

Mariano Aguirre Ernst



Wissenschaftliche Arbeit

Ihre Begabtenförderung und wissenschaftliche Arbeit organisiert die FES durch die Studienförderung, das Archiv der sozialen Demokratie und die Bibliothek. Die Studienförderung unterstützt junge Menschen, die sich sozialdemokratischen Werten verbunden fühlen und sich gesellschaftspolitisch engagieren, bei Studium, Promotion und seit diesem Jahr auch bei der Ausbildung. Im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek wird das kollektive Gedächtnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften bewahrt und im gesellschaftspolitischen Diskurs sichtbar gemacht.

Studienförderung

Seit ihrer Gründung im Jahr 1925 setzt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung für die Förderung von Bildungsgerechtigkeit und die Stärkung von Demokratie ein. Beide Ziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt der Abteilung Studienförderung: Begabte junge Menschen, die durch ihre Leistungen, ihr gesellschaftspolitisches Engagement und ihre Persönlichkeit überzeugen, werden um ihrer selbst willen gefördert. Gleichzeitig werden damit junge Menschen gestärkt, die sich aktiv für Demokratie, Rechtsstaat und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Die Studienförderung folgt damit ihrem inzwischen 100-jährigen Gründungsauftrag. Die Studienförderung berücksichtigt bei der Auswahl der Stipendiat_innen insbesondere Frauen, Studierende aus Zuwandererfamilien und junge Menschen, die als Erste aus ihrer Familie studieren.

Die Stipendiat_innen sind als engagierte und talentierte junge Menschen mit gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein die jungen Gesichter der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie wollen die Gesellschaft bewegen, Verantwortung übernehmen und Solidarität leben. Sie orientieren sich an den Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Mit ihren überdurchschnittlichen Studienleistungen und ihrem frühen Engagement für die (Soziale) Demokratie legen sie nicht nur die Grundlagen für ihren beruflichen Erfolg, sondern auch für eine progressive Weiterentwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens. Von der FES erhalten sie Beratung und Betreuung, politische Bildung und Kompetenztrainings. Das Stipendium sichert ihren Unterhalt und eröffnet ihnen Freiräume für gesellschaftliches Engagement. Als Ehemalige – es sind mittlerweile rund 25.000 – bleiben die meisten der Stiftung eng verbunden und übernehmen verantwortungsvolle Aufgaben in Gesellschaft, Wissenschaft, Medien, Wirtschaft und Staat.

Seit diesem Jahr nimmt die Friedrich-Ebert-Stiftung an dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Pilotprojekt »Begabte Auszubildende und Fachkräfte in der Förderung der Begabtenförderungswerke« (BAFF) teil. Damit werden erstmals Auszubildende gefördert. Die FES

wird bis 2029 nach bisherigem Stand 100 Auszubildende auswählen und fördern. Auch hier werden die bekannten Kriterien Leistung, Engagement und Persönlichkeit bei der Auswahl angelegt. Mit Unterstützung ehrenamtlicher Gutachter_innen, die mehrheitlich ehemalige FES-Stipendiat_innen sind, wurden in einem mehrstufigen Auswahlverfahren 20 Auszubildende für die FES-Ausbildungsförderung ausgewählt. Weitere 30 bzw. 50 sollen 2025 und 2026 in die Förderung integriert werden.

Solidaritätsfonds

1971 wurde auf Anregung deutscher und internationaler Stipendiat_innen sowie Ehemaliger der Solidaritätsfonds gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, um verfolgte und in Not geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen. Bisher wurden rund 1.200 Personen aus dem Solidaritätsfonds unterstützt.

Spenden auf das Konto

Solidaritätsfonds der FES
IBAN: DE30 1007 0000 0938 4744 08
BIC: DEUTDEBBXXX

Studienförderung 2024



2.620

Stipendiat_innen



52%

Frauenanteil



544

neu aufgenommen



5.153

Bewerbungen

Archiv der sozialen Demokratie und Bibliothek

Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) ist das historische Gedächtnis der Sozialen Demokratie. Es steht in der Tradition der 1878 von August Bebel gegründeten Parteibibliothek und des -archivs. 1969 wurde es zur Marke AdsD, mittlerweile hat es seine Arbeit in die digitale Welt des 21. Jahrhunderts überführt. Kernleistungen sind die Sammlung, Sicherung, Bewahrung, Erschließung und Zurverfügungstellung der gedruckten und ungedruckten Unterlagen und anderer Artefakte der Sozialen Demokratie. Das AdsD ist mit seinen Beständen, (digitalen) Dienstleistungen und Produkten ein leicht zugänglicher, international bekannter Wissensspeicher. Es arbeitet gemäß internationalen Standards und nimmt unter den Archiven der deutschen politischen Stiftungen eine führende Rolle für digitale Services und die digitale Langzeitarchivierung ein.

Das AdsD bietet Informationen, Bildung und Beratung in verschiedenen Formaten und Kanälen an. Es fördert Netzwerkarbeit und wirkt als demokratischer Wertevermittler und Akteur für Wissenschaft und historisch-politische Bildung. Die Beratungs- und Vermittlungsarbeit des AdsD verknüpft historische Themen mit Herausforderungen der Gegenwart. 2024 lag ein Schwerpunkt der Vermittlungsarbeit auf dem 75-jährigen Bestehen des Grundgesetzes. Außerdem wurde der 100. Geburtstag der Friedrich-Ebert-Stiftung mit einer historischen Darstellung und einer Ausstellung vorbereitet. Mit Blick auf Forschungsfragen standen die Sozialgeschichte des Rechtsextremismus (Archiv für Sozialgeschichte, Band 64) und Fragen der Gewerkschaftsgeschichte wie die 35-Stunden-Woche oder die Humanisierung der Arbeit im Vordergrund.

Bedeutende Fortschritte wurden bei der Bereitstellung digitaler Angebote auf der zentralen Plattform (<https://collections.fes.de>) gemacht. Insgesamt 30 historische Zeitungstitel, darunter der Vorwärts, mit einem Erscheinungszeitraum von 1865 bis 1940 wurden in das neue

Portal migriert. Zur besseren Durchsuchbarkeit wurde die Zeichenerkennung (Optical Character Recognition) erneut durchgeführt und die so erkannten Volltexte mit einer Entitätenerkennung aufgewertet. Dadurch können nun Personen, Orte oder Organisationen ausgewiesen werden, die zur weiteren Information auf externe Datenquellen referenzieren. Diese semantische Anreicherung eröffnet Nutzer_innen neue Recherche- und Auswertungsmöglichkeiten. Weiterhin wurde die digitale Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in das neue Portal umgezogen, wo zudem eine Verknüpfung mit zugehörigen Forschungsdaten konzeptionell vorbereitet wurde.

Intensiviert wurden im Berichtszeitraum insbesondere Gespräche und Übernahmen bei den Gewerkschaften. Erstmals seit zehn Jahren wurden beispielsweise wieder Unterlagen der EVG übernommen. Ver.di übergab dem Archiv Altakten der ehemaligen ÖTV Niedersachsen aus dem Büro Frank Bsirske. Im Bereich der Personenbestände konnte durch eine Schenkung der Nachlass von Grete Henry-Hermann (ehemalige Leiterin der Philosophisch-Politischen Akademie) deutlich vergrößert werden. Von der IG Metall übernahm das AdsD den persönlichen Nachlass des Rechtswissenschaftlers und sozialdemokratischen Politikers Hugo Sinzheimer als Dauerleihgabe.

Die archivarischen Erschließungsarbeiten im AdsD erreichten mit knapp 360 laufenden Metern einen außerordentlich großen Umfang. Bei den sozialdemokratischen Organisationsbeständen lagen die Schwerpunkte beim SPD-Ostbüro und der SPD-Bundestagsfraktion. Im Gewerkschaftsbereich lag der Fokus auf den Unterlagen des DGB und der IG Metall. Bei den Personenbeständen wurde der gesamte Nachlass der AWO-Gründerin Marie Juchacz, einer der bedeutendsten deutschen Sozialdemokratinnen, inhaltlich erschlossen und für die historische Forschung zugänglich gemacht. Zur Geschichte der AWO ist für die Zeit nach 1950 der Teilnachlass von Elfriede Eilers, stellvertretende Bundesvorsitzende der AWO in der Zeit von 1972 bis 1990, von herausragender Bedeutung. Auch dieser Bestand im AdsD ist nunmehr in



Migration in der Moderne

Wege – Orte – Erfahrungen

Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 64,
hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung



Wie entstand die Arbeiterklasse?

Arbeiter:innen und
Klassenbildung im
19. Jahrhundert

Jürgen Schmidt





3.262
Anfragen



832
neue FES-Publikationen
weltweit online



2.588
Filme/Videos digitalisiert



650
Gigabyte Übernahme
digitaler Daten



440
laufende Meter Übernahme
analoger Unterlagen



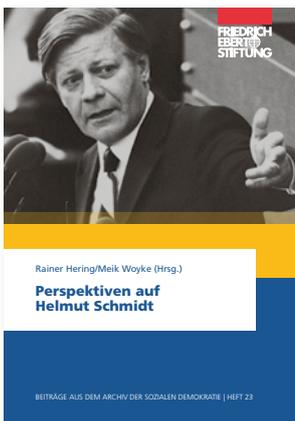
1.758
Nutzungstage im
Lesesaal des Archivs

Gänze erschlossen und für die historische Forschung vollumfänglich nutzbar. Die Zahl der Anfragen und daraus resultierend auch die der Nutzungstage ist 2024 stark angestiegen.

In der Bibliothek war die Erschließung von Sonderbeständen ein Schwerpunkt. Beispielsweise wurde die Übernahme einer umfangreichen Sammlung grauer sozialistischer, sozialdemokratischer und Gewerkschaftsliteratur aus dem Bestand Udo Achten abgeschlossen. Der Bibliotheksbestand wurde damit um wichtige und seltene Publikationen im Kernsammelgebiet ergänzt. Parallel hierzu wurde die Erschließung zuvor übernommener gedruckter Gewerkschaftsbestände, etwa von der IG BAU, fortgesetzt. Zudem stand die Sicherung digitaler grauer Literatur im Fokus der Bibliotheksarbeit. Insbe-

sondere mit dieser Arbeitslinie gewährleistet die Bibliothek die Überlieferung und dauerhafte Sicherung wichtiger und zugleich flüchtiger Quellen für Wissenschaft und Forschung.

Das Museum Karl-Marx-Haus in Trier, einzigartiger historischer Lernort zu Leben, Werk und Wirkung des Universalgelehrten, zog knapp 42.000 Besucher_innen an. Der Empfangsbereich wurde neu gestaltet. Zum 175-jährigen Jubiläum der Revolution von 1848/49 gab es zahlreiche Veranstaltungen. Die Museums-App verfügt nun über einen Audio-Guide in acht Sprachen. Der neu eröffnete Online-Museumsshop bietet zusätzliche Möglichkeiten des Merchandising. Vor Ort ist das Museum mit Lesungen, Vorträgen und Sonderausstellungen zur historisch-politischen Bildung präsent.



Perspektiven auf Helmut Schmidt

Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 23

Rainer Hering und Meik Woyke (Hg.)



Geschichte der ukrainischen Sozialdemokratie

FEShistory Impuls #3

Stefan Müller



Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung

Das Politische Buch

Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser begeben sich mit »Triggerpunkte« in die Tiefenanalyse von Konflikt und Konsens in unserer Gesellschaft und ergründen die Dynamiken und Muster hinter der erhitzten Auseinandersetzung um Reizthemen. Dabei wird klar: Unsere Gesellschaft ist bei Weitem nicht so polarisiert, wie es einige Debatten glauben machen. Für ihre beeindruckende und erhellende Arbeit bekamen die Autoren am 14. Mai den Preis »Das politische Buch« 2024 der FES verliehen. Die Festrede hielt die Sächsische Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping.



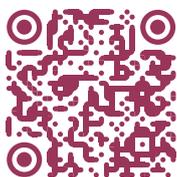
Für ihre beeindruckende Arbeit verlieh die Friedrich-Ebert-Stiftung den Autoren Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser (v.l.n.r., mit Martin Schulz) am 14. Mai 2024 den Preis »Das politische Buch«.

FES-Filmpreis

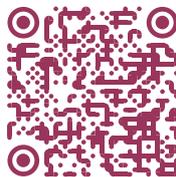
Zum elften Mal wurde der Preis »Der Politische Film der Friedrich-Ebert-Stiftung« beim Filmfest Hamburg vergeben. Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr Julian Brave NoiseCat und Emily Kassie mit ihrem Dokumentarfilm »Sugarcane«. Der Film zeigt, wie die Verbrechen, die in den kanadischen Residential Schools an indigenen Kindern begangen wurden, auch heute die Realität der Opfer prägen. Es geht um generationenübergreifende Traumata, um Kolonialismus, Rassismus und Machtmissbrauch. Es geht aber auch um die Stärke von Gemeinschaft und die Hoffnung, die aus ihr erwächst. Die unabhängige Jury, bestehend aus der Regisseurin Pia Lenz, dem Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Danial Ilkhanipour und dem Kulturjournalisten Andreas Körner, befand: »Sugarcane erzählt [...] mit Zärtlichkeit, ohne Pathos,

findet große, poetische Bilder und öffnet den Blick für die komplexe Sicht auf historische, gesellschaftliche und soziale Zusammenhänge.« Die Jury bewertet sowohl den politischen Gehalt des Films als auch die künstlerisch-filmische Umsetzung.

Der Film lief mit sieben anderen nominierten Filmen in der Sektion »Veto!« des Filmfest Hamburg, die internationale Filme mit eindeutigem politischen Anspruch zeigt. Die Filme wurden begleitet durch Filmgespräche mit den Filmemacher_innen und anderen Gästen, bei denen unterschiedlichste politische Themen von Geschlechtergerechtigkeit über historische politische Verbrechen bis hin zur Migration verhandelt wurden.



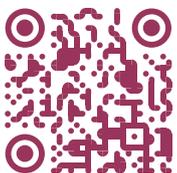
➔ fes.de



➔ fes.de

FES-Menschenrechtspreis

Mit der Verleihung des Menschenrechtspreises 2024 würdigte die Friedrich-Ebert-Stiftung den unermüdlichen und persönlich riskanten Einsatz der Mitglieder der Organisation Periodistas y Comunicadores Independientes de Nicaragua (PCIN) für die Meinungsfreiheit und Menschenrechte im repressiven politischen Kontext Nicaraguas. PCIN, ein Netzwerk von über 100 Journalist_innen und Medienschaffenden, gründete sich 2018 im Zuge der weiteren Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit durch die Regierung Ortega. Journalist_innen werden in Nicaragua bedroht, verfolgt, angegriffen, inhaftiert und zur Flucht gezwungen. PCIN setzt sich für die Verteidigung der Presse- und Meinungsfreiheit und für den Schutz von Medienschaffenden ein, die dafür arbeiten, dieses Menschenrecht zu erhalten. So führt die Organisation Schulungen zur digitalen, physischen und emotionalen Sicherheit durch und hat zahlreiche Protokolle für Medienschaffende im Exil entwickelt, die oftmals unter prekären Umständen leben. PCIN dokumentiert darüber hinaus Verbrechen gegen Journalist_innen und sorgt damit für Öffentlichkeit und eine Beweisbasis für eine künftige rechtliche Aufarbeitung dieser gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Mit der Verleihung des Menschenrechtspreises erkennt die FES den mutigen Kampf dieser Journalist_innen für Demokratie und Menschenrechte in Nicaragua an.



➔ fes.de

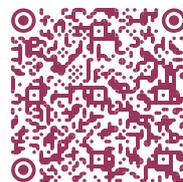
Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Am 19. März wurde in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik 2024 verliehen. Die Auszeichnung ehrt herausragende wirtschaftsjournalistische Werke, die zur gesellschaftlichen und politischen Debatte beitragen. In diesem Jahr wurden Isabella M. Weber und Alexander Hagelüken als Preisträger_innen geehrt.

Isabella M. Webers Buch »Das Gespenst der Inflation: Wie China der Schocktherapie entkam« zeigt auf, wie China durch die Vermeidung einer radikalen wirtschaftlichen Schocktherapie erfolgreich seine Preisstrukturen schrittweise liberalisierte. Das Werk leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Verständnis wirtschaftlicher Entwicklung, sondern bietet auch wertvolle Erkenntnisse für die aktuelle Debatte über Preisregulierungen angesichts krisenbedingter Inflation in Deutschland.

Alexander Hagelüken wurde für sein Buch »Schockzeiten: Wie Deutschland den wirtschaftlichen Abstieg verhindert« ausgezeichnet. In seiner umfassenden Analyse beleuchtet Hagelüken die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart – von den Nachwirkungen der Corona-Pandemie über Inflation bis hin zu wachsenden sozialen Ungleichheiten und politischen Gefahren. Er argumentiert, dass diese Krisen nicht allein durch marktwirtschaftliche Mechanismen gelöst werden können, sondern langfristig eine gerechtere Wohlstandsverteilung erforderlich ist.

Die feierliche Preisverleihung bildete den Auftakt zum Tag der Progressiven Wirtschaftspolitik, der am 20. März in der FES stattfand.



➔ fes.de

Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen

Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Hans Matthöfer (1925–2009) war ein führender deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Zwischen 1974 und 1982 war er Minister in mehreren Bundesregierungen, davon vier Jahre Finanzminister unter Helmut Schmidt, der selbst auch dem Beirat der Stiftung angehörte. Die unselbständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe relevanter Bücher und Texte, die dem Stiftungsziel entsprechen. Es handelt sich vorrangig um die Publikation von Werken über die grundsätzlichen Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Humanisierung der Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt. Die Bedeutung gesellschaftlicher Akteure, vor allem der Gewerkschaften, die Vermittlung der Aspekte der Globalisierung und Beiträge zur Weiterentwicklung der Theorie der Sozialen Demokratie sind weitere thematische Leitlinien für die Auswahl der Projekte der Stiftung.

Im März 2024 vergab die Stiftung zum zehnten Mal den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik (Wirtschaft.Weiter.Denken). Der Hauptpreis ging an Isabella M. Weber für ihr Buch »Das Gespenst der Inflation: Wie China der Schocktherapie entkam« sowie an Alexander Hagelüken für sein Buch »Schockzeiten: Wie Deutschland den wirtschaftlichen Abstieg verhindert«. Der Preis wird jedes Jahr am Vorabend des Tages der Progressiven Wirtschaftspolitik der FES in Berlin vergeben.

Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung

Otto Bennemann (1903–2003) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat, bis 1959 Oberbürgermeister von Braunschweig und von 1959 bis 1967 Minister der niedersächsischen Landesregierung. Er war mit der Bundestagsabgeordneten Franziska Bennemann (geb. Stellmacher; 1905–1986) verheiratet. Die 1990 eingerichtete Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung fördert die Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft einschließlich ihrer ethisch fundierten Grundwerte.

Im Jahr 2024 förderte die Stiftung die folgenden Projekte:

- die Fachtagung »Von Arbeit muss man leben können – ohne Arbeit auch!« Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS)
- die Fachtagung »Wertebildung – Ziele, Chancen und Grenzen«, eine Tagung für Lehrer:innen, Studierende und politisch Interessierte, Philosophisch-Politische Akademie (PPA)
- das Projekt »New Economy Forum« (NEF)

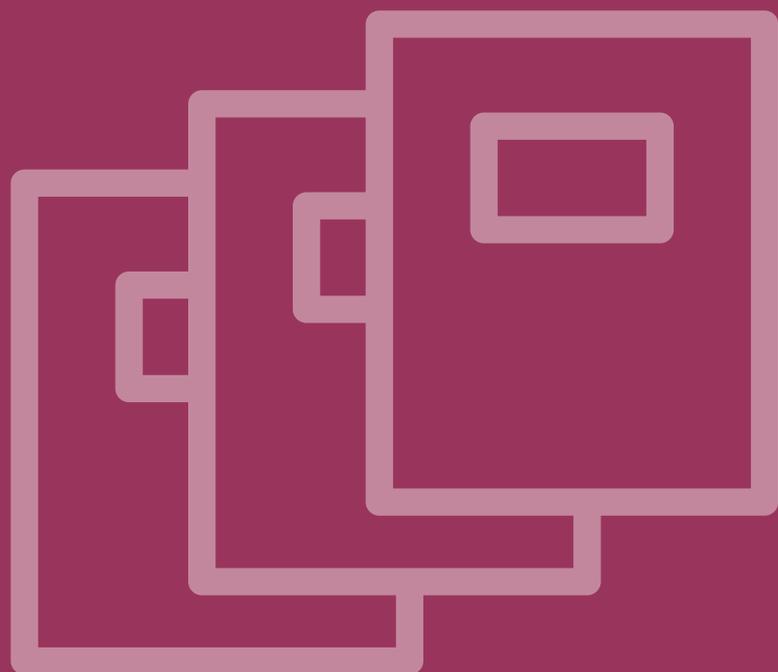
Erich-Brost-Sondervermögen

Der aus Ostpreußen stammende Journalist Erich Brost (1903–1995) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat. 1948 gründete er mit dem Journalisten Jakob Funke die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ). Bis 1970 war Erich Brost Chefredakteur und danach bis zu seinem Tod Herausgeber der WAZ. Die 1994 gegründete Erich-Brost-Stiftung wurde 2006 als »Sondervermögen Erich Brost« in das Vermögen der Friedrich-Ebert-Stiftung übertragen und fördert im Sinne von Erich Brost Aktivitäten zu folgenden Themen:

- Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn, vor allem mit Polen
- Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses
- Aufarbeitung der Erfahrungen mit den beiden Diktaturen in Deutschland
- bürgerschaftliches Engagement
- Bildungspolitik
- Inklusion

Im Jahr 2024 wurden erneut zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, darunter eine internationale kommunalpolitische Fachkonferenz mit Perspektiven aus Deutschland, Frankreich und Polen. Daneben wurden auch Projekte aus folgenden Bereichen gefördert: Qualifizierung von Journalist_innen zu europapolitischen Themen, eine dreitägige Veranstaltung für junge Engagierte aus Vietnam und Deutschland zu Klimapolitik und Just Transition, ein internationales Vernetzungstreffen von Expert_innen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und demokratiefeindlichen Tendenzen, die publizistische Aufarbeitung des Einflusses des Holocaust auf überlebende Kinder und Jugendliche sowie die Förderung der Beziehungen Deutschlands zu seinen osteuropäischen Nachbarn in Form einer Studienreise von ausgewählten ehemaligen FES-Stipendiat_innen nach Kroatien.

Anhang



Mitgliederversammlung des Vereins der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kuratorium

Vorsitzende: **MP a. D. Hannelore Kraft**
Stellv. Vorsitzende: **Heike Taubert**

Vorstand

Vorsitzender: **Martin Schulz**
Stellvertretende Vorsitzende: **Anke Rehlinger, Reiner Hoffmann**
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: **Dr. Sabine Fandrych**

Stabsstelle Kommunikation

Hannes Alpen

Strategische Kommunikation und Markenführung

Sarah Tangen

Digitale Kommunikations- entwicklung

Tobias Metz

Redaktion und Community Management

Reimar Winkler

Presse und Präsentation

Johannes Damian

Antikorruptionsbeauftragte

Birgit K. Schultz

Datenschutz

Thomas Müthlein

Koordination Gender

Dr. Stefanie Elies

Managerkreis der FES

Marei John-Ohnesorg

Revision

Birgit K. Schultz

Steuerungsgruppe Organisationsentwicklung

Analyse, Planung und Beratung

Dr. Andrä Gärber

Analyse und Planung

Catrina Schläger

*Empirische Sozial- und
Trendforschung:*

Jan Niklas Engels

Kultur und Debatten:

Sarah Klausner

Stiftungsweite Projekte:

Elisabeth Bollrich

Umfeldanalysen und Debatten:

Dr. Robert Philipps

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Chefredakteur:

Dr. Richard Meng

Dirk Kohn

Gaby Rotthaus

Politische Beratung und Impulse

Julia Bläsius

*Arbeit, Qualifizierung und
Mitbestimmung:*

Susan Javad

Bildung:

Florian Dähne

Digitalisierung:

Stefanie Moser

Familien- und Geschlechterpolitik:

Vanessa Kiesel

Finanzen:

René Bormann

Klima, Energie und Umwelt:

Max Ostermayer

Kultur und Medien:

Johannes Crückeberg

Migration und Integration:

Joana Marta Sommer

Recht, Freiheit und Sicherheit:

Marius Müller-Hennig

*Soziales, Alterssicherung,
Gesundheit und Pflege:*

Iva Figenwald

*Stadtentwicklung, Bau, Wohnen
und Mobilität:*

Lisa Pfann

Wirtschaft:

Jonathan Overmeyer

Politische Bildung und Dialog

Dr. Manuela Erhart

Stv.: Dr. Irina Mohr

Demokratie, Gesellschaft und Innovation

Dr. Stefanie Elies

Akademie für Soziale Demokratie:

Jochen Dahm

Demokratie und Partizipation:

Alina Fuchs

Gegen Rechts: Franziska Schröter

Geschlechtergerechtigkeit

und Gender: Dr. Ursula Bitzegeio

Kultur und Politik/Ostdeutschland:

Franziska Richter

Engagement, Qualifizierung, Digitale Bildung

Dr. Irina Mohr

Digitale Bildung: Katrin Matuschek

Engagement in Kommunalpolitik

und Zivilgesellschaft: Anne Haller

Jugend und Politik:

Ina Koopmann, Kerstin Ott

Qualifizierung für Arbeitnehmer_

innen und Journalist_innen:

Jochen Reeh-Schall

Landes- und Regionalbüros

Bayern (München/Regensburg):

Simone Reperger, Anja Dondl

Berlin: Felix Eikenberg

Brandenburg: Urban Überschär

Fritz-Erler-Forum Baden-

Württemberg: Florian Koch

Hessen: Dr. Vinzenz Huzel

Julius-Leber-Forum (Hamburg,

Bremen, Schleswig-Holstein):

Stine Klapper

Mecklenburg-Vorpommern:

Axel Blaschke

Niedersachsen: Stephan Meuser

Nordrhein-Westfalen:

Severin Schmidt

Rheinland-Pfalz/Saarland:

Ellen Diehl

Sachsen (Dresden/Leipzig):

Arne Schildberg

Sachsen-Anhalt: Dr. Ringo Wagner

Thüringen: Mirko Hempel

Internationale Zusammenarbeit

Michael Meier

Stv.: Elisabeth Braune

Afrika

Dr. Henrik Maihack

Asien und Pazifik

Mirco Günther

Europäische Union und Nordamerika

Henrik Meyer

Lateinamerika und Karibik

Valeska Hesse

Naher / Mittlerer Osten und Nordafrika

Elisabeth Braune

Stv.: Richard Probst

Osteuropa

Dr. Helene Kortländer

Kristin Linke

Innovation und Qualitätsmanagement

Daniel Reichart

Globale und Europäische Politik

Konstantin Bärwaldt

Beratungsteams

Soziale Demokratie:

Nina Netzer

Frieden und Sicherheit:

Peer Teschendorf

Energie- und Klimagerechtigkeit:

Yvonne Blos

Gute Arbeit und gerechte Wirtschaft:

Franziska Korn

Geschlechtergerechtigkeit:

Katia Schnellecke

Gewerkschaften:

Mirko Herberg

Querschnittsaufgaben

IPG-Journal:

Nikolaos Gavalakis

Evaluierung:

Seija Sturies

Kommunikation:

Jan Gawron

Innovation:

Antonia Tilly

der Geschäftsführung
zugeordnet

Organisationsplan der Friedrich-Ebert-Stiftung

Stand: Mai 2025

| Studienförderung | Archiv der sozialen Demokratie | Finanzen und Organisation | Personalabteilung |
|--|--|---|--|
| Judith Illerhues Stv.: Martin Johr | Dr. Anja Kruke | Dr. Manfred Öhm | Jürgen Stetten |
| Ausländische Stipendiat_innen Martin Johr | Erschließung, Beratung und Nutzung in Archiv und Bibliothek Harry Scholz | Controlling und Organisation Klaus Kussel | Grundsatzfragen Maria Theodossiou |
| Auswahl Freya Grünhagen | <i>Beratung und Nutzung:</i> Harry Scholz | Informationstechnologien Volker Schäfer | Inland Lea-Sue Decker Şener Doğan |
| Beratung und Betreuung Elena Espinosa | <i>Team Bibliothek:</i> Marcus Sommerstange | <i>IT-Betrieb:</i> Christoph Geyer | Ausland Judith Löhndorf |
| Ehemaligenarbeit, Berufsorientierung und journalistische Nachwuchsförderung Rebecca Demars | <i>Erschließung Archiv:</i> Harry Scholz | <i>IT-Prozessunterstützung:</i> Volker Schäfer | Service Anita Savelsberg |
| Finanzbetreuung Marcel Siebertz | Infrastrukturen und digitale Grundsatzfragen Dr. Andreas Marquet | Koordination Finanzen Jutta Klemm | Kompetenzentwicklung und Qualifizierung Karin Benzing |
| Ideelle Förderung und stipendiatisches Netzwerk Kathrein Hölscher | Karl-Marx-Haus Trier Dr. Jürgen Schmidt | Vergabestelle Tino Ernst | Organisationsentwicklung und Projekte Anja Minnaert Julia Müller-Edelhoff |
| Promotionsförderung Dr. Markus Trömmner | Public History Dr. Stefan Müller | Zentrale Dienste Berlin <i>Hausmanagement, Beschaffung, Bau-/Liegenschaftsmanagement:</i> Tino Ernst | |
| Vertrauensdozent_innen Antje Schnadwinkel | Sammlungsprofil und Überlieferungsbildung Holger Kozanowski | Zentrale Dienste Bonn <i>Hausmanagement, Post-/Versanddienstleistungen, Hausdruckerei:</i> Diana Gohle | |
| Team Kommunikation Ibo Cayetano Katrin Dapp | | | |

| |
|--|
| Betriebsrat |
| <i>Gesamtbetriebsrat:</i> Jochen Reeh-Schall |
| <i>BR Berlin:</i> Adriana Hornung |
| <i>BR Bonn:</i> Ann Kathrine Maier |
| Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen Marion Fiedler |

Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12 /4425) veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2024 (Stand 31.12.2024):

| | 2024 | | 2023 | |
|------------------------------------|------------|--------------|------------|--------------|
| | VZÄ* | Personen | VZÄ* | Personen |
| Mitarbeiter_innen im Inland | 542 | 631 | 567 | 628 |
| Mitarbeiter_innen im Ausland | 104 | 115 | 119 | 115 |
| Mitarbeiter_innen insgesamt | 646 | 746 | 686 | 743 |
| Ortskräfte weltweit | | 786 | | 846 |
| Insgesamt | | 1.532 | | 1.589 |

* Seit 2018 wird die Anzahl der Beschäftigten in sogenannten Vollzeitäquivalenten (VZÄ) angegeben. Die Anzahl der VZÄ gibt an, wie viele Vollzeitstellen sich rechnerisch bei einer gemischten Personalbelegung mit Teilzeitbeschäftigten ergeben.

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva

Angaben in Euro

| | 01.01.2023 | Zugänge/ Umbuchungen | Abschreibungen / Abgänge/ Umbuchungen | 31.12.2023 | Vorjahr |
|---|-----------------------|-------------------------|---|-----------------------|-----------------------|
| A. Anlagevermögen | | | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 632.013,00 | 155.460,98 | 268.110,98 | 519.363,00 | 632.013,00 |
| II. Sachanlagen | | | | | |
| 1. Grundstücke und Bauten | 65.987.300,16 | 131.715,31 | 2.532.588,31 | 63.586.427,16 | 65.987.300,16 |
| 2. Betriebs- und Geschäftsausstattung | 5.944.810,21 | 2.692.193,27 | 1.424.955,76 | 7.212.047,72 | 5.944.810,21 |
| 3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 0,00 | 325.638,59 | 0,00 | 325.638,59 | 0,00 |
| | 71.932.110,37 | 3.149.547,17 | 3.957.544,07 | 71.124.113,47 | 71.932.110,37 |
| III. Finanzanlagen | 44.038.001,82 | 338.657,70 | 0,00 | 44.376.659,52 | 44.038.001,82 |
| | 116.602.125,19 | 3.643.665,85 | 4.225.655,05 | 116.020.135,99 | 116.602.125,19 |
| B. Zweckgebundenes Vermögen | | | | 8.488.038,28 | 8.588.533,06 |
| C. Umlaufvermögen | | | | | |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | | | 2.335.294,44 | 2.767.322,75 |
| II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten | | | | 9.704.947,32 | 16.734.496,04 |
| | | | | 12.040.241,76 | 19.501.818,79 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | 6.654.207,43 | 63.971,10 |
| | | | | 143.202.623,46 | 144.756.448,14 |

Passiva

Angaben in Euro

| | 01.01.2023 | Zugänge/ Umbuchungen | Abschreibungen / Abgänge/ Umbuchungen | 31.12.2023 | Vorjahr |
|--|----------------------|-------------------------|---|-----------------------|-----------------------|
| A. Rücklage | | | | | |
| Zweckgebundene Rücklage | 61.549.978,37 | 3.059.748,73 | 2.976.475,19 | 61.633.251,91 | 61.549.978,37 |
| davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO EUR 4.294.979,11 (Vj. EUR 1.344.113,26) | | | | | |
| davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO EUR 43.039.108,67 (Vj. EUR 46.015.583,86) | | | | | |
| davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 3 AO EUR 14.299.164,13 (Vj. EUR 14.190.281,25) | | | | | |
| B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens | | | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 632.013,00 | 155.460,98 | 268.110,98 | 519.363,00 | 632.013,00 |
| II. Grundstücke und Bauten | 45.875.969,90 | 131.715,31 | 2.077.761,65 | 43.929.923,56 | 45.875.969,90 |
| III. Betriebs- und Geschäftsausstattung | 5.029.078,95 | 2.692.193,27 | 1.422.901,27 | 6.298.370,95 | 5.029.078,95 |
| IV. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 0,00 | 325.638,59 | 0,00 | 325.638,59 | 0,00 |
| | 51.537.061,85 | 3.305.008,15 | 3.768.773,90 | 51.073.296,10 | 51.537.061,85 |
| C. Sonderposten zum zweckgebundenen Vermögen | | | | 8.488.038,28 | 8.588.533,06 |
| D. Pensionsrückstellungen | | | | 2.321.505,00 | 2.423.670,00 |
| E. Verbindlichkeiten | | | | | |
| I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | | | 4.915.664,71 | 6.424.499,85 |
| II. Sonstige Verbindlichkeiten | | | | 947.518,41 | 849.111,32 |
| | | | | 5.863.183,12 | 7.273.611,17 |
| F. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | 13.823.349,05 | 13.383.593,69 |
| | | | | 143.202.623,46 | 144.756.448,14 |

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

1. Januar bis 31. Dezember 2023 (Angaben in Euro)

| | 2023 | 2022 |
|--|-----------------------|-----------------------|
| 1. Projektgebundene Zuwendungen | | |
| a) Bundesministerien | 193.052.379,32 | 194.719.923,14 |
| b) Länder und andere Gebietskörperschaften | 3.264.361,59 | 3.281.757,92 |
| c) Sonstige Zuwendungsgeber | 4.462.597,54 | 4.547.205,42 |
| | 200.779.338,45 | 202.548.886,48 |
| 2. Spenden | | |
| a) Allgemeine Satzungszwecke | 131.460,50 | 137.609,00 |
| b) Wissenschaftliche Zwecke | 150.000,00 | 125.000,00 |
| c) Solidaritätsfonds der Studienförderung | 338.483,15 | 327.925,51 |
| | 619.943,65 | 590.534,51 |
| 3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens | 3.768.773,90 | 3.986.499,56 |
| 4. Teilnahmegebühren | 472.846,65 | 400.901,23 |
| 5. Sonstige Erträge | 1.180.633,08 | 812.091,79 |
| | 206.821.535,73 | 208.338.913,57 |
| 6. Ausgaben aus der satzungsmäßigen Tätigkeit | | |
| a) Stipendien an deutsche und ausländische Studierende | 27.634.797,83 | 27.411.970,24 |
| b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit | 27.697.036,02 | 23.493.491,03 |
| c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Ländern des Globalen Südens | 117.272.541,88 | 126.884.671,59 |
| d) Forschungsprojekte | 6.171.896,53 | 5.686.147,04 |
| e) Förderung von Kunst und Kultur | 19.461,12 | 16.249,52 |
| | 178.795.733,38 | 183.492.529,42 |
| 7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | 4.216.905,55 | 4.439.800,03 |
| 8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens | 3.305.008,15 | 1.730.623,63 |
| 9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsausgaben | 21.057.435,18 | 19.359.572,69 |
| 10. Rechnungsabgrenzungsposten | -553.546,53 | -683.612,20 |
| 11. Finanzergebnis | 701.111,67 | 619.558,68 |
| 12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit | 147.565,14 | -64.053,52 |
| 13. Außerordentliche Aufwendungen | 64.291,60 | 31.580,91 |
| 14. Mehreinnahmen | 83.273,54 | -95.634,43 |
| 15. Entnahme aus zweckgebundener Rücklage | 2.976.475,19 | 1.536.977,17 |
| 16. Einstellung in zweckgebundene Rücklage | -3.059.748,73 | -1.441.342,74 |
| 17. Jahresergebnis | 0,00 | 0,00 |

Gesamtübersicht aller im Haushalt 2025 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben

Stand: 31. Januar 2025 (Angaben in Euro)

| | | |
|---|--|-------------|
| I. Einnahmen | | |
| 1. Zuwendungen und Zuschüsse | | |
| Zuwendungen der Bundesministerien* | | 192.508.000 |
| Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften | | 4.000.000 |
| Sonstige Zuwendungsgeber | | 5.305.000 |
| 2. Spenden | | 650.000 |
| 3. Teilnahmegebühren | | 750.000 |
| 4. Sonstige Erträge | | 850.000 |
| II. Ausgaben | | |
| 1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben | | |
| Förderung von Studierenden und Graduierten | | 32.064.000 |
| Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit | | 24.540.000 |
| Internationale Zusammenarbeit | | 115.105.000 |
| Forschungsprojekte | | 5.890.000 |
| Förderung von Kunst und Kultur | | 23.000 |
| 2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen** (nachrichtlich) | | 45.633.988 |
| 3. Sächliche Verwaltungsaufgaben | | |
| sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten | | 22.189.000 |
| 4. Sonstige Betriebsaufwendungen | | |
| 5. Übrige Ausgaben | | |
| 6. Ausgaben für Investitionen | | 4.252.000 |
| III. Voraussichtliches Jahresergebnis | | 0 |

* Darin enthalten sind Zuwendungen aus übertragenen Mitteln aus Vorjahren.

** Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen ist bereits in den Positionen 1 (Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben) und 3 (Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten.

Zusätzliche Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Zuwendungen und sonstige Einnahmen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch im Jahr 2023 größter einzelner Zuwendungsgeber. 92,9 Mio. € wurden für die Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben zugewendet. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom BMZ Sondermittel i. H. v. 4,7 Mio. € für den Internationalen Klima- und Umweltschutz. Der Gesamtbetrag aller Zuwendungen des BMZ belief sich mithin auf 97,6 Mio. €, wovon 13,5 Mio. € auf Verwaltungskosten entfielen.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur Förderung der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit. Der Zuschuss i. H. v. 45,7 Mio. € wurde für die satzungsmäßigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung im Inland gewährt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung sowie für die Archivierung der für die soziale Demokratie zeitgeschichtlich bedeutsamen Personen- und Organisationsbestände. Der Globalzuschuss dient auch der Finanzierung der auf diese Aufgabengebiete entfallenden Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom Bundesministerium des Innern Mittel i. H. v. 2,3 Mio. € zur Durchführung von Investivmaßnahmen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung förderte mit 21,8 Mio. € die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium sowie die Unterstützung von Promotionsvorhaben. 2,7 Mio. € wurden dabei als Verwaltungs-, Auswahl- und Betreuungskostenpauschale gewährt.

Das Auswärtige Amt förderte mit 3,4 Mio. € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduierten in der Bundesrepublik. 19,6 Mio. € wurden für internationale gesellschaftspolitische Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen. Überdies gewährte das Auswärtige Amt der Stiftung Sondermittel i. H. v. 2,7 Mio. €, wovon 1 Mio. € für die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Teilhabe in der Region Mittlerer Osten / Nordafrika verwendet wurden. Auf Verwaltungskostenzuschüsse entfielen beim Auswärtigen Amt insgesamt 3,4 Mio. €.

Insgesamt verringerten sich die 2023 vereinnahmten Bundeszuwendungen gegenüber 2022 um 1,7 Mio. €,

wobei die Mittel des BMI um 9,7 Mio. €, die BMBF-Mittel um 0,1 Mio. € und die AA-Mittel um 0,1 Mio. € stiegen, während die BMZ-Mittel um 11,6 Mio. € sanken.

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Durchführung von landesspezifischen Veranstaltungen der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit in Höhe von 3,3 Mio. €. Mit 1,9 Mio. € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber, u.a. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Von sonstigen Zuwendungsgebern wurden von der Europäischen Union 2,4 Mio. € und zur Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen von verschiedenen Organisationen im Ausland insgesamt 487.000 € zugewendet.

Die Eigenbeiträge der Teilnehmer_innen an den Bildungsveranstaltungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 473.000 €.

Die Position »Sonstige Erträge« umfasst Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen, dem Kantinenbetrieb in Bonn (insgesamt 463.000 €), Kostenerstattungen (9.000 €), Anlageerlöse (33.000 €), Publikations- und Eintrittserlöse (242.000 €) sowie Erträge aus Vermietung und Verpachtung (26.000 €).

Ausgaben und Aufwendungen

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden seit 1986 für Baumaßnahmen und seit 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position »Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen« entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Die unter »Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit« genannten Positionen belaufen sich auf 179 Mio. €. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 43,8 Mio. € und setzte sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 34,9 Mio. €, Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 8,9 Mio. €.

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich auf Seminarveranstaltungen, Tagungen, Kongresse, Ausstellungen und die Erstellung von Publikationen. Die Veranstaltungen fanden in den Zentralen in Bonn und Berlin

sowie an Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position »Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Ländern des Globalen Südens« enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Ländern des Globalen Südens, den Ländern Mittel- und Osteuropas und in Industrieländern. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter_innen betrug 21,7 Mio. €.

In der Position »Forschungsprojekte« werden Ausgaben für den Betrieb des Karl-Marx-Hauses in Trier, für die historische Arbeit, für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie und für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek ausgewiesen.

Die »Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen« enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

Eigene Einnahmen und Spenden

Von besonderer Bedeutung für die Friedrich-Ebert-Stiftung sind die Erträge aus den unselbstständigen Stiftungen. Diese Vermögen aufgrund von Testamenten oder Schenkungen i. H. v. derzeit 8,5 Mio. € stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender_innen Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Gleiches gilt für die Spenden, die für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung eingegangen sind. Die Höhe dieser Spenden belief sich auf 620.000 €.

Größere Einzelspenden erhielten wir im Jahre 2023 von Martin Brost i. H. v. 150.000 € sowie von Michael Vasiliadis i. H. v. 15.000 €.

Bescheinigung des Abschlussprüfers

An den Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Bonn:

Wir haben den vom Vorstand gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung aufgestellten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Einnahmen- und Ausgabenrechnung – unter Einbeziehung der Buchführung des Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften und ihrer Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Die Buchführung lehnt sich an die Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beur-

teilung der angewandten Grundsätze zur Rechnungslegung und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit den unten aufgeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften.

Abweichend von den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) werden keine sonstigen Rückstellungen angesetzt. Ist das Finanzanlagevermögen zu Anschaffungskosten bilanziert, werden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen vorgenommen. Weiterhin werden Periodenabgrenzungen von Einnahmen und Ausgaben mit einer haushaltsrechtlichen Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr vorgenommen. Zudem werden in der Einnahmen- und Ausgabenrechnung außerordentliche Aufwendungen und das Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit ausgewiesen.

Köln, den 21. August 2024

Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

| | |
|-------------------|-------------------|
| gez. | gez. |
| Finsterer | Hille |
| Wirtschaftsprüfer | Wirtschaftsprüfer |

Die Gender-Leitlinien der FES: Geschlechtergerechtigkeit ist soziale Gerechtigkeit

Die Arbeit der FES orientiert sich an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Hieraus folgen konkrete politische Ziele, um gleiche Verwirklichungschancen und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten zu garantieren – unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität und Orientierung. Die Soziale Demokratie war stets Vorreiterin für Geschlechtergerechtigkeit. Das gilt etwa für die Einführung des Frauenwahlrechts (1919) oder für die in der Verfassung verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau¹. Dieses politische Vermächtnis prägt unser Selbstverständnis. Unsere Überzeugung ist: Ohne Geschlechtergerechtigkeit gibt es keine soziale Gerechtigkeit und keine lebendige, starke Demokratie. Deshalb wollen wir mit unserer Arbeit dazu beitragen, Diskriminierung abzubauen und tatsächliche Gleichstellung zu erreichen.

Diese Leitlinien geben Orientierung über Ziele, Grundprinzipien und die Arbeitsansätze der FES, um zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beizutragen.

Geschlechtergerechtigkeit bedeutet für die FES die »Freiheit zu unterschiedlichen und nicht nach Geschlecht vorgezeichneten Seins- und Lebensweisen auf der Basis von Gleichheit in der Verteilung von Ressourcen, Einflussmöglichkeiten und Wertschätzung«². Die FES setzt sich in ihrer Arbeit in Deutschland und weltweit daher für die folgenden Ziele ein:

→ **Eigenständige Existenzsicherung, gerechte Einkommensverteilung und gleiche Teilhabechancen**

Das bedeutet unter anderem existenzsichernde Erwerbseinkommen für alle, soziale Absicherung und geschlechtergerechte Aufteilung von familiärer Fürsorgearbeit, Abbau der geschlechtsbezogenen Einkommensungleichheit, gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, eine gesamtgesellschaftliche und politische Verantwortung für Sorgearbeit sowie gleiche Teilhabe von Frauen am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben.

→ **Würde und Unversehrtheit**

Dazu gehören Bekämpfung von Sexismus, Bekämpfung jeglicher Form von geschlechtsbezogener Gewalt, Schutz vor sexueller Ausbeutung sowie sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen.

→ **Offenheit und Vielfalt**

Das bedeutet Abbau von Geschlechterstereotypen, Freiheit in der Gestaltung von Geschlechterrollen und Familienkonzepten und Anerkennung der Vielfalt aller Geschlechter.

Die Grundprinzipien unserer geschlechterpolitischen Arbeit sind:

→ **Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebensbereichen und Politikfeldern**

Das bedeutet die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe, strategisch, methodisch und inhaltlich, in allen Politikbereichen, z. B. Finanzpolitik, Verkehrspolitik, Klimaschutz³ oder Gestaltung der Digitalisierung.

→ **Geschlechtergerechtigkeit in Europa und der Welt**

Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit sind universelle Ziele für die nationale, europäische und internationale Zusammenarbeit und Politik sowie gleichzeitig Bedingungen für Demokratie, nachhaltige Entwicklung, Armutsreduzierung und Friedenssicherung. Sie orientieren sich an internationalen Abkommen, Instrumenten und Konzepten wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) und dem UN-Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW).

Für unsere Arbeitsansätze nach innen und außen heißt das:

Die FES befördert aktiv die Beachtung des Prinzips des Gender Mainstreaming in allen ihren Zuständigkeits- und Arbeitsbereichen sowie das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit. In unseren Prinzipien der Mitarbeiter_innenführung, verantwortet von der Personalabteilung, ist festgehalten: »Führungskräfte in der FES fördern Vielfalt sowie Gender-Gerechtigkeit und setzen sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.« Die Gleichstellungsbeauftragte der FES erfüllt ihre Aufgaben laut § 6 der Gesamtbetriebsvereinbarung für die Mitarbeiter_innen.

Die FES unterstützt und befähigt die Mitarbeiter_innen bei der fachlich-inhaltlichen Umsetzung des Gender

Mainstreaming und begleitet sie durch die Gestaltung geschlechtergerechter Prozesse und Strukturen über eine zentrale Genderkoordinierung, mit Genderkoordinator_innen in den Arbeitseinheiten (u. a. in Abteilungen, Referaten, Regionalbüros, Landesbüros), durch Fortbildungen, aber auch als Teil des Qualitätsmanagements durch Monitoring und Evaluation.

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen, die geschlechtsbezogenen Benachteiligungen zu überwinden. Wir vermitteln in unseren Programmen und Formaten ein gleichberechtigtes, modernes Geschlechterbild. In unserer Gleichstellungsarbeit nehmen wir eine intersektionale Perspektive ein, d.h. wir berücksichtigen das Zusammenwirken von Geschlecht und weiteren sozialen Kategorien wie Ethnizität, Religion, soziale Position, ökonomische Ungleichheit, Behinderung und sexuelle Orientierung. Diese Kategorien interagieren mit Geschlecht und verstärken häufig soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen. Das Eintreten für eine Überwindung der auf Identität basierenden Benachteiligungen steht nicht im Widerspruch zur Überwindung ökonomischer Ungleichheit, sondern bedeutet, gemeinsam für größere Gerechtigkeit – auch soziale Gerechtigkeit – für immer mehr Menschen einzutreten.

Das Ideal einer diskriminierungsfreien, geschlechtergerechten und vielfältigen Gesellschaft verfolgen wir, indem wir die Inhalte, Methoden und Produkte unserer Arbeit immer wieder Gender-Analysen und -Evaluationen unterziehen und sie gleichstellungsorientiert gestalten. In unseren Veranstaltungen, unseren Publikationen und unserer Kommunikation, z. B. über das Themenportal »Gender Matters« und seine Social-Media-Kanäle, machen wir auch nach außen sichtbar, dass wir für das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit sowie für einen modernen, intersektionalen, solidarischen und politischen Feminismus stehen und gesellschaftliche Transformation und soziale Gerechtigkeit einfordern. Unser Leitfaden »Eine Sprache für Alle« gibt Orientierung für geschlechtersensible Kommunikation.

Diese geschlechterpolitischen Leitlinien knüpfen an das Leitbild der Friedrich-Ebert-Stiftung an; hier heißt es:

Wir engagieren uns für Geschlechtergerechtigkeit – in jedem Bereich des Lebens. Denn nur eine Demokratie, die wirkliche Gleichstellung zwischen den Geschlechtern schafft, ist eine Soziale Demokratie.

Die Genderleitlinien wurden erarbeitet vom Gender-Koordinierungskreis der Friedrich-Ebert-Stiftung und beschlossen von der Abteilungsleiter_innen-Runde der FES am 23. September 2021.

Weitere Quellen

Intern

- FESnet-Community Zentrale Genderkoordinierung, <https://intranet.fes.de/workspaces/zentralegenderkoordinierung/apps/blog/blog>
- Leitfaden geschlechtersensible Sprache »Eine Sprache für Alle« (2021)
- Gender in der internationalen Arbeit der FES: <https://intranet.fes.de/pages/finanzhandbuches-der-internationalen-arbeit/apps/wiki/instrumente/list/view/8de87e58-8a75-4765-8988-d6746b185655?currentLanguage=DE>
- Maier, Tanja (2021): *Re:framing Gender – Geschlechtergerechte politische Kommunikation verstehen und umsetzen*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft

Extern

- Deutscher Bundestag. DS 18/12640 (2017): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.
- Dritter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, BMFSFJ, 2021, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/184544/665a7070dbc68f9984fe968dc05fd139/dritter-gleichstellungsbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>

1 Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes besagt: »Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.«

2 Pimminger, Irene (2014): *Geschlechtergerechtigkeit. Ein Orientierungsrahmen für emanzipatorische Geschlechterpolitik*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, S. 53.

3 FES Gender Briefing »Gender und Klimawandel«, FESnet: https://fesnet.fes.de/documents/document/245_769

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, eine nachhaltige Organisation

Nachhaltigkeitsbericht 2024

Im März 2022 hat der Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung beschlossen, aus der FES eine sozial und ökologisch nachhaltige Organisation zu machen. Den Einstieg zur Umsetzung dieser Nachhaltigkeitsstrategie markieren mehrere Pilotprojekte. Diese zeigen, dass Nachhaltigkeit kein elitäres Projekt ist, sondern machbar nicht nur für die FES, sondern auch für andere Organisationen. Ab dem Jahr 2024 erstellt die FES jährlich Nachhaltigkeitsberichte anhand von Leitfragen. Sie orientieren sich am Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK)¹, der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (SDGs).

Leitfragen: Nachhaltigkeitskonzepte und Nachhaltigkeitsaspekte

Strategie

1. Welche zentralen Handlungsfelder werden in der Nachhaltigkeitsstrategie der FES identifiziert?

Die Nachhaltigkeitsstrategie (NSG) definiert zentrale Handlungsfelder, Ziele, Ansätze und Verantwortlichkeiten, die dem Charakter der FES als in Deutschland und weltweit tätiger politischer Stiftung entsprechen. Die FES strebt dabei keine Nachhaltigkeitszertifizierung an – unter anderem weil bereits ein Zertifikat der European Foundation for Quality Management (EFQM) vorliegt, das Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt. Da die FES keinen Lagebericht im Sinne des Handelsgesetzbuches erstellt, wird der Nachhaltigkeitsbericht der FES im Jahresbericht veröffentlicht.

Zentrale Handlungsfelder der NSG sind das Veranstaltungsmanagement (nachhaltige Bildungsveranstaltungen), der Gebäudebetrieb im In- und Ausland, die Weiterbildung der Mitarbeiter_innen sowie die Nachhaltigkeit der Auslandsbüros. Die Schwerpunkte liegen auf sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und sind in einem Positionspapier transparent beschrieben. Das Motto lautet »Fair – ökologisch – machbar für alle!«²

2. Welche Nachhaltigkeitsaspekte werden durch die Arbeit der FES beeinflusst? Welche Chancen und Risiken ergeben sich daraus für die FES?

Die politische Bildung und Beratung hat unmittelbaren Einfluss auf Nachhaltigkeitsaspekte, die sie thematisch aufgreift – v.a. Fragen der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit. Sie werden bearbeitet mit Blick auf Wirtschaftsmodelle, Klimagerechtigkeit und soziale Sicherheit, Vermö-

gensverteilung, Geschlechtergerechtigkeit und internationale Solidarität. Auch Themen wie Urbanisierung und Mobilität werden in Deutschland und global adressiert. Methoden sind dabei Wissensvermittlung, Befähigung und Motivation zum Engagement, politische Analyse und Beratung und Vernetzung mit Partnerorganisationen.

In allen Arbeitsbereichen der FES – von politischer Bildung bis zur Archivierung von Dokumenten, Fotos, digitalen Vor- und Nachlässen usw. – ist der Verbrauch natürlicher Ressourcen ein zentraler Aspekt. Durch die Arbeit mit Menschen – als Seminarteilnehmende, Stipendiat_innen, Referent_innen oder Beschäftigte der FES – sind soziale Nachhaltigkeitsaspekte wie Inklusivität und Arbeitnehmer_innenrechte wesentlich.

Die Chancen zur Stärkung von Nachhaltigkeit liegen für die FES in ihren besonderen Zugängen zu Menschen unterschiedlichster Zielgruppen sowie zu Wissens- und Entscheidungsträger_innen. Glaubwürdigkeit und Kompetenz der FES als sozialdemokratischer Stiftung liegen vor allem bei sozialer Nachhaltigkeit in Verbindung mit ökologischen Aspekten.

Als Zuwendungsempfängerin öffentlicher Mittel ist die FES verpflichtet, ihre Aktivitäten wirtschaftlich, sparsam und nachhaltig umzusetzen. Sie hat die Möglichkeit, im Seminarbetrieb durch Nachhaltigkeitsmaßnahmen ggf. entstehende Mehrkosten bei Verpflegung und Unterbringung von Teilnehmenden auch aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Es besteht jedoch das Risiko, durch den erhöhten Aufwand insgesamt weniger Menschen in Präsenzveranstaltungen erreichen zu können.

Zudem gibt es ein politisches Risiko, da Nachhaltigkeit als Thema nicht bei allen Zielgruppen der FES zwingend positiv besetzt ist und auch in der Belegschaft nicht durchweg für eine Priorität gehalten wird. Dem wollen wir durch klare Thematisierung konstruktiv begegnen. Andererseits gibt es Zielgruppen und Partner der FES, aus deren Sicht die Stiftung nicht genug für Nachhaltigkeit tut. Auf jedem Fall wollen wir den in unserer Bildungsarbeit vertretenen Zielen auch in unserer Organisation gerecht werden.

3. Welche konkreten Ziele verfolgt die FES, um nachhaltiger zu werden? Warum hat sie diese priorisiert? Wie wird die Umsetzung kontrolliert?

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat als Grundlage für die Implementierung der NSG ein strategisches Ziel der Organisationsentwicklung festgelegt: Die FES setzt bis zum 100-jährigen Jubiläum 2025 ihre Nachhaltigkeitsstrategie um. Das Bekenntnis zur Nachhaltigkeit wird durch Pilotprojekte für unsere Partner_innen und Zielgruppen sichtbar, trägt zur

Motivation der Mitarbeiter_innen bei und ist ein ständiger Impuls für die Organisationsentwicklung der FES. Die Betonung von sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit in Verbindung mit ökologischer Nachhaltigkeit wird ein Markenzeichen der FES.

Um zügig ins Tun zu kommen und Erfahrungen zu sammeln, wurden mit Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie mehrere Pilotprojekte gestartet. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse führten zur Formulierung folgender Ziele, die wesentliche Aspekte der Tätigkeit der FES erfassen:

- Für die Liegenschaften der FES wird der Passivhausstandard im Energie- und Wärmemanagement erreicht.
- Die Teilhabe lokal beschäftigter Kolleg_innen ist durch die Einführung sozialer Nachhaltigkeitsstandards verbessert.
- Der Leitfaden »Nachhaltige Bildungsveranstaltungen« wird bis 2025 in der FES verbindlich eingeführt.
- Die Mitarbeiter_innenweiterbildung wird nachhaltiger ausgerichtet.

4. Welche Schritte gilt es bei der Vorbereitung, Umsetzung und Nachbereitung von Aktivitäten zu berücksichtigen?

Die Durchführung von Bildungsmaßnahmen der FES ist in einen Qualitätsmanagementzyklus eingebettet. Nachhaltigkeitsaspekte sollten bereits in der Planungsphase berücksichtigt werden. Für die Durchführung nachhaltiger Bildungsveranstaltungen hat eine Projektgruppe einen Leitfaden und eine Checkliste entwickelt. Dabei geht es um Thema/Inhalt, Organisation/Management und nachhaltige Wirkung von Veranstaltungen. Eine Auswertung erfolgt mit einem digitalen Erhebungsbogen.

In der internationalen Arbeit werden für die Erfolgskontrolle externe Evaluierungen durchgeführt, die in Anwendung der DAC-Evaluierungskriterien der OECD auch die Nachhaltigkeit auf Programmebene betrachten.

Prozess und Management

1. Wo liegt die Verantwortung für Nachhaltigkeitsfragen in der FES?

Die Verantwortung für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie liegt bei der Geschäftsführung und der Abteilung Finanzen und Organisation. Für die Implementierung der Pilotprojekte und die Erarbeitung von Nachhaltigkeitsstandards wurde zudem eine Projektgruppe mandatiert. In der Abteilung Internationale Zusammenarbeit ist das Referat Innovation und Qualitätsmanagement (IQM) für Nachhaltigkeit zuständig.

2. Mit welchen Regeln und Prozessen ist die Nachhaltigkeitsstrategie im Arbeitsalltag der FES verankert?

Die Nachhaltigkeitsstrategie der FES setzt auf Leuchtturm- bzw. Pilotprojekte und auf eine sukzessive Ausweitung von Nachhaltigkeitsstandards nach dem Prinzip »comply or explain«, was der FES als lernender Organisation entgegenkommt. Für das Veranstaltungsmanagement wurde die Anwendung des entsprechenden Leitfadens verbindlich für eine Maßnahme pro Arbeitseinheit eingeführt. Für die internationale Arbeit wurden Standards sozialer Nachhaltigkeit bzw. Arbeitsstandards verbindlich eingeführt.

3. Mit welchen Indikatoren und Leitfragen arbeitet die FES zur Steuerung und Kontrolle der Nachhaltigkeitsziele?

Wie werden die Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit der Informationen gewährleistet?

Als Grundlage für den Nachhaltigkeitsbericht wurden Leitfragen entwickelt, die sich an einschlägigen Nachhaltigkeitsstandards orientieren. Fortschritte werden nach Möglichkeit quantitativ unterlegt. Die Vorgehensweise, die Leitfragen und der Nachhaltigkeitsbericht werden den zuständigen Gremien für Qualitätsmanagement und Organisationsentwicklung vorgelegt.

4. Wie wurden wichtige Anspruchsgruppen der FES in den Dialog zur Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden?

Der Vorstand der FES, der zu Beginn des Prozesses durch die Geschäftsführung umfänglich informiert wurde, hat den Prozess beauftragt. Die Beschäftigten der FES wurden über die Projektgruppe eingebunden. Die Umsetzung der Strategie wurde mehrfach in betriebsöffentlichen Dialogveranstaltungen vorgestellt. Die Personalabteilung hat für ihr Leuchtturmprojekt eine Umfrage unter Mitarbeitenden durchgeführt. Das Büro Südafrika hat im Rahmen des Pilotprojekts Partnerorganisationen eingebunden. Die Abteilung Studienförderung hat Stipendiat_innen der FES konsultiert.

5. Wurden neue Technologien und neue Standards identifiziert und angewandt?

Die Strategie setzt auf Innovation, Lernorientierung und die Verbesserung betrieblicher Nachhaltigkeitsstandards und wurde mit einem verbindlichen Organisationsentwicklungsziel unterlegt. In der internationalen Arbeit wurden Standards im Rahmen sozialer Nachhaltigkeit und des Qualitätsmanagements festgelegt. Für das Finanzanlagevermögen der FES wurden strikere Nachhaltigkeitsstandards vereinbart. Für den Gebäudebetrieb wurden neue Technologien zum Energiemanagement implementiert.

Ökologische Nachhaltigkeit/Klimaschutz

1. Welche natürlichen Ressourcen verbraucht die Friedrich-Ebert-Stiftung?

Der Ressourcenverbrauch der FES resultiert v.a. aus dem Gebäudebetrieb ihrer Haupthäuser in Bonn und Berlin (Strom, Wärme, Wasser), den Büros in den Bundesländern und an den Auslandsstandorten, den Veranstaltungen der politischen Bildung (Material, Verpflegung), der Herstellung von Publikationen sowie der Mobilität von Beschäftigten und Seminarteilnehmenden.

2. Welche Ziele und Maßnahmen verfolgt die FES, um die Ressourceneffizienz zu steigern?

Ein Pilotprojekt zur Nachhaltigkeit ist der Gebäudebetrieb von Haus 1 in Berlin. Diverse Maßnahmen haben zu einem drastisch reduzierten Ressourcenverbrauch geführt (siehe Bericht zum Pilotprojekt). Auch in anderen Liegenschaften wie dem Haupthaus in Bonn und dem Landesbüro Thüringen in Erfurt sowie im Rahmen des Pilotprojekts »Nachhal-

tiges Auslandsbüro« in Johannesburg wurden vergleichbare Maßnahmen umgesetzt.

Beim nachhaltigen Veranstaltungsmanagement geht es insbesondere um eine Senkung des Materialverbrauchs (Bildungsmaterial, Publikationen). Für die Unterbringung von Seminarteilnehmenden sollen als nachhaltig zertifizierte Häuser bevorzugt und Nachhaltigkeitsaspekte bereits im Vergabeverfahren berücksichtigt werden.

3. Welche klimarelevanten Emissionen verursacht die FES vor allem? Welche Ziele und Maßnahmen verfolgt die FES dabei?

Neben dem Gebäudebetrieb verursacht v.a. die Mobilität von Mitarbeitenden und Seminarteilnehmenden Emissionen. Für die Anreise zu FES-Veranstaltungen im Inland werden im Regelfall öffentliche Verkehrsmittel (Bus, Bahn) benutzt und nur im Ausnahmefall Kosten für Autofahrten oder gar Flugkosten erstattet.

Da die FES eine international tätige Organisation ist, sind Flüge von Beschäftigten und Seminarteilnehmenden unvermeidbar. CO₂-Kompensationszahlungen sind der FES als Empfängerin öffentlicher Zuwendungen nur in engem Rahmen erlaubt. Doch ist es gemäß den Vorgaben der öffentlichen Hand nun möglich, bei der Auswahl von Flügen vorrangig auf die CO₂-Emission zu achten. Die FES hat dies in ihre internen Richtlinien aufgenommen.

Eine Chance liegt in der verstärkten Umstellung auf Onlineformate, doch können diese Präsenzmaßnahmen nur ergänzen.

Soziale Nachhaltigkeit

1. Welche Ziele und Maßnahmen verfolgt die FES zur Stärkung der Arbeitnehmer_innenrechte?

Die Stärkung von Arbeitnehmer_innenrechten gehört zur Wertegrundlage der FES. Die Gewerkschaftsbewegung ist in Deutschland und weltweit ein zentraler Partner. Die Aktivitäten der Stiftung spiegeln dies vielfältig wider.

2. Welche Ziele und Maßnahmen verfolgt die FES zur Stärkung gerechter Teilhabe und Vielfalt in der Organisation, angemessener Bezahlung aller Mitarbeitenden, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Integration?

In der 2022 veröffentlichten Personalstrategie der FES spielen Chancengerechtigkeit, Vielfalt, angemessene Vergütung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale Rolle. Eine wichtige Maßnahme ist die Betriebsvereinbarung Mobiles Arbeiten, die Ende 2023 evaluiert wurde und mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr erfolgreich ist. Zu den Themen Vielfalt und Integration hat die Gleichstellungsbeauftragte in Zusammenarbeit mit der Personalabteilung 2024 eine Bestandsaufnahme vorgenommen, auf deren Grundlage eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden soll. Zum Aspekt der Bezahlung strebt die FES eine angemessene und faire Vergütung an, wobei die tarifvertraglichen Vorgaben (TVöD) zu beachten sind.

Zur Stärkung der Teilhabe lokal beschäftigter Kolleg_innen wurde eine Vielzahl von Maßnahmen implementiert, u. a.:

- eine Ombudsstelle für lokal Beschäftigte
- ein regionaler Beschwerdemechanismus bei Fällen sexueller Belästigung in mehreren Regionen/IZ-Referaten
- Feminist Minimum Standards für die internationale Arbeit
- (Mindest-)Standards für Arbeitsbedingungen und Organisationskultur in den Auslandsbüros weltweit
- Verbesserung des Fortbildungsangebots für lokal Beschäftigte (u.a. Digital Experts Ausland, QUIZ-Schulungen, Sprechstunden zum eKubo, thematische Fortbildungen und Fachkonferenzen)

3. Welche Ziele und Maßnahmen werden zur Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeitenden verfolgt, v.a. zu Qualifizierung, Gesundheitsmanagement und Digitalisierung?

Da die FES in ihrer Personalstrategie auf Mitarbeiter_innenbindung setzt, hat die Personalentwicklung eine hohe Priorität. Die Stiftung bietet vielfältige Ausbildungsprogramme an (Berufsausbildungen, Duales Studium und Projektassistenzen). Außerdem organisiert die FES umfangreiche Weiterbildungsmöglichkeiten, die auf einer digitalen Lernplattform bereitgehalten und intensiv genutzt werden. Zum Gesundheitsmanagement werden zudem in unregelmäßigen Abständen Gesundheitstage oder -wochen angeboten. Um die Digitalisierung voranzutreiben, wurden 2024 sogenannte Digital Experts ausgebildet, die in den Arbeitseinheiten als Multiplikator_innen für die Einführung digitaler Tools fungieren.

In der Abteilung Internationale Zusammenarbeit wurde ein Projektteam Wissen gegründet, das u.a. das Onboarding, das Wissensmanagement, die Fortbildung sowie die interne Kommunikation für lokal beschäftigte Kolleg_innen verbessern soll. Zudem wird ein Projekt zur weltweiten Standardisierung und Integration der Versorgung der FES-Auslandsbüros mit IT-Dienstleistungen umgesetzt. 50 lokale Kolleg_innen weltweit werden zu Digital-Expert_innen ausgebildet.

4. Wie macht die FES ihren Charakter als politische Stiftung transparent?

Alle demokratischen politischen Stiftungen haben in der Gemeinsamen Erklärung von 1988 als Selbstverpflichtung und als Information der Öffentlichkeit die Grundlagen ihrer Arbeit transparent gemacht.³

Als gemeinnütziger Verein arbeitet die FES gemäß ihrer Satzungszwecke. Als politische Stiftung erhält sie öffentliche Zuwendungen auf Grundlage des Stiftungsfinanzierungsgesetzes. Die Veranstaltungen der FES wie ihre Forschungsergebnisse sind öffentlich zugänglich. Im Jahresbericht der FES werden ihre Arbeitsweise, Gremienzusammensetzung und der Jahresabschluss transparent dargestellt.

5. Welche Maßnahmen ergreift die FES zur Einhaltung von Compliance-Regeln, Gesetzen und Richtlinien?

Beschäftigte werden verpflichtend zu den Compliance-Regeln der FES geschult. Die FES wendet zudem ein internes Kontrollsystem (IKS) an, die interne Revision berichtet direkt an die Geschäftsführung. Der Jahresabschluss wird von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Die Solaranlagen auf den Dächern der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin produzieren jährlich rund 92.000 kWh Strom, decken etwa 8 Prozent des Energiebedarfs und sparen 54 Tonnen CO₂ ein. Das nachhaltige Projekt verbindet Photovoltaik mit Dachbegrünung.

geprüft und der Mitgliederversammlung des Vereins vorgelegt. Die FES hat einen unabhängigen Datenschutzbeauftragten eingesetzt. Gemäß EU-Hinweisgeberrichtlinie wurde eine interne Meldestelle zum Schutz von Hinweisgeber_innen eingerichtet.

Berichte zu aktuellen Pilotprojekten

Nachhaltige Bildungsveranstaltungen

Mit ihren politischen Bildungsveranstaltungen erreicht die FES jährlich mehr als 100.000 Menschen. Ein Team der Studienförderung und des Landesbüros Mecklenburg-Vorpommern hat einen Leitfaden für nachhaltigere Bildungsveranstaltungen entwickelt, dazu eine interaktive Infografik⁴ und eine Checkliste für den Arbeitsalltag. Der Leitfaden beruht auf den drei Säulen der Nachhaltigkeit – Schutz der Umwelt, soziale Auswirkungen und wirtschaftliche Kriterien – und umfasst die drei Bereiche der Veranstaltungsorganisation:

- **technisch-organisatorische Hinweise** für eine ökologisch und sozial nachhaltigere Veranstaltung, etwa zur Wahl des Tagungshauses, zur Verpflegung, zur Mobilität und Barrierefreiheit sowie zur Besetzung des Podiums;
- das **Themensetting Nachhaltigkeit** zeigt, wie das Thema stärker in die Veranstaltungen einfließen kann. Damit fördern wir die »Bildung für nachhaltige Entwicklung« – ein weltweites Programm, das Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigt;
- im Bereich **wirkungsvolle Veranstaltung** wird dazu angeregt, die Ressourcen möglichst effektiv einzusetzen, etwa indem die Inhalte nachträglich aufbereitet und auch über andere Kommunikationskanäle verbreitet werden. Weitere Möglichkeiten sind die Umsetzung von Veranstaltungsreihen sowie digitale Vernetzungsangebote für Teilnehmende und Referent_innen.

In einer Projektgruppe aus allen Arbeitseinheiten der FES fand ein regelmäßiger Austausch zur praktischen Anwendung des Leitfadens statt. Für die FES als lernende Organisation wurde beschlossen, zunächst eine Aktivität pro Arbeitseinheit nachhaltiger zu machen und die Checkliste nach dem Prinzip »comply or explain« anzuwenden. Ein Fragebogen dient der systematischen Auswertung. 2024 wurden knapp zwei Dutzend Veranstaltungen auf dieser Basis durchgeführt, darunter die Einführungsseminare der Abteilung Studienförderung, die Sommeruniversität in Berlin-Schmöckwitz, die Verleihung des Matthöfer-Preises, der Tag der Progressiven Wirtschaftspolitik, ein kommunalpolitisches Seminar in Bayern und der Besuch einer internationalen Delegation in Berlin.

Zwar konnten nicht alle Ziele auf einmal umgesetzt werden, doch war vieles gut machbar: Bei den Seminarmaterialien und -einladungen wurde durch Digitalisierung auf Papier verzichtet, Rückwände des Konferenzraums wurden wiederverwertbar gestaltet. Für die Anreise wurde auf Er-

reichbarkeit mit ÖPNV geachtet, Fahrgemeinschaften wurden gebildet, eine Delegation bewegte sich mit Fahrrädern durch Berlin. Bei der Seminarverpflegung wurde auf fleischloses und gesundes Essen geachtet und auf Einweggeschirr verzichtet. Beim Catering ist die FES stark vom Anbieter abhängig und bei der Auswahl eines Tagungsortes muss sie langfristig und mit entsprechenden Vergabekriterien planen. Die Studienförderung hat dafür eine Liste zertifizierter Tagungshäuser erstellt.

Auch Aspekte sozialer Nachhaltigkeit wie Inklusion, Barrierefreiheit und Geschlechtergerechtigkeit konnten gut umgesetzt werden, u.a. durch Kinderbetreuung, Angebote für sehbehinderte Menschen, Awareness-Teams und eine diverse Zusammensetzung des Seminarstabes.

Die positiven Beispiele zeigen allerdings auch: Mit Blick auf das Budget müssen Kompromisse eingegangen werden. Doch mit der verbindlichen Einführung des Leitfadens (Zielsetzung 2025) wird das nachhaltige Veranstaltungsmanagement in der FES sukzessive ausgeweitet.

Nachhaltiges Gebäudemanagement

Um Ressourcen zu schonen und das Klima zu schützen, wurde das Leuchtturmprojekt »Nachhaltiges Gebäudemanagement FES Berlin« gestartet. Gleichzeitig wurden bereits zahlreiche Nachhaltigkeitsmaßnahmen in der FES Bonn umgesetzt und mit der energetischen Sanierung des Landesbüros Thüringen ein weiteres Leuchtturmprojekt gestartet (Fertigstellung 2025).

Mit Solaranlagen auf den Flachdächern ihrer Berliner Häuser produziert die FES Strom. Auf einer Fläche von mehr als 1.500 Quadratmetern befinden sich 340 Module. Der nicht unmittelbar verbrauchte Strom fließt in zwei Speichermedien, damit er später genutzt werden kann. Mit rund 92.000 Kilowattstunden pro Jahr decken die Anlagen ca. 8 Prozent des Energiebedarfs der Gebäude und sparen circa 54 Tonnen CO₂ ein. Durch Dachbegrünung wurden Natur und Photovoltaik nachhaltig verbunden. Das Projekt mit finanzieller Unterstützung der Investitionsbank Berlin wurde auf dem Weltkongress Gebäudegrün 2024 von der Senatsverwaltung Berlin als Best Practice vorgestellt.

Für das ältere der beiden Gebäude wird ein nachhaltiges Ressourcenmanagement geplant und z. T. bereits umgesetzt. Dabei im Fokus: die bisherige Beheizung mittels Fernwärme, die sich zu rund 90 Prozent aus fossilen Brennstoffen speist. Künftig werden stattdessen bis zu 90 Prozent des Wärmebedarfs mittels zweier Wärmepumpen gedeckt. Durch reversible Wärmepumpen, die im Sommer kühlen und im Winter heizen, soll der Wärmeverbrauch um rund ein Viertel sinken.

2024 wurde der Wärmebedarf bereits um ca. 10 Prozent und der Stromverbrauch um ca. 8 Prozent reduziert, etwa indem auf Warmwasser verzichtet wird, die Lüftungsanlage und Wärmezufuhren optimiert und Kühlungen abgeschaltet wurden. Durch die Umrüstung auf LED-Leuchtmittel (zu 75 Prozent umgesetzt) wurde der jährliche Stromverbrauch bereits von 85.000 kWh auf 25.000 kWh gesenkt.

Eine Zisterne zur Gewinnung von Regenwasser befindet sich leider immer noch in der Konzeptionsphase, da noch kein Planungsbüro gewonnen werden konnte. Doch werden durch die Installation sogenannter wasserloser Urinale bereits etwa 80 Prozent des Spülwassers gespart.

Als Zielsetzung wurde aus dem Projekt abgeleitet, dass perspektivisch für alle Liegenschaften der FES der Passivhausstandard im Energie- und Wärmemanagement erreicht werden soll.

Nachhaltiges Auslandsbüro

Am Standort Johannesburg wurde das Pilotprojekt »Nachhaltiges Auslandsbüro« umgesetzt. Nachhaltiger zu arbeiten heißt dabei, nicht nur ökologischer, sondern insbesondere feministischer und postkolonial sensibler zu sein. Im Interesse sozialer Nachhaltigkeit wurden feministische Mindeststandards für die Projektarbeit und Veranstaltungen definiert, die nun auch Gegenstand der Vereinbarungen mit Partnerorganisationen sind. Zudem verfolgt das Team eine Null-Toleranz-Politik gegen jede Form von Gewalt und Diskriminierung. So wurde eine Strategie für den Umgang mit sexueller und geschlechterbasierter Belästigung sowie ein entsprechendes Beschwerde- und Sanktionsverfahren eingeführt.

Aus einer Dekolonialisierungsperspektive setzt sich das Team in Südafrika kritisch mit internen Hierarchien sowie den Beziehungen zu Partnerorganisationen auseinander, um diese Beziehungen gemeinsam zu gestalten. Diese Initiative wird mittlerweile in einem extern begleiteten Beratungsprozess des Afrikareferates aufgegriffen. Die Erfahrungen aus Südafrika sind dabei nicht nur vor Ort wichtig, sondern haben einen wichtigen Impuls für soziale Nachhaltigkeitsstandards und die Stärkung der Teilhabe lokal beschäftigter Kolleg_innen in der FES gegeben. Feminist Minimum Standards wurden für die internationale Arbeit eingeführt, ebenso wie Mindeststandards für die Organisationskultur in den FES-Auslandsbüros weltweit. Ein regionaler Beschwerdemechanismus bei Fällen sexueller Belästigung wurde in mehreren Regionen eingeführt und eine zentrale Ombudsstelle für lokal Beschäftigte geschaffen.

Um in Johannesburg mehr ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen, wurde eine ganze Reihe an Maßnahmen implementiert. Zentral ist die Solarenergie. In den ersten zwei Jahren nach Installation von Photovoltaik wurden 80 MWh Strom produziert. Damit wurden 90 Prozent des Stromverbrauchs gedeckt, inklusive fast 15.000 Kilometer mit dem neuen Elektroauto. Damit wurden etwa 26 Tonnen CO₂ gespart. Diese guten Werte wurden erreicht, obwohl sich der Strombedarf gegenüber der Schätzung um 40 Prozent erhöht hatte. Weitere Maßnahmen sind Regenwassersammlung und nachhaltiges Wassermanagement im Büro,

sozial-ökologische Ausschreibungskriterien und die Reduzierung von Plastikmüll. Dabei zeigte sich, dass ein gemeinsamer Lernprozess mit den Partnern der FES nottut. So wurde die Umstellung von Plastik- auf Glasflaschen für die Seminarverpflegung zunächst hinterfragt, da Plastikflaschen mitunter günstiger sind und als hygienischer gelten.

Als Zielsetzung wurde aus dem Pilotprojekt abgeleitet, sukzessive mehr Auslandsbüros der FES nachhaltiger zu machen und die Teilhabe lokal beschäftigter Kolleg_innen durch die Einführung sozialer Nachhaltigkeitsstandards weiter zu verbessern.

Nachhaltige Weiterbildung der Mitarbeiter_innen

Die Personalentwicklung soll die Kompetenzen der Mitarbeitenden durch systematische Personalentwicklungsmaßnahmen verbessern. Dafür möchte die Personalabteilung Verbindlichkeit schaffen, Methodenvielfalt nutzen sowie zielgerichtete und funktionsgruppenübergreifende Angebote unterbreiten.

Die interne Weiterbildung der FES bietet ein Grundlagen- und Aufbauprogramm über das Lernportal an. Feedbackprozesse helfen, bedarfsorientierte Entwicklungsmaßnahmen für Mitarbeiter_innen festzulegen und durchzuführen. Die Führungskräfteentwicklung wurde für alle Funktionsgruppen geöffnet, was eine gemeinsame Weiterbildung ermöglicht. Im Rahmen der Nachhaltigkeit wurden die Dienstleister_innen zu den Gepflogenheiten der FES geschult, vermitteln FES-spezifische Inhalte und Werte und sollen langfristig mit der Stiftung zusammenarbeiten.

Einige Seminare werden verpflichtend für spezifische Zielgruppen angeboten und sind Voraussetzung dafür, bestimmte Tätigkeiten auszuüben. Die verpflichtenden Seminare finden einheitlich, optimiert und nachhaltig statt. Die Teamentwicklung und individuelles Coaching werden ergänzend genutzt, um die für die jeweiligen Tätigkeiten erforderlichen Kompetenzen zu optimieren.

Grundlage für die Weiterentwicklung der Personal-, Kompetenz- und Führungskräfteentwicklung war eine Umfrage im Dezember 2021, an der sich 236 Kolleg_innen aus dem In- und Ausland beteiligten. Die Weiterbildungsangebote 2021 wurden von 45 Prozent mit der Schulnote »gut« bewertet. Als wichtigste Kriterien im Zusammenhang mit der Personalentwicklung wurden Werte der Stiftung, Mitarbeitenden-Zufriedenheit, Mitarbeitenden-Qualifizierung, zielgenaue Seminare und digitale Formate bewertet. Demzufolge nahmen diese Kriterien auf die Entscheidungen Einfluss.

Auch nach dem Pilotprojekt wird das Ziel weiterverfolgt, die Weiterbildung der Mitarbeiter_innen nachhaltiger auszurichten.

1 <https://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de/>

2 <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=82821&token=67f55300b1c20e352d9814e96835aae28b83c03b>

3 <https://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/03178.pdf>

4 <https://www.fes.de/content/share/nachhaltigkeit/index.html>

Mitglieder des Vorstands

Stand: Mai 2025

Vorsitzender

Martin Schulz

Ehrenvorsitzender

Kurt Beck

Anschrift für Vorstand, Verein und Kuratorium

Stellvertretende

Vorsitzende

Reiner Hoffmann

Anke Rehlinger

Mitglieder des Vorstands

Prof. Dr. Peter Brandt

Dr. Barbara Hendricks

Christina Kampmann

Barbara Ludwig

Dr. Rolf Mützenich

Matthias Platzeck

Dr. Manja Schüle

Postadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Geschäftsführendes

Vorstandsmitglied

Dr. Sabine Fandrych

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landesparteivorstände besetzt waren:

Von den elf Mitgliedern des Vorstandes sind

- acht Mitglieder ohne o. a. Funktion
- ein Mitglied des Deutschen Bundestages
- ein Mitglied eines Landesparlaments
- ein Mitglied eines Landesparlaments, zugleich Mitglied einer Landesregierung

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.:

keine_r in einer der o. a. Funktionen

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen. Hiernach üben »der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung [...] in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbaren Funktionen aus«.

Mitglieder des Vereins

Stand: Mai 2025

Sanae Abdi
Doris Ahnen
Thorben Albrecht
Dr. Gerd Andres
Niels Annen
Dr. Katarina Barley
Doris Barnett
Bärbel Bas
Kurt Beck
Uwe Beckmeyer
Christiane Benner
Dr. Christine Bergmann
Erik Bettermann
Jens Böhrnsen
Klaus Brandner
Prof. Dr. Peter Brandt
Anke Brunn
Ilse Brusis
Prof. Dr. Udo Bullmann
Dr. Edelgard Bulmahn
Dr. Jürgen Burckhardt
Delara Burkhardt
Hans Martin Bury
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin
Malu Dreyer
Garrelt Duin
Martin Dulig
Hans Eichel
Dr. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Nancy Faeser
Yasmin Fahimi
Dr. Sabine Fandrych
Elke Ferner
Sigmar Gabriel
Klara Geywitz
Franziska Giffey
Günter Gloser
Reinhard Grätz
Bettina Hagedorn
Nina Hauer
Dr. Volker Hauff

Hubertus Heil
Dr. Barbara Hendricks
Reiner Gerd Hoffmann
Dr. Eva Högl
Prof. Dr. Uwe Holtz
Berthold Huber
Verena Hubertz
Klaas Hübner
Hedda Jungfer
Johannes Kahrs
Christina Kampmann
Sabine Kaspereit
Cansel Kiziltepe
Reinhard Klimmt
Daniela Kolbe
Carmen König-Rothemund
Stefan Körzell
Hannelore Kraft
Ute Kumpf
Dr. Gerlinde Kuppe
Prof. Dr. Manfred Lahnstein
Dr. Jürgen Linde
Barbara Ludwig
Christoph Matschie
Serpil Midyatli
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Aydan Özoguz
Johannes Andreas Pflug
Matthias Platzeck
Joachim Poß
Florian Pronold
Prof. Dr. Christa Randzio-Plath
Anke Rehlinger
Prof. Dr. René Repasi
Walter Riester
Dennis Rohde
Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis
Axel Schäfer
Thorsten Schäfer-Gümbel

Rudolf Scharping
Harald Schartau
Günter Schlatte
Dr. Nils Schmid
Dr. Roland Schmidt
Wilhelm Schmidt
Ulla Schmidt
Renate Schmidt
Hubertus Schmoldt
Carsten Schneider
Olaf Scholz
Gerhard Schröder
Günter Schröder
Dr. Manja Schüle
Werner Schulz
Martin Schulz
Svenja Schulze
Dr. Angelica Schwall-Düren
Rolf Schwanitz
Manuela Schwesig
Dr. Carsten Sieling
Michael Sommer
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier*
Dr. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Michael Vassiliadis
Ute Vogt
Dr. Klaus von Dohnanyi
Dr. Klaus Wedemeier
Dr. Ernst Welteke
Frank Werneke
Detlef Wetzell
Heidemarie Wiecek-Zeul
Dr. Bettina Wiefel
Klaus Wowereit
Dr. Monika Wulf-Mathies
Dr. Jens Zimmermann
Prof. Dr. Jürgen Zöllner
Prof. Dr. Christoph Zöpel

* Dr. Frank-Walter Steinmeier: Mitgliedschaft ruht während Amtszeit als Bundespräsident

Mitglieder des Kuratoriums

Stand: Mai 2025

Vorsitzende

MP a. D. Hannelore Kraft

Stellv. Vorsitzende

Heike Taubert

Richard Becker

Prof. Dr. Wilhelm Bender

Klaus Uwe Benneter

Dr. Claudia Bogedan

Dr. Carsten Brosda

Ulla Burchardt

Prof. Dr. Friedrich Buttler

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer

Prof. Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel

Martin Gerster

Iris Gleicke

Prof. Dr. Helene Harth

Ingrid Häußler

Dietmar Hexel

Dr. Christine Hohmann-Dennhardt

Roland Issen

Gerhard Jochum

Prof. Dr. Dr. Karl Kaiser

Dr. Karl Kauermann

Prof. Dr. Jürgen Keßler

Prof. Dr. Dr. Jürgen Kocka

Prof. Dr. Jürgen Kromphardt

Moritz Leuenberger

Markus Meckel

Siegmar Mosdorf

Michelle Müntefering

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Dr. Edith Niehuis

Aydan Özoguz

Prof. Dr. Winfried Polte

Dr. Simone Raatz

Steffen Reiche

Dr. Nikolaus Schneider

Wolfgang Schneiderhan

Karin Schubert

Rolf Schwanzitz

Karl Starzacher

Dr. Ralf Stegner

Ludwig Stiegler

Prof. Dr. Johano Strasser

Dr. Gerald Thalheim

Dr. Carl Tham

Wolfgang Tiefensee

Dr. Klaus von Dohnanyi

Gerd Walter

Prof. Gert Weisskirchen

Dr. Rosemarie Wilcken

Dr. Monika Wulf-Mathies

Brigitte Zypries

Mitglieder des Auswahlausschusses der Studienförderung

Stand: Mai 2025

Vorsitzende

Prof. Dr. Dorothée de Nève

Stellv. Vorsitzende

PD Dr. Simone Raatz

Prof. Dr. Birgitt Riegraf

Prof. Dr. Michael Schmidt

Leiterin der Abteilung

Studienförderung

Judith Illerhues

Stipendiatischer Sitz

Dr. Marita Unden

Dr. Eric Mülling

Dr. Daniel Meis

Prof. Dr. Sabine Achour

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst

Prof. Dr. Dr. Christian Bernzen

Prof. Dr. Ulrike Bick

Christine Biehler

Prof. Dr. Michael Bäuerle

Dr. Michael Dauderstädt

Prof. Dr. Frank Decker

Dr. Karamba Diaby

Staatssekretärin Dr. Antje Draheim

Prof. Henning Eichinger

Prof. Dr. Yassir El Jamouhi

Dr. Stefanie Elies

Dr. Sonja Emmerling

Prof. Dr. Frank Engehausen

Prof. Dr. Roland C.E. Francis

Dr. Florian Freund

Prof. Dr. Hermann Frister

Prof. Dr. Brigitte Georgi-Findlay

Prof. Dr. Norbert Grulke

Prof. Dr. Bernd Gössling

Dr. Christian von

Haldenwang

Prof. Dr. Uwe Volker Haneke

Prof. Dr. Peter Hantel

Prof. Dr. Dr. Dr. hc Ernest W.B.

Hess-Lüttich

Silke Hillesheim

Prof. Dr. Gunther

Hirschfelder

Prof. Prof. Dr. Anke Holler

Dr. Hans-Gerhard Husung

Prof. Dr. Felix Hörisch

Dr. Laura-Alice Jantke

Dr. Thomas Keidel

Prof. Dr. Hannes Kopf

Prof. Dr. Christopher Kopper

Dr. Theresa Krause

Dr. Anja Kruke

Prof. Dr. Deborah Kämper

Dr. Regine Mehl

Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte

Prof. Dr. Christoph Meyer

Prof. Dr. iur. Andreas Möglich

Prof. Dr. Thomas J. J. Müller

Prof. Dr. Daniela Münkel

Dr. Thomas Mütze

Prof. Dr. Rachid Ouassa

Prof. Dr. Walter Reese-Schäfer

Prof. Dr. Emanuel Richter

Prof. Dr. Heike Roll

Prof. Dr. Hermann Rösch

Prof. Dr. Florian Schacht

Dr. Marina Scharlaj

Dr. Petra Schmitt-Frister

Dr. Ilja-Kristin Seewald

Dr. Jasmin Siri

Dr. Ralf Stegner

Prof. Dr. Franz Streng

Prof. Dr. Jochen Struwe

Prof. Dr. Marion Tacke

Elisabeth Vogelheim

Prof. Dr. Andrea Walter

Prof. Dr. Rainer Walz

Prof. Dr. Katina Warendorf

Prof. Dr. Mathias Witzens-Harig

Dr. Meik Woyke

Prof. Dr. Maren Ziese

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Studienförderung

Stand: Mai 2025

Aachen

Fachhochschule

Prof. Dr. Markus Fredebeul-Krein

RWTH

Dr. Jan-Christoph Heilinger
Prof. Dr. Hermann Wagner

Augsburg

Universität

Prof. Dr. Natascha Sojc
Prof. Dr. Dietmar Süß

Bad Honnef

IU Internationale Hochschule

Prof. Dr. Jens Rieger

Bamberg

Universität

Prof. Dr. Frank Westerhoff

Bayreuth

Universität

Prof. Dr. Manfred Miosga

Berlin

Beuth Hochschule für Technik

Lars Jeschio

Charité Universitätsmedizin

Prof. Dr. Volker Köllner

Freie Universität

Prof. Dr. Thorsten Faas
Prof. Dr. Sabine Kropp
Prof. Dr. Eun-Jeung Lee
Prof. Dr. Martin Lücke
Prof. Dr. Stefan Rinke
Prof. Dr. Eberhard Sandschneider
Dr. Damir Softic

Hertie School of Governance

Prof. Dr. Anke Hassel

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Sebastian Dullien
Prof. Dr. Susan Kamel
Prof. Dr. Julia Schwarzkopf

Humboldt-Universität

Prof. Dr. Ulrike Auga
Prof. Dr. Stephan Bröchler
Dr. Holger Brohm
Prof. Dr. Philipp Dann
Prof. Dr. Andreas Eckert
Prof. Dr. Christoph-Martin Geilfus
Prof. Dr. Kurt Graulich
Prof. Dr. Martin Heger
Prof. Dr. Bernd Henningsen
Prof. Dr. Thomas Mergel
Prof. Dr. Julia von Blumenthal

Katholische Hochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Axel Bohmeyer
Prof. Dr. Stefan Rappenglück
Prof. Dr. Jens Wurtzbacher

Technische Universität

Prof. Dr. Etienne Emrich
Prof. Dr. Oliver Schwedes

Biberach

Hochschule

Prof. Dr. Ismail Kasikci

Bielefeld

Fachhochschule

Prof. Dr. Riza Öztürk

Universität

Prof. Dr. Johannes Voit
Prof. Dr. Véronique Zanetti

Bochum

Universität

Prof. Dr. Stefan Berger
Prof. Dr. Stefan Goch
Prof. Dr. Traugott Jähnichen
Dr. Alexander Kochinka
Prof. Dr. Klaus Kost
Dr. Hendrik Milting
Prof. Dr. Karsten Rudolph
Prof. Dr. Adina Carmen Rusu-Klapheck
Prof. Dr. Manfred Wannöffel
Prof. Dr. Gereon Wolters

Bonn

Universität

Prof. Dr. Ursula Bitzegeio
Dr. Fedor Rose
Prof. Dr. Matthias Hullin
Prof. Dr. Doris Mathilde Lucke
Prof. Dr. Heiko Sauer
Dr. Arne Schneidewind

Brandenburg

Technische Hochschule

Prof. Dr. Burghilde Wieneke-Toutaoui



Braunschweig

Hochschule für Bildende Künste
Prof. Dr. Rahel Puffert

Technische Universität
Prof. Dr. Katja Koch
Prof. Dr. Dr. Hermann Wätzig

Bremen

Hochschule Bremen
Prof. Dr. Corinna Grünh
Prof. Dr. Ernst Mönlich

Universität
Prof. Dr. Jutta Günther
Prof. Dr. Sebastian Haunss
Prof. Dr. Sigrid Kannengießer
Dr. Gabriele Richter
Prof. Dr. Ursula Rust
Dr. Cordula Weißköppel
Prof. Dr. Arndt Wonka

Brühl

**Hochschule des Bundes für
öffentliche Verwaltung**
Prof. Dr. Christian Krell

Chemnitz

Technische Universität
Prof. Dr. Stefan Garsztecki
Jun.-Prof. Simon Kahmann
Jun.-Prof. Dr. Thomas Laux
Prof. Dr. Teresa Pinheiro

Cottbus-Senftenberg

**Brandenburgische Technische
Universität**
Prof. Dr. Ludwig Bilz
Prof. Dr. Jacob Spallek

Darmstadt

EHD Evangelische Hochschule
Prof. Dr. Laura Wallner

Technische Universität
Prof. Dr. Petra Gehring

Dortmund

Universität
Prof. Tillmann Damrau

Dresden

Fachhochschule
Prof. Dr. Alexandra Geisler

Evangelische Fachhochschule
Prof. Dr. Anja Katharina Peters

Technische Universität
Prof. Dr. Wolfgang Melzer
Prof. Dr. Christian Prunisch
Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
Prof. Dr. Mike Schmeitzner
Prof. Dr. Klavdia Smola

Duisburg

Universität Duisburg-Essen
Prof. Dr. Tobias Debiel

Düsseldorf

Universität
Prof. Dr. Guido Thiemeyer

Eberswalde

**Hochschule für nachhaltige
Entwicklung**
Prof. Dr. Peter Spathelf

Eichstätt

Universität
Prof. Dr. Stefan Schieren

Erfurt

Fachhochschule
Prof. Dr. Eckhard Giese
Prof. Dr. Barbara Lochner
Prof. Dr. Klaus Merfort

Universität
Prof. Dr. Heike Grimm
Dr. Jochen Voit

Erlangen-Nürnberg

Universität
Dr. Susanna Brogi-Däufel
Prof. Dr. Peter Dabrock
Prof. Dr. Ludwig Fesenmeier
Prof. Dr. Andreas Funke
Prof. Dr. Christian Merkl

Esslingen

Hochschule

Prof. Dr. Claudia Daigler
Prof. Dr. Gabriele Gühring
Prof. Dr. Reiner Marchthaler
Prof. Dr. Karin Reiber

Frankfurt/Main

FRA School of Finance & Management

Prof. Dr. Adalbert Winkler

Frankfurt University of Applied Sciences

Prof. Dr. Veronika Kneip
Prof. Dr. Michaela Köttig

Universität

Prof. Dr. Alexander Ebner
Jun.-Prof. Dr. Nicole Kramer
Dr. Nina Morgner
Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein

Frankfurt/Oder

Europa-Universität Viadrina

Prof. Dr. Eva Kocher
Prof. Dr. Albrecht Söllner

Freiberg

Technische Universität Bergakademie

Dr. Martin Rudolph

Freiburg

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Albert Scherr

Universität

Prof. Dr. Sabine Dabringhaus
Prof. Dr. Tim Epkenhans
Prof. Dr. Johanna Pink
Prof. Dr. Ralf Poscher

Friedrichshafen

Zeppelin Universität

Prof. Dr. Simon Koschut

Fulda

Hochschule

Prof. Dr. Peter Haller
Prof. Dr. Helen Knauf
Prof. Dr. Martina Ritter

Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen

Westfälische Hochschule

Prof. Dr. Andreas M. Heinecke
Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier

Gera-Eisenach

Duale Hochschule

Prof. Dr. Thilo Fehmel

Gießen

Universität

Prof. Dr. Jürgen Bast
Peter Brändle
Dr. Johannes Diesing
Prof. Dr. Dr. Ulrich Ellinghaus
Prof. Dr. Andrea Gawrich
Dr. Sascha Krannich
Dr. Alexandra Kurth
Prof. Joybrato Mukherjee

Göttingen

Universität

Prof. Dr. Andrea Dorothea Bührmann
Dr. Stephan Klecha
Prof. Dr. Rainer Marggraf

Greifswald

Universität

Prof. Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann
Prof. Dr. Marko Pantermöller

Hagen

Fernuniversität

Prof. Dr. Frank Hillebrandt

Halle/Saale

Universität

Prof. Dr. Till Kössler
Prof. Dr. Thomas Thurn-Albrecht
Prof. Dr. Daniel Ulber
Dr. Andreas Weber

Hamburg

Bucerius Law School

Prof. Dr. Thomas Rönna

Fachhochschule für Oekonomie und Management (FOM)

Prof. Dr. Marco Zimmer

Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr

Dr. Charalampos Karpouchtsis

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Dr. Tilman Lutz
Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka
Prof. Dr. John-Philipp Siegel

Hochschule für Bildende Künste

Prof. Robert Bramkamp

Kühne Logistic's University

Dr. Astrid Biele Mefebue

MSH Medical School

Dr. Verena Klein

Technische Universität Hamburg-Harburg

Prof. Dr. Klaus Michael Reininger

Universität

Prof. Dr. Doerte Bischoff
Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach
Prof. Dr. Peter Heisig
Prof. Dr. Kai-Oliver Knops
Prof. Dr. Gertraud Koch
Prof. Dr. Reiner Lehberger
Prof. Dr. Ursula Schröder

Hamm**Hochschule Hamm-Lippstadt**

Prof. Dr. Constanze Beierlein

Hannover**Hochschule**

Prof. Dr. Frank Austermann
Dr. Monika Pinski

Medizinische Hochschule

Dr. Thela Wernstedt

Heide**Fachhochschule Westküste**

Prof. Dr. Thomas Haack

Heidelberg**Universität**

Prof. Dr. Sebastian Harnisch
Prof. Dr. Lena Henningsen
Prof. Dr. Andreas Kruse

Hildesheim**Hochschule für angewandte
Wissenschaft und Kunst**

Prof. Dr. Gazi Caglar

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Prof. Dr. Wolfgang Schröer
Prof. Dr. Wolf Jürgen Schünemann

Ilmenau**Technische Universität**

Prof. Dr. Joachim Weyand

Iserlohn**Fachhochschule Südwestfalen**

Prof. Dr. Stefan Lennardt

Jena**Universität**

Prof. Dr. Klaus Dörre
Prof. Dr. Hermann Funk
Prof. Dr. Ulrich Hilpert
Prof. Dr. Thomas Kroll
Prof. Dr. Roland Merten
Prof. Dr. Kim Siebenhüner

Kaiserslautern**Technische Universität**

Prof. Dr. Inken Heldt
Prof. Dr. Marcus Höreth
Prof. Dr. Michael Schroda
Prof. Dr. Bernd Streich

Karlsruhe**Hochschule Technik + Wirtschaft**

Prof. Dr. Hagen Krämer

**Karlsruher Institut für
Technologie (KIT)**

Prof. Dr. Michael Schefczyk
Prof. Dr. Dr. Ulrich Walter
Prof. Dr. Manfred Wilhelm

Kassel**Universität**

Prof. Dr. Minou Isabell Banafsche
Prof. Dr. Sonja Buckel
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
Prof. Dr. Felix Welti

Kehl**Fachhochschule für
öffentliche Verwaltung**

Prof. Dr. Ewald Eisenberg

Kiel**Fachhochschule**

Prof. Dr. Doris Weißels

Universität

Prof. Dr. Federico Foders
Prof. Dr. Wilhelm Knelangen

Kleve**Hochschule Rhein-Waal**

Prof. Dr. Eva Maria Hinterhuber

Koblenz/Landau**Universität**

Prof. Dr. Werner Sesselmeier

Köln**Deutsche Sporthochschule**

Prof. Dr. Jürgen Mittag

Katholische Hochschule NRW

Prof. Dr. Werner Schönig

Technische Hochschule

Prof. Dr. Zelal Ates
Prof. Thorsten Burgmer

Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen
Prof. Dr. Fabian Klose
Dr. Claudia Nikodem
Prof. Dr. Ute Planert

Konstanz**Universität**

Prof. Dr. Sven Jochem
Prof. Dr. Bianca Pietrow-Ennker
Prof. Dr. Laura Rischbieter
Jun.-Prof. Dr. Jan Vogler
Prof. Dr. Clemens Wischermann

Landshut**Hochschule**

Prof. Dr. Matthias Laub

Leipzig

Hochschule für Musik

KS Prof. Dr. Roland Schubert

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur

Prof. Dr. Manuel Bärwald

Universität

Prof. Dr. Oliver Czulo
Prof. Dr. Alexander Deeg
Prof. Dr. Christian Fandrych
Prof. Dr. Birgit Harreß
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Prof. Dr. Nina Kolleck
Prof. Dr. Harald Morgner
Prof. Dr. Julian Schmitz
Prof. Dr. Wolfgang F. Schwarz
Prof. Dr. Sebastian Stehr

Ludwigsburg

Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Prof. Dr. Marco Althaus
Prof. Dr. Rafael Bauschke
Prof. Dr. Eleonora Kohler-Gehrig

Ludwigshafen

Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft

Prof. Dr. Karin A. Kersting

Lüneburg

Universität

Prof. Dr. Ullrich Günther
Prof. Dr. Axel Halfmeier
Prof. Dr. Wolfgang Ruck

Magdeburg

Hochschule Magdeburg-Stendal

Dr. Irmtraut Mecke
Prof. Dr. Matthias Morfeld
Prof. Dr. Claudia Wendel
Prof. Dr. Ilona Melanie Wuschig

Universität

Prof. Dr. Horst Gischer

Mainz

Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Universität

Prof. Dr. Thomas Guido Maria Blank
PD Dr. Bernhard Dietz
Prof. Dr. Gerd Mielke
Prof. Dr. Oliver Scheiding
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Mannheim

Hochschule der Wirtschaft für Management

Prof. Dr. Annette Bornhäuser
Prof. Dr. Lars Castellucci
Prof. Dr. Wera Hemmerich

Universität

Prof. Dr. Philipp Gassert
Prof. Dr. Peter Vorderer

Marburg

Universität

Prof. Dr. Ursula Birsl
Prof. Dr. Isabelle Borucki
Dr. Alisa Susann Cosan
Prof. Dr. Volker Mergenthaler
Dr. Karin Marita Naase
Prof. Dr. Harald Renz

Merseburg

Fachhochschule

Prof. Dr. Erich Menting
Prof. Dr. Malte Thran

Mittweida

Hochschule

Prof. Dr. Sebastian Noll

Mönchengladbach

Fachhochschule

Prof. Dr. Ulrich Nissen

München

Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Peter Hammerschmidt
Prof. Dr. Katja Stoppenbrink

Katholische Stiftungshochschule

Prof. Dr. Birgit Dorner
Prof. Dr. Constanze Giese

Technische Universität

Prof. Dr. Björn Garbrecht
Dr. Melanie Köller
Prof. Dr. Stefan Wurster

Universität

Prof. Dr. Christian Albrecht
Dr. Christian Alexander Braun
Dr. Susanne Krones
Prof. Dr. Markus Paulus
Prof. Carsten Reinemann
Prof. Dr. Andreas Renner
Prof. Dr. Berthold Rittberger
Prof. Dr. Rudolf Tippelt

Universität der Bundeswehr

Prof. Dr. Stephan Stetter

Münster

Universität

Prof. Dr. Sascha Buchholz
Prof. Dr. Matthias Freise
Dr. Netaya Lotze
Prof. Dr. Norbert Schläbitz
Prof. Dr. Bettina Zeis

Neuruppin

Medizinische Hochschule Brandenburg Theodor Fontane

Prof. Dr. Joachim Behr

Nürnberg

Evangelische Fachhochschule

Prof. Dr. Andreas Scheulen

FOM – Fachhochschule für Oekonomie und Management

Dr. Melanie Woitas

Oldenburg

Universität

Prof. Dr. Stefan Appelius
Prof. Dr. Gunilla-Friederike Budde
Dr. Arne Eppers
Prof. Dr. Tonio Oeftering
Prof. Dr. Mandy Roheger

Osnabrück

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Mayer

Universität

Prof. Dr. Roland Brandt

Paderborn

Universität

Prof. Dr. Britt-Marie Schuster

Passau

Universität

Prof. Dr. Guido Pollak
Prof. Dr. Bernhard Stahl

Potsdam

Fachhochschule

Prof. Dr. Tobias Schröder

Universität

Prof. Dr. Werner Jann
Prof. Dr. Andreas Köstler
Prof. Dr. Thomas von Winter

Ravensburg (inkl. Außenstelle Friedrichshafen)

Duale Hochschule Baden-Württemberg (DH BW)

Prof. Dr. Ernst Deuer

Regensburg

Universität

Prof. Dr. Thorsten Kingreen

Reutlingen

Hochschule

Prof. Dr. Wolfgang Honnen

Rostock

Hochschule für Musik und Theater

Prof. Marion Küster

Universität

Prof. Dr. Malte Brasholz
Prof. Dr. Ralf Ludwig
Dr. Ludmila Lutz-Auras
Prof. Dr. Dana-Sophia Valentiner

Saarbrücken

Hochschule für Musik

Prof. Dr. Matthias Handschick

Universität des Saarlandes

Prof. Dr. Nikolaus Marsch
Dr. Luitpold Rampeltshammer
Prof. Dr. Roland Rixecker
Prof. Dr. Lucia Scherzberg
Dr. Magdalena Telus

Sankt Augustin

Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Hartmut Ihne

Schwerin

Hochschule der Bundesagentur für Arbeit

Prof. Dr. Holger Brecht-Heitzmann
Prof. Dr. Michaela Schulze

Siegen

Universität

Prof. Dr. Heiko Ihmels

Speyer

Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften

Prof. Dr. Gisela Färber

Stralsund

Fachhochschule

Prof. Dr. Jürgen Dräger
Prof. Dr. Ralph Sonntag

Stuttgart

Universität

Prof. Dr. Ulli Arnold
Dr. Christine Heinke
Prof. Dr. Rudolf Large

Trier

Hochschule

Prof. Dr. Michael Bottlinger
Prof. Dr. Christian Mock

Universität

Prof. Dr. Laszlo Goerke
Prof. Dr. Uwe Jun
Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle
Prof. Dr. Till Zimmermann

Tübingen

Universität

Prof. Dr. Thomas Diez
Prof. Dr. Jan Christian Fischer
Prof. Dr. Ewald Frie
Prof. Dr. Klaus Gestwa
Dr. Lars Schneider

Ulm

Universität

Prof. Dr. Birgit Liss

Vechta

Universität

Prof. Dr. Karl-Heinz Breier
Prof. Dr. Hildegard Theobald

Weimar

Universität

Prof. Dr. Thorsten Beckers

Weingarten

Hochschule Ravensburg-Weingarten

Prof. Dr. Marius Hofmeister

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Michael Henninger

Wiesbaden

EBS Hochschule für Recht und Wirtschaft

Prof. Dr. Markus Ogorek

Hochschule RheinMain

Prof. Dr. Regina-Maria Dackweiler
Prof. Dr. Matthias Harter
Prof. Dr. Jiri Sobota
Prof. Dr. Bernd Wieberneit

Wismar

Hochschule Wismar: University of Applied Sciences, Technology, Business and Design

Prof. Dr. Andreas Bücken
Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

Wuppertal

Bergische Universität

Prof. Dr. Andreas Schlenkhoff
Prof. Dr. Roy Sommer

Würzburg

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Peter Bradl
Prof. Dr. Lutz Frühbrodt
Prof. Eberhard Grötsch

Universität

Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet

Weitere Vertrauensdozent_innen

Dr. Annika Arnold
Dr. Alexander Behrens
Dr. Andrea Behrenswerth
Ralf Beste
Dr. Tilo Biesecke
Prof. Dr. Frank Francesco Birk
Staatssekretär Dr. Rolf Bösinger
Markus Bräuer
Dr. Michael Bröning
Stefan David
Dr. Hans-Georg Ehrhart
Dr. Karim El-Haschimi
Jan Niklas Engels
Hülya Erbil
Jörg Fleck
Dr. Meret Forster
Prof. Dr. Lars Garlepp
Dr. Dirk Gastauer
Prof. Dr. Dr. Hans Joachim Gießmann
Andrea Gronemeyer
Tobias Gros
Prof. Dr. Simon Andreas Güntner
Prof. Dr. Hans-Werner Hahn
Nils Haupt
Dr. Kai Hecheltjen
Prof. Dr. Dorothea Hegele
Dr. Matthias von Hellfeld
Timo Hempel
Johannes Kagerer
Dr. Arnim Karthaus
Dr. Jens A. Katzek
Dr. André Kavai
Dr. Ralf Kleindiek
Dr. Christiane Kling-Mathey
Dr. Stefan Klose
Dr. Alexandra von dem Knesebeck
Niklas Knust

Prof. Dr. Jolanda Koller-Tejeiro Vidal
Gerhard Lechleitner
Prof. Dr. Dr. Alexander Lechleuthner
Dr. Michael Lentze
Dr. Anna Leuchtweis
Dr. Raphael L'Hoest
Dr. Andreas Linde
Norbert Lippok
Dr. Fabio Longo
Aydoğan Martin Makasci
Holger Mann
Dr. Stefan Marx
Dr. Michael Mayer
Dr. Stefan Mitzinger
Markus Möller
Dr. Dietmar Molthagen
Dr. Marcel du Moulin
Brigitta Mühlenbeck
Prof. Dr. Walter Mühlhausen
Andrea Nahles
Dr. Timo Noetzel
Dr. Manfred Öhm
Dr. Nicolai von Ondarza
Dr. Yvonne Ott
Christoph Pohlmann
Dr. Clemens Prokop
Regina Rapp
Dr. Maximilian Rinck
Prof. Dr. Steffen Rittig
Dr. Tania Rödiger-Vorwerk
Petra Rossbrey
Bettina Schattat
Prof. Dr. Hans-Jörg Schmedes
Dr. Christine Schmehl
Dr. Jan-Hinrik Schmidt
Prof. Dr. Ulrich Schöler
Michael-Marco Schönlein
Dr. Torsten Sevecke
Dr. Andreas Stamm
Dr. Paul M. Starzmann
Prof. Dr. Peter Steinbach
Prof. Dr. Benno Stinner
Ministerialdirektor Dr. Jan Stöß
Dr. Sven Tode
Dr. Tuan Anh Tran-Wigger
Prof. Dr. Gerd Turowski
Bürgermeister Dr. Sascha Weber
Dr. Eva Weber-Guskar
Birgit Wentzien
Dr. Almut Wieland-Karimi
Dr. Sören Wiesenfeldt
Prof. Dr. Marcel Will
Minister Prof. Dr. Armin Willingmann
Maren Wintersberg
Dr. Janna Wolff

Ausland

Belgien

Prof. Dr. Rudolf Mögele
Paul F. Nemitz

Dänemark

Prof. Dr. Wolfgang Gerstlberger

Frankreich

Dr. Falk Bretschneider
Prof. Dr. Sonja Zmerli

Großbritannien

Prof. Dr. Andreas Gestrich
Dr. Christian Krekel
Prof. Dr. Daniel Siemens
Prof. Dr. Benjamin Ziemann

Italien

Prof. Dr. Philipp Genschel

Kosovo

Prof. Dr. Wulf-Winrich Lapins

Niederlande

Prof. Dr. Frank Biermann
Dr. Sebastian Krapohl
Prof. Dr. Kiran Klaus Patel
Prof. Dr. René Repasi
Dr. Christoph Strauch
Prof. Dr. Wolfgang Wagner

Österreich

Dr. Felix Butzlaff
Dr. Reinhard Joachim Krumm
Prof. Dr. Felix Christian Pinkert

Schweiz

Dr. Benjamin Müller
Dr. Sascha Patrick Quanz
Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler
Prof. Dr. Manuela Spindler

USA

Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc

Anschriften

Stand: Mai 2025

Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn

Postadresse:

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-0

presse@fes.de

Berlin

Hiroshimastraße 17 und 28

10785 Berlin

Telefon 030 26935-6

Abteilung Studienförderung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

stipendien@fes.de

www.fes.de/studienfoerderung

Archiv der sozialen Demokratie / Bibliothek im Archiv der sozialen Demokratie

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-9046

archiv.bibliothek@fes.de

fernleihe@fes.de

www.fes.de/archiv-der-sozialen-
demokratie

Museum Karl-Marx-Haus

Brückenstraße 10

54290 Trier

Telefon 0651 97068-0

Karl-Marx-Haus@fes.de

www.fes.de/museum-karl-marx-haus

Landes- und Regionalbüros

Baden-Württemberg

Landesbüro Baden-Württemberg
Werastraße 24
70182 Stuttgart
Telefon 0711 248394-0
bawue@fes.de
www.fes.de/landesbuero-bawue

Bayern

Büro München
Herzog-Wilhelm-Straße 1
80331 München
Telefon 089 515524-0
bayern@fes.de
www.fes.de/fes-in-bayern

Büro Regensburg

Lilienthalstraße 8
93049 Regensburg
Telefon 0941 788354-0
bayern@fes.de
www.fes.de/fes-in-bayern

Berlin

Landesbüro Berlin
Nürnberger Str. 49
10789 Berlin
Telefon 030 39888-4573
landesbueroberlin@fes.de
www.fes.de/landesbuero-berlin

Brandenburg

Landesbüro Brandenburg
Hermann-Elflein-Straße 30/31
14467 Potsdam
Telefon 0331 292555
potsdam@fes.de
www.fes.de/landesbuero-brandenburg

Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein

*Regionalbüro Bremen | Hamburg |
Schleswig-Holstein*
Mönckebergstraße 22
20095 Hamburg
Telefon 040 325874-0
nord@fes.de
www.fes.de/regionalbuero-nord

Hessen

Landesbüro Hessen
Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
Telefon 0611 341415-0
landesbuero.hessen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-hessen

Mecklenburg-Vorpommern

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstraße 8 (Haus der Kultur)
19053 Schwerin
Telefon 0385 512596
schwerin@fes.de
www.fes.de/landesbuero-
mecklenburg-vorpommern

Niedersachsen

Landesbüro Niedersachsen
Theaterstraße 3
30159 Hannover
Telefon 0511 357708-30
niedersachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-niedersachsen

Nordrhein-Westfalen

Landesbüro NRW
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon 0228 883-7202
landesbuero-nrw@fes.de
www.fes.de/landesbuero-nrw

Landesbüro NRW (Büro Düsseldorf)

Schwanenmarkt 15
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 436375-63
landesbuero-nrw@fes.de
www.fes.de/landesbuero-nrw

Rheinland-Pfalz

*Regionalbüro Rheinland-Pfalz |
Saarland*
Große Bleiche 18–20
55116 Mainz
Telefon 06131 96067-0
mainz@fes.de
www.fes.de/mainz

Sachsen

Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Telefon 0341 9602160
sachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-sachsen

Büro Dresden

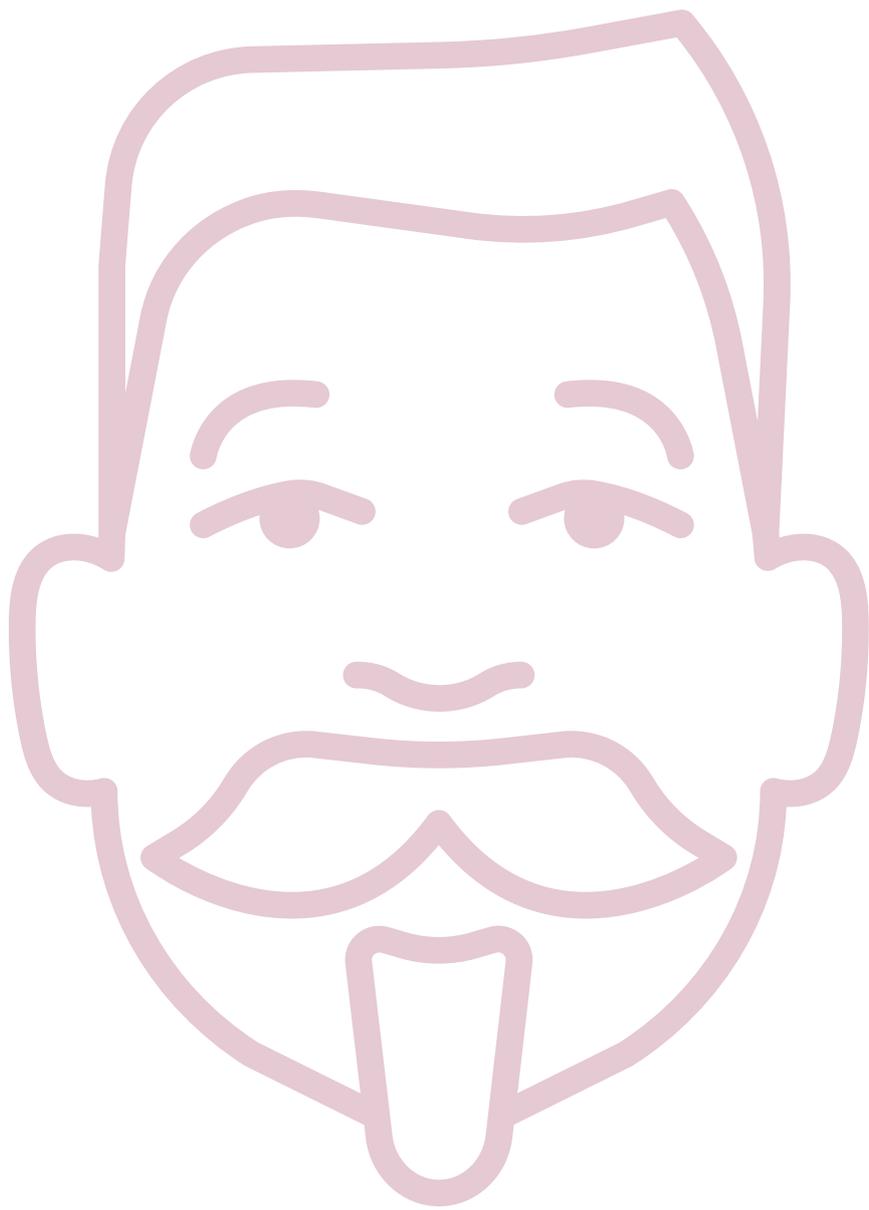
Obergraben 17a
01097 Dresden
Telefon 0351 8046803
sachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-sachsen

Sachsen-Anhalt

Landesbüro Sachsen-Anhalt
Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg
Telefon 0391 56876-0
info.magdeburg@fes.de
www.fes.de/landesbuero-sachsen-
anhalt

Thüringen

Landesbüro Thüringen
Nonnengasse 11
99084 Erfurt
Telefon 0361 598020
info.erfurt@fes.de
www.fes.de/landesbuero-thueringen





1925

Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, erster demokratisch gewählter Reichspräsident der ersten deutschen Republik, stirbt am 28. Februar im Alter von 54 Jahren.



1925

Am 2. März wird die Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Sie soll im Sinne Eberts der politischen Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geist, der Unterstützung begabter junger Menschen und der Förderung des Verständnisses zwischen Deutschland und anderen Ländern dienen.



1933

Verbot durch die Nationalsozialisten



1946

Wiederbegründung der Friedrich-Ebert-Stiftung



1956

Eröffnung der ersten Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung



1963

Aufbau der durch das BMZ geförderten Entwicklungszusammenarbeit



1969

Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek in Bonn



1990

Aufbau der Vertretungen in den neuen Bundesländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas



1999

Eröffnung eines Konferenz- und Tagungszentrums in Berlin



2001

Die OnlineAkademie der FES geht ins Netz, u. a. mit den Themen Globalisierung, Rechtsextremismus, Geschichte und Soziale Demokratie.



2008

Erste E-Learning-Kurse zur Kommunalpolitik werden mit dem Label »kommcheckers« angeboten.



2019

e-Bert, der erste KI-gesteuerte Chatbot der FES, tritt seinen Dienst in der politischen Bildung an. Spielerisch vermittelt er Kompetenzen in der kritischen Auseinandersetzung mit europafeindlichen Parolen oder Klimamythen.



2022

Unter dem Motto »FES 100« vollendet die Stiftung ihren mehrjährigen groß angelegten Umstrukturierungsprozess, der sie zukunftsfähig aufstellt.



2024

Einführung des neuen Corporate Designs der FES durch die Stabsstelle Kommunikation

Jahresbericht 2024

Im Jahr 2024 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik 75 Jahre alt. In die Freude der Feierlichkeiten mischte sich aber die Gewissheit, dass Demokratie kein Selbstläufer ist. Mit langem Atem arbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung daher weltweit mit ihren Partner_innen für die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen und eine gerechte Wirtschaftsordnung. Dabei spielt der Blick nach vorne eine zentrale Rolle, wie in dem Fokusprojekt »Zeit für Zukunft – wie wir morgen leben wollen«.

Weitere Informationen erhalten Sie hier:

➔ fes.de